

September 2005

1. Hagener
Armutsbericht
Langfassung

erarbeitet von Jörg Schledorn

Herausgegeben vom DGB Hagen



Impressum:

- Herausgeber:** DGB Hagen in Zusammenarbeit mit dem
Institut für Kirche und Gesellschaft
- ViSdP:** Michael Hermund
DGB Ruhr-Mark
Körnerstr. 43
58095 Hagen
- Erarbeitung:** Jörg Schledorn, Hagen

Alle Rechte vorbehalten © DGB, Hagen 2005

Die Langfassung dieses ersten Hagener Armutsberichtes ist als CD beim Hagener DGB erhältlich oder im Internet unter www.region-ruhr-mark.dgb.de zu finden.

Inhaltsverzeichnis:

<u>1. Einleitung</u>	3
<u>2. Der Armutsbegriff – eine Auseinandersetzung</u>	4
<u>3. Armutsberichte in Deutschland</u>	8
<u>4. Kinderarmut - eine besondere Herausforderung</u>	12
<u>4.1. Kommunale Armutsberichte</u>	13
<u>5. Hagen</u>	14
<u>5.1 Die Hagerer Bevölkerung</u>	14
<u>5.2. Hagerer Wirtschaftsgeschichte</u>	14
<u>5.3. Exkurs: Erwerbstätigkeit und Beschäftigung im Ruhrgebiet im Jahre 2002</u>	15
<u>5.4. Und Hagen?</u>	18
<u>6. Die Struktur der Lohn- und Einkommenssteuer 1998</u>	19
<u>7.1. Sozialhilfe in Hagen im Städtevergleich</u>	26
<u>7.2. Arbeitslosigkeit in Hagen</u>	29
<u>7.3. Exkurs: Der 8. Kinder- und Jugendbericht NRW 2005</u>	33
<u>8. Migration und Armut</u>	40
<u>8.1. Zur Hagerer Situation</u>	42
<u>9. Hinweise auf extreme Armut</u>	43
<u>9.1. Drogenabhängigkeit</u>	43
<u>9.2. Flüchtlinge und Aussiedler</u>	43
<u>9.3. Wohnungsnot</u>	44
<u>9.4. Überschuldungen</u>	47
<u>9.5. Haftentlassene</u>	48
<u>10. Armutshinweise in den 39 Hagerer Wohnbezirken</u>	49
<u>10.1. Datengrundlagen</u>	49
<u>11. Stadtbezirk Mitte</u>	53
<u>11.1. Wohnbezirk Altenhagen-Nord</u>	53
<u>11.2. Wohnbezirk Altenhagen-Süd</u>	54
<u>11.3. Wohnbezirk Eckesey-Süd</u>	56
<u>11.5. Wohnbezirk Emst-West</u>	60
<u>11.6. Wohnbezirk Eppenhause</u>	61
<u>11.7. Wohnbezirk Fleverviertel</u>	63
<u>11.8. Wohnbezirk Kuhlerkamp</u>	65
<u>11.9. Wohnbezirk Remberg</u>	66
<u>11.10. Wohnbezirk Wehringhausen-Ost</u>	68
<u>11.11. Wohnbezirk Wehringhausen-West</u>	69
<u>11.12. Wohnbezirk Zentrum</u>	71
<u>12. Stadtbezirk Hagen-Haspe</u>	74
<u>12.1. Wohnbezirk Geweke/Tücking</u>	74
<u>12.2. Wohnbezirk Haspe-Süd</u>	76
<u>12.3. Wohnbezirk Haspe-Zentrum</u>	78
<u>12.4. Wohnbezirk Spielbrink</u>	79
<u>12.5. Wohnbezirk Westerbauer-Nord</u>	81
<u>12.6. Wohnbezirk Westerbauer-Süd</u>	82
<u>13. Stadtbezirk Hohenlimburg</u>	84
<u>13.1. Wohnbezirk Berchum</u>	84
<u>13.2. Wohnbezirk Elsey-Nord</u>	85
<u>13.3. Wohnbezirk Elsey-Süd</u>	86
<u>13.4. Wohnbezirk Holthausen</u>	87

<u>13.5. Wohnbezirk Oege und Nahmer</u>	88
<u>13.6. Wohnbezirk Halden und Herbeck</u>	90
<u>13.7. Wohnbezirk Henkhausen/Reh</u>	92
<u>13.8. Wohnbezirk Hohenlimburg-Zentrum und Wesselbach</u>	94
<u>14. Stadtbezirk Hagen-Süd</u>	96
<u>14.1. Wohnbezirk Dahl</u>	96
<u>14.2. Wohnbezirk Delstern</u>	98
<u>14.3. Wohnbezirk Eilpe-Nord</u>	99
<u>14.4. Wohnbezirk Eilpe-Süd und Selbecke</u>	101
<u>14.5. Wohnbezirk Priorei und Rummenohl</u>	103
<u>15. Stadtbezirk Hagen-Nord</u>	105
<u>15.1. Wohnbezirk Boelerheide</u>	105
<u>15.2. Wohnbezirk Boele-Zentrum</u>	106
<u>15.3. Wohnbezirk Eckesey-Nord</u>	108
<u>15.4. Wohnbezirk Fley und Hilfe</u>	110
<u>15.5. Wohnbezirk Garenfeld</u>	112
<u>15.6. Wohnbezirk Kabel und Bathey</u>	113
<u>15.7. Wohnbezirk Vorhalle-Nord</u>	115
<u>15.8. Wohnbezirk Vorhalle-Süd</u>	117
<u>16. Zusammenfassung</u>	119
<u>17. Armutsrisiko in den Quartieren</u>	120
<u>17.1. Stadtbezirk Mitte</u>	120
<u>17.2. Stadtbezirk Hagen-Haspe</u>	120
<u>17.3. Stadtbezirk Hohenlimburg</u>	121
<u>17.4. Stadtbezirk Hagen-Süd</u>	121
<u>17.5. Stadtbezirk Hagen-Nord</u>	122
<u>18. Fehlende Indikatoren</u>	123
<u>19. Schlussfolgerungen:</u>	125
<u>20. Politische Forderungen</u>	126
<u>21. Literaturverzeichnis</u>	129

1. Einleitung

Der Hager DGB hat diesen Armutsbericht in Auftrag gegeben. Beraten hat er sich dabei mit dem Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen in Witten und dem Fachbereich Jugend und Soziales der Stadtverwaltung Hagen (FB 55).

Grundlage des Berichts sind im Wesentlichen schon veröffentlichte Daten der Stadtverwaltung Hagen und des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, aber auch die Sozialberichte der Landesregierung NRW. Für eigene Erhebungen fehlten Zeit und Geld. Ziel dieses Berichts ist es den lokalen Akteuren Daten an die Hand zu geben, um konkrete Politik gegen Armut zu unterstützen. Politik gegen Armut ist möglich und eine solche Politik bedeutet mehr als die Einrichtung ganz vieler Suppenküchen. Arme Menschen sind häufig nicht ihr Leben lang arm, sie sind es eine Zeitlang, bis sich ihre Lebenssituation verbessert hat. Und genau darauf kommt es an: „Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit bedürfen viel mehr als nur höherer Geldleistungen: Wir brauchen integrierte Strukturen in der Bildungs-, Gesundheits-, Stadtentwicklungs-, Migrations- und Sozialpolitik“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete und Sozialarbeiter Rolf Stöckel¹ kürzlich. Schlimm, und auch grundgesetzwidrig wäre eine Politik gegen die Armen.

Politik gegen Armut dagegen ist möglich. Z.B. hat sich zu Beginn dieses Jahrzehnts die Zahl der Langzeitbezieher von Sozialhilfe in Hagen deutlich reduziert. Dies ist nur zu erklären durch den Einstieg des zuständigen Fachbereichs Jugend und Soziales in eine aktive Beschäftigungspolitik für Sozialhilfebezieher.

Der Bericht wird Personengruppen benennen, die einem besonderen Armutsrisiko unterliegen, und er wird jene Straßenzüge zeigen, deren Bewohner einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt sind.

Im Gegensatz zu den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundes- und Landesregierung wird er jedoch geeignete Maßnahmen gegen Armut nicht systematisch beschreiben. Dies bleibt der späteren Diskussion mit Verbänden, Stadt- und Arbeitsverwaltung, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik vorbehalten.

Der besseren Lesbarkeit halber wird in diesem Bericht jeweils die männliche Form verwandt.

¹ Stöckel, Rolf: Reich an Wohlfahrt, arm an Chancen. Warum wir dringend einen konkreten und integrierten Aktionsplan der Bundesregierung gegen Armut brauchen, in: Berliner Republik, 2/2005, S. 42

2. Der Armutsbegriff – eine Auseinandersetzung

Armut wird historisch und kulturell unterschiedlich definiert und auch empfunden. Verglichen mit der Armut in der so genannten 3. Welt oder der Armut in der frühen Neuzeit, werden in entwickelten Sozialstaaten, wie der Bundesrepublik Deutschland, an den Begriff der Armut andere Maßstäbe angelegt.

Für uns muss der Artikel 1 des Grundgesetzes, die Würde des Menschen ist unantastbar, im Mittelpunkt stehen. Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich als sozialen Rechtsstaat, als Sozialstaat, nur dies kann der Maßstab sein, an dem wir Armut messen.

Deshalb lohnt ein Blick in die quasi amtlichen Definitionen z.B. der Bundeszentrale für politische Bildung. Im umfangreichen Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands² durfte sich 2001 Gunter E. Zimmermann mit dem Thema beschäftigen.

Für Zimmermann ist Armut abhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen, sie ist relativ zu betrachten zu gesamtgesellschaftlichen Lebensgewohnheiten, und sie ist umfassend zu verstehen. Es geht nicht nur um fehlende materielle Ressourcen und um Unterversorgung in Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Erwerbsstatus, sondern auch um (fehlende) gesellschaftliche und soziale Handlungsspielräume von Armut betroffener Personen.³

In Deutschland wird Armut meist an der Frage fehlender Ressourcen gemessen. Der einfachste Zugang ist hierbei eine absolute Armutsdefinition, die sich am sozio-kulturellen Existenzminimum wie der Sozialhilfe orientiert. Arm ist demnach, wer Sozialhilfe oder ein vergleichbares Einkommen bezieht, das gerade das sozio-kulturelle Existenzminimum abdeckt, um ein Leben in Würde zu leben, wie es der §1 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) fordert.⁴

Dagegen sieht das Konzept der relativen Armut die Abhängigkeit des Armutsbegriffs von der sozialen Ungleichheit der Gesellschaft. Entsprechend gilt dann als arm, wer z.B. weniger als die Hälfte des vergleichbaren Durchschnittseinkommens verdient.

Umfassender und ergänzend sind dagegen Armutsbegriffe, die sich aus Gerhard Weissers⁵ Lebenslagenkonzept aus den 1950er Jahren ergeben. Arm wäre demnach derjenige, der keine Möglichkeit hat, diejenigen Interessen zu befriedigen, die für ihn den Sinn des Lebens ausmachen. Menschen haben demnach in unterschiedlichen Lebenslagen unterschiedliche Handlungsspielräume zur Befriedigung ihrer Interessen.⁶

Oder in den Worten einer offiziellen Definition des Rates der Europäischen Union von 1984: Als arm gelten die Personen, Gruppen und Familien, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in den Mitgliedsstaaten, in denen sie leben, als Minimum annehmbar ist.“⁷

² Zimmermann, Gunter E.: Armut, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 2001, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, S. 36-52

³ ebda. S 36

⁴ Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1996, S. 182f.

⁵ Prof. Gerhard Weisser, nach 1945 schulbildender Professor für Sozialpolitik in Göttingen, war vor 1933 Hagens sozialdemokratischer Bürgermeister unter dem Zentrums-OB Raabe.

⁶ Zimmermann, Gunter E. a.a.O., S.37

⁷ zit. nach: Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2001, S. 7

Ausgehend von diesem Lebenslagenansatz versucht Zimmermann Indikatoren für Armutsrisiken in den verschiedenen Lebensbereichen zu finden:

Versorgungslagen:

Bereiche/Dimensionen, Indikatoren und Unterversorgungsschwellen⁸

Bereich/Dimension	Indikator	Unterversorgungsschwelle
Einkommen	Haushaltsnettoeinkommen	50%- Einkommensarmutsgrenze
Arbeit	Erwerbsstatus	Registrierte Arbeitslosigkeit
Bildung	Allg. (schulische) Bildung/Berufliche Bildung	Kein allg. und/oder kein beruflicher Bildungsabschluss
Wohnen	Wohnraumversorgung (Belegungsdichte)	Weniger als ein Wohnraum pro Haushaltsmitglied
	Wohnungsausstattung	Kein Bad und/oder WC innerhalb der Wohnungseinheit
Gesundheit	Gesundheitszustand Skala von 1(sehr gut) bis 5 (schlecht)	4 (= wenig zufrieden stellend) bis 5 (=schlecht)

Zimmermann errechnete dann für das Deutschland des Jahres 1997 folgende Unterversorgungsquoten:

Unterversorgungsquoten (1997) in ausgewählten Bereichen; Befragungspersonen⁹

	Alte Länder in %	Neue Länder in %
Einkommen	8,2	6,9
Arbeit	8	21,4
Bildung	37	13,9
Wohnraumversorgung	6,4	8,7
Wohnungsausstattung	1,6	7,4
Gesundheit	23,8	15,4

Von „prekären Lebenslagen“¹⁰ wird dabei gesprochen, wenn neben Einkommensarmut weitere, sich gegenseitig verstärkende Probleme hinzukommen wie z.B. Drogensucht, Wohnungslosigkeit oder schwere gesundheitliche Probleme wie Aidskrankungen.

Über und gegen diese und andere Armutsbegriffe polemisiert der Dortmunder Walter Krämer.¹¹ Er verweist zu Recht auf die Unzulänglichkeiten historisch und kulturell verschiedener Armutsbegriffe, aber auch auf die statistischen Probleme relativer Armutsbegriffe. Ausgehend vom Lebenslagenansatz stellt er die Frage, ob nicht das verfügbare und häufig kaum messbare Haushaltseinkommen ein Maßstab zur Messung von Armut sein kann, sondern die Frage, was konsumiert werden kann und wird. Konkret heißt

⁸ Zimmermann, Gunter E. a.a.O., S. 48

⁹ ebda., S. 49, eingeflossen in die Tabelle sind neben eigenen Berechnungen Zimmermanns vor allem Daten des Sozio-Oekonomischen-Panels (SOEP) 1997.

¹⁰ Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 2003. Menschen in NRW in prekärer Lebenslage. Düsseldorf Dezember 2003, S. 47

¹¹ Krämer, Walter: Armut in der Bundesrepublik. Zur Theorie und Praxis eines überforderten Begriffs. Frankfurt/M. 2000

dies, dass dann z.B. nicht die Frage nach der Höhe des Kindergeldes gestellt wird, sondern die Frage, ob Kinder regelmäßig satt, gesund und warm zu essen bekommen.¹²

Zu den bis dato veröffentlichten Armutsstudien mit ihren unterschiedlichen Arten der Armutsmessung führt er aus, „indem wir Armut als den Abstand von den anderen messen, machen wir das Eliminieren dieser Armut fast definitionsgemäß unmöglich.“ „Genauso wenig ist Armut an Zufriedenheit und subjektiven Glücksgefühlen festzumachen.“ Krämer schlägt stattdessen anknüpfend an den britischen Soziologen Sen vor, Armut als „soziale Behinderung“ zu betrachten, als Unfähigkeit des Individuums gewisse zentrale soziale Funktionen wahrzunehmen.¹³

Krämers und Sens Vorschlag erinnert wiederum an die Thesen des großen deutsch-jüdischen sozialdemokratischen Juristen Hermann Heller (1891-1933), der, den Begriff des sozialen Rechtsstaates prägend, forderte, dass der Staat nicht nur „formale“ Rechtmäßigkeit ermöglichen dürfe, sondern auch die materielle Vorraussetzung für die Beteiligung der Menschen schaffen müsse. Dazu gehört auch ein Mindestmaß an sozialer Integration.¹⁴

Aus diesen Gründen ist es nicht sinnvoll, im folgendem eine Aussage der Art zu treffen: Wer dieses oder jenes Einkommen, diesen oder jenen Wohnungsstandard unterschreitet, ist arm. Aufgrund der Ungenauigkeit des Begriffs „arm“ ist es besser, von „Armutrisiko“ zu reden. Damit wird niemand „reich“ geredet.

Völlig zu recht verweist Zimmermann darauf, dass Armut kein statischer Begriff ist, sondern für die meisten Menschen zeitlich begrenzt ist. Er zitiert zwei Studien¹⁵, die sich mit der Dauer der Armut in den Lebensphasen der Menschen auseinandersetzen. Krause z.B. weist nach, dass nach den Zahlen des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP)¹⁶ rund 60% der Armutsbevölkerung der Jahre 1984-1991 nur in einem Jahr arm waren. Lediglich 13% der Armutsbevölkerung waren in diesen 9 Jahren mindestens viermal als einkommensarm registriert. Ähnliche Zahlen weisen Leibfriedt u.a. auch für Bremen nach.¹⁷

„Armut im Sinne von *Einkommensarmut* ist ebenso wie Sozialhilfeabhängigkeit nicht zwingend dauerhaft, sondern in der Mehrzahl zeitlich begrenzt.“¹⁸ Wenn dies so ist, und es gibt keinen Grund, dies für die Stadt Hagen zu bezweifeln, so heißt dies, dass Politik, Verwaltung, Arbeitsagentur und Träger nicht nur fordern, sondern auch fördern müssen, damit arme Menschen möglichst schnell aus ihrer Lage herauskommen und Armut sich nicht zeitlich verfestigen kann.

¹² ebda., S. 100ff.

Hunfeld, Frauke: Kinderarmut. Das erstaunliche Projekt. „Arche“ kümmert sich um vernachlässigte Berliner Jungen und Mädchen, in: Stern Nr. 16, vom 14.4.2005, S. 28-38

¹³ Krämer, Walter, a.a.O., S. 115f. Der Begriff „soziale Behinderung“ ist aufgrund des Rückgriffs auf einen medizinischen Begriff zur Beschreibung gesellschaftlicher Wirklichkeit durchaus problematisch.

¹⁴ zu Heller vgl.: Fiedler, Wilfried: Die Wirklichkeit des Staates als menschliche Wirksamkeit –Über Hermann Heller (Teschen 1891-Madrid 1933) in: Oberschlesisches Jahrbuch 11, 1995, S. 149-167 und im Internet unter: <http://www.jura.uni-sb.de/FB/LS/Fiedler/Fiedler/Aufsaeetze/heller.html> [letzter Zugriff am 15.4.2005]

vgl. auch: Döring, Diether/Thomas Koch: Gewerkschaften und soziale Sicherung in: Schröder, Wolfgang/Bernhard Wessels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003, S. 382

¹⁵ Zimmermann, Gunter E., a.a.O., S. 49f.

Krause, P.: Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland, in: Beilage zur Wochenzeitschrift DAS PARLAMENT vom 27.11.1992, B 49/92, 1992, S. 3-17

Leibfried, St. u.a.: Zeit der Armut, Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt a.M. 1995

¹⁶ Hierbei handelt es sich um eine Form des Mikrozensus zur Verteilung von Vermögen und Einkommen in der Bevölkerung.

¹⁷ Krämer, Walter, a.a.O., S. 82f.

¹⁸ Zimmermann, Gunter E.: Armut, a.a.O., S. 50

Es zeigt aber auch, dass der gern zitierte „Sozialhilfeadel“, d.h. Familienstrukturen, die über viele Jahre und mehrere Generationen Sozialhilfe bezogen haben, auch in der armen Bevölkerung ein echtes Minderheitenproblem darstellt und nicht, wie in der öffentlichen Debatte manchmal suggeriert, ein Hauptproblem. „Die Dynamik des gesellschaftlichen Randes hemmt die Entstehung einer ausgedehnten Subkultur der Randständigkeit“¹⁹, so Rainer Geißler.

Diese Ergebnisse werden auch von einer ersten Auswertung des seit 1998 laufenden Niedrig-Einkommens-Panels (NIEP)²⁰ vom August 2000 bestätigt. Dabei hatten etwa ein Viertel der Haushalte, die 1998 Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen hatten, 2000 schon keine Sozialhilfe mehr erhalten, weil sie überwiegend eine Erwerbsarbeit ausgeweitet oder aufgenommen hatten.²¹

Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung²² untersucht auch dies und kommt zu folgenden Zahlen: Zwischen 1998 und 2003 waren 9% der Bevölkerung innerhalb eines Jahres von Einkommensarmut betroffen, 6% haben wiederkehrende Armutsphasen, 4% haben innerhalb von drei Jahren ein geringes Einkommen, und 7% hatten fast durchweg ein zu geringes Einkommen.

Zu den von Armut bedrohten Personengruppen gehören in Deutschland vor allem alleinerziehende Frauen und damit auch die alleinerzogenen Kinder und Jugendlichen, kinderreiche Familien, Langzeitarbeitslose und Ausländer bzw. Menschen mit Migrationshintergrund.²³ Die traditionellen Probleme der Frauen- und Rentnerinnenarmut sind dagegen weitgehend behoben, wobei arme Rentnerinnen einen besonderen Problemfall darstellen, weil sie i.d.R. keine Chance haben, aus der Armut heraus zu kommen. Hier gibt es keine Dynamik, um aus der Armut herauszukommen.²⁴ Deshalb war das Grundsicherungsgesetz, das am 1.1.2003 in Kraft getreten ist, auch so enorm wichtig.

¹⁹ Geißler, Rainer, a.a.O., S. 200

²⁰ Telefonische Befragung von zufällig ausgewählten Haushalten mit niedrigem Einkommen (Sozialhilfebezieher, Haushalte bis zum anderthalbfachen Sozialhilfesatz als Einkommen, Wohngeldbezieher und Bezieher von Leistungen des Arbeitsamtes) Kortmann, Klaus/Peter Sopp: Die Bevölkerung im unteren Einkommensbereich. Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegsdynamik. Hg. Vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung als Forschungsprojekt zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn Oktober 2001 (geschrieben August 2000), S. 9

²¹ ebda.: S. 15f.

²² Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (2004), a.a.O. S. 20f. Als einkommensarm gilt, wer weniger als 60% des gewichteten Durchschnittseinkommens verdient.

²³ Geißler, Rainer, a.a.O., S. 187

²⁴ Geißler, Rainer, ebda., S. 186

3. Armutsberichte in Deutschland

Armut in Deutschland ist ein Thema, das in Schüben immer wieder auf der Tagesordnung steht. Das nur scheinbare Paradoxon, das Armut in einem der reichsten Länder der Welt existiert, bedarf der Erklärung. Notwendig ist es aber auch, Armut zu messen. Wie wird Armut als Größe erfasst? Was bezweckt die Messung? Wie verhält sich Armut zu Reichtum und zur gesellschaftlichen Ungleichheit?

Diese Fragen sind bei der Erstellung von Armutsberichten vorab zu klären.

Insbesondere der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege haben sich schon in den frühen 90er Jahren für Armutsberichte stark gemacht und politisch eingefordert, aber auch selbst in Auftrag gegeben.²⁵ Der nordrhein-westfälische Landtag hat 1992 die Landesregierung beauftragt, regelmäßig Sozialberichte zur Situation im Lande zu veröffentlichen. Zwischen 1992 und 1998 hat das Land Sozialberichte zu folgenden Themen publiziert²⁶:

- Armut im Alter²⁷
- Wohnungsnot und Obdachlosigkeit²⁸
- Alleinerziehende - Lebenslagen und Lebensformen²⁹
- Verschuldung, Überschuldung und Schuldnerberatung³⁰
- Soziale Situation kinderreicher Familien³¹
- Ausländerinnen und Ausländer in NRW³²
- Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen³³
- Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und ihre Familien³⁴

Seither sind noch weitere Studien zu verschiedenen Aspekten erschienen, vor allem aber 1998 der erste Armutsbericht, der die Ergebnisse der Sozialberichte zusammenfasst und auf den neuesten Stand bringt.³⁵

²⁵ Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband: Sozialbericht 2000. Gute Kindheit – schlechte Kindheit. Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen, Bonn 2000

Hauser, Richard/Hübinger, Werner: Arme unter uns, Teil I+II, Hg. Deutscher Caritas-Verband, Freiburg i.Br. 1993

Hanesch, Walter u.a. (Hg.): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Reinbek bei Hamburg 1994

²⁶ Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, (2003), a.a.O., S. 17

²⁷ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 1: Armut im Alter. Untersuchung zur Lebenslage ökonomisch unterversorgter älterer Frauen, Düsseldorf 1992 (1992a)

²⁸ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 2: Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Düsseldorf 1992 (1992b)

²⁹ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 3: Alleinerziehende – Lebenslagen und Lebensformen. Düsseldorf Juni 1993 (1993a)

³⁰ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 4: Verschuldung, Überschuldung und Schuldnerberatung in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1993 (1993b)

³¹ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht NRW, Soziale Situation kinderreicher Familien. Düsseldorf März 1994 (1994a)

³² Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 6: Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik, Düsseldorf 1994 (1994b)

³³ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 7: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen aus Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1998 (1998a)

³⁴ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 8: Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und ihre Familien, Düsseldorf 1998 (1998b)

Die Landesregierung versuchte 1998 Armut sowohl durch den Rückgriff auf die Sozialhilfestatistik, als auch durch die Berechnung eines durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens statistisch zu erfassen.

Dabei wird das jeweilige Haushaltseinkommen, gewichtet auf die verschiedenen Haushaltsmitglieder, umgerechnet, um ein vergleichbares Haushaltseinkommen zu erhalten.³⁶ Arm ist dann, wer weniger als 50% des gewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens hat, von strenger Armut wird bei einem gewichteten Haushaltseinkommen von 40% gesprochen. Die 60% Schwelle gilt als armutsnaher Niedrigeinkommensbereich.³⁷

Betroffenheit von Einkommensarmut in Nordrhein-Westfalen 1991-1997 in %³⁸

Jahr	40%-Grenze	50%-Grenze	60%-Grenze
1991	3,6	8,3	17,9
1992	2,7	8,8	19,4
1993	3,8	10,4	22,4
1994	3,6	10,7	21,5
1995	5,3	11,5	20,5
1996	3,4	10,0	19,4
1997	2,7	8,4	18,0

Die Tabelle zeigt, dass „Armut kein Randproblem ist, sondern vielmehr für ein Fünftel der Bevölkerung eine zumindest temporäre Realität darstellt.“³⁹

Neben den Sozialberichten des Landes sind auch andere Berichte des Landes NRW von Bedeutung. Zu nennen sind hier z.B. der Gesundheitsbericht zur Gesundheit von Zuwanderern⁴⁰, die Entschließung der 10. Landesgesundheitskonferenz „Soziale Lage und Gesundheit“⁴¹, die Kinder- und Jugendberichte der Landesregierung⁴² und die Berichte zur Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen⁴³.

Auch auf Bundesebene ist in den 90er Jahren verschiedentlich die Forderung nach Armuts- und Reichtumsberichten erhoben worden, nachdem sich auch die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten auf dem Kopenhagener Weltgipfel für soziale Entwicklung 1995 verpflichtet hatten, Armutsbekämpfung zu betreiben und Armutsberichte vorzulegen. Dies bekräftigte z.B.

³⁵ Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Sport und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Sozialbericht NRW 1998. Kurzfassung. Düsseldorf 1999 (1999a)

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Sport und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Sozialbericht NRW 1998. Materialband. Düsseldorf 1999 (1999b)

³⁶ Ebda., S. 16f.

³⁷ Zimmermann, Gunter E., a.a.O., S 45f.

³⁸ Ebda., S. 21

³⁹ ebda., S. 22

⁴⁰ Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen: Gesundheit von Zuwanderern in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, August 2000 (

⁴¹ Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen: Entschließung der 10. Landesgesundheitskonferenz, Soziale Lage und Gesundheit am 31.8.2001, Düsseldorf, Dezember 2001

⁴² Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Kinder und Jugendliche fördern – Bildung und Erziehung als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW. Düsseldorf 2005

⁴³ Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen. 3. Bericht der Landesregierung. Düsseldorf Juni 2004 (2004a)

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zahlenspiegel Ausgabe 2003/2004. Zuwanderungsstatistik Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf Dezember 2004 (2004b)

die Bundestagsfraktion der SPD noch vor der Bundestagswahl 1998⁴⁴, nachdem sie 1997 eine entsprechende Berichterstattung im Bundestag eingefordert hatte.⁴⁵

Erst nach dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung war eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung möglich. 2001 legte die Bundesregierung den ersten Armuts- und Reichtumsbericht vor.⁴⁶

Der Bericht umfasst den Zeitraum 1973 bis 1998 und beschreibt sowohl Armut als auch Reichtumsphänomene, letzteres als auch „Übersversorgung“ bezeichnet.

Untersucht werden folgende Indikatorengruppen⁴⁷:

- Einkommens- und Vermögensverteilung
- Sozialhilfebezug
- Schulische und berufliche Bildung
- Arbeitslosigkeit
- Familien mit Kindern
- Wohnsituation
- Gesundheit
- Behinderung und Pflege
- Gender Mainstreaming

Die Bundesregierung geht bei ihrem Armutsbegriff, die Forschungslage debattierend, ebenfalls vom Lebenslagenansatz aus und vom, wie oben dargestellt, europäischen relativen Armutsbegriff.⁴⁸ Als arm gelten die Personen, Gruppen und Familien, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in den Mitgliedsstaaten, in denen sie leben, als Minimum annehmbar ist.“⁴⁹

Schon in der Bundestagsdebatte⁵⁰ um diesen ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wurde deutlich, so in der Rede des ehemaligen Kölner DGB-Kreisvorsitzenden und SPD-MdB Conny Gilges, dass die Armuts- und Reichtumsberichterstattung auf eine breitere Datenbasis gestellt werden müsse.

Für den Bereich Reichtum hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen⁵¹ 2004 hieraus die Konsequenzen gezogen. Prof. Friedhelm Hengsbach SJ und Tobias Jakobi⁵² vom Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftskritik ziehen in ihrer Bewertung folgende Quintessenz: „Der Reichtumsbericht weist ... deutlich darauf hin, dass die Entstehung von Einkommensreichtum sozial- und steuerpolitisch in den Dezilen⁵³, deren Markteinkommen ohnehin sehr hoch sind, noch weiter gefördert wird. Dieser Reichtum ist

⁴⁴ SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Armut in Deutschland. Ausmaß – Auswirkungen – Auswege. Bonn Mai 1998 darin zur EU S. 86f.

⁴⁵ Bundestagsdrucksachen 13/1527, 13/3339 und 13/5597 Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion „Armut in der Bundesrepublik“ und Antrag zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung 13/7828.

⁴⁶ Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2001

⁴⁷ ebda., S. 4-6

⁴⁸ ebda., Berlin 2001, S.7

⁴⁹ zit. nach: ebda., S. 7

⁵⁰ Deutscher Bundestag – 14. Wahlperiode – amtliches Protokoll der 196. Sitzung vom 19. Oktober 2001

⁵¹ Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Sozialbericht NRW 2004. Armuts- und Reichtumsbericht. Kurzfassung. Düsseldorf Dezember 2004 (2004c)

⁵² Hengsbach SJ, Friedhelm/ Tobias Jakobi: Reichtum in Nordrhein-Westfalen – eine sozioethische Reflexion, in: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Sozialbericht NRW 2004. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf Dezember 2004, S. 31

⁵³ Dezile teilen eine der Größe nach geordnete Reihe von Merkmalswerten (z.B. Einkommensangaben) in 10 gleich große Teile. Das 1. Dezil umfasst dann die untersten 10% der Einkommensbezieher, das 10. Dezil die obersten 10%. S. Glossar des nordrheinwestfälischen Armuts- und Reichtumsbericht von 2004.

insofern (auch) gesellschaftlich produziert. Denn dass den hohen Einkommensdezilen ein höherer Anteil ihrer Markteinnahmen verbleibt, kann nicht durch eine entsprechende Leistung legitimiert werden, sondern wird steuerpolitisch zumindest in Kauf genommen.“

Im Frühjahr 2005 hat die Bundesregierung einen neuen Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt, aus dessen Entwurf vom Dezember 2004 ich zitieren kann.⁵⁴

Jetzt geht die Bundesregierung⁵⁵ – wie alle EU-Mitgliedsstaaten - von einer „Armutrisikoquote“ als Anteil derjenigen Personen in Haushalten aus, deren „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60% des Mittelwerts (Median⁵⁶) aller Haushalte beträgt. Zugrunde gelegt werden die Gewichtungen einer neuen OECD-Skala. Nach den Vorgaben der alten OECD-Skala werden bei der Berechnung der äquivalenzgewichteten Nettoeinkommen die Haupteinkommensbezieher eines Haushaltes mit dem Faktor 1 bewertet und alle weiteren Haushaltsmitglieder im Alter von 14 Jahren und älter mit dem Faktor 0,7, die Personen unter 14 Jahren mit dem Faktor 0,5. Nach der neuen OECD-Skala, auf die sich die EU geeinigt hat, lauten die Faktoren 1/0,5/0,3.

Damit beträgt die Armutsrisikogrenze in Deutschland 938 € für Einzelpersonen. Dagegen war der Armutsbericht der nordrhein-westfälischen Landesregierung von einer Armutsrisikogrenze von 604 € ausgegangen. Dabei wurden 50% des arithmetischen Mittels, die alte OECD-Skala und die Daten des Mikrozensus zugrunde gelegt.⁵⁷

Die folgende Tabelle zeigt die Armutsrisikoquote ausgewählter Bevölkerungsgruppen der Jahre 1998 und 2003, jeweils unterschieden nach alter und neuer OECD-Skala.

Hatten 1998 noch 12,1% der Menschen ein erhöhtes Armutsrisiko, so waren es 2003 schon 13,5% (nach neuer OECD-Skala).

Gestiegen ist das Armutsrisiko demnach bei den Arbeitnehmern, den Singles und den Familien. Stark gestiegen ist es bei den Jüngeren und den Arbeitslosen. Gesunken ist es bei den Selbstständigen und den Senioren bzw. Rentnern und Pensionären. Bei den Alleinerziehenden ist das Armutsrisiko in etwa gleich geblieben.

Deutlich erhöhte Armutsrisiken haben insbesondere die Arbeitslosen und die Alleinerziehenden, aber auch die Singles. Während all jene, die im Arbeitsleben stehen oder als Rentner standen, ein z.T. deutlich unterdurchschnittliches Armutsrisiko besitzen.

⁵⁴ Bundesregierung der Bundesrepublik, (2001). Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, a.a.O..

⁵⁵ Ebda, S. 14

⁵⁶ Der Median ist das statistische Maß für den Zentralwert einer Verteilung; derjenige Wert, der eine nach ihrer Größe geordnete Reihe von Werten halbiert.

⁵⁷ Ebda, S. 14

Gruppenspezifische Armutsrisikoquoten in % in Deutschland nach Geschlecht, Alter, Erwerbsstatus und Haushaltstypen⁵⁸

Bevölkerungs-gruppe	Neue OECD-Skala		Alte OECD-Skala	
	1998	2003	1998	2003
Differenzierung nach Geschlecht				
Männer	10,7	12,6	11,6	12,9
Frauen	13,3	14,4	12,6	13,3
Differenzierung nach Alter				
Bis 15 Jahre	13,8	15,0	18,6	18,6
16 bis 24 Jahre	14,9	19,1	14,6	19,0
25 bis 49 Jahre	11,5	13,5	12,3	13,5
50 bis 64 Jahre	9,7	11,5	7,7	9,8
65 und mehr Jahre	13,3	11,4	9,3	7,5
Differenzierung nach Erwerbsstatus (Personen ab 16)				
Selbstständige(r)	11,2	9,3	11,2	9,6
Arbeitnehmer(in)	5,7	7,1	5,9	6,8
Arbeitslose(r)	33,1	40,9	31,2	37,4
Rentner(in)/ Pensionär(in)	12,2	11,8	8,4	7,8
Personen in Einpersonenhaushalten				
Insgesamt	22,4	22,8	13,7	14,1
Männer	20,3	22,5	13,8	15,0
Frauen	23,5	23,0	13,7	13,6
Personen in Haushalten mit Kind(ern)				
Allein Erziehende	35,4	35,4	37,0	36,4
2 Erwachsene mit Kind(ern)	10,8	11,6	14,6	14,6
Armutsrisikoquote insgesamt	12,1	13,5	12,1	13,1

4. Kinderarmut - eine besondere Herausforderung

Noch weniger als bei Erwachsenen, lässt sich Armut bei Kindern allein über begrenzte materielle Ressourcen messen. Dies deutlich herausgearbeitet zu haben, ist eines der Verdienste einer groß angelegten Längsschnittstudie der AWO Niederrhein und des Frankfurter Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, die schon seit 1997 läuft.⁵⁹ Gefordert und erstmals entwickelt wurde ein „kindgerechter“ Armutsbegriff⁶⁰, der die Lebenssituation der Kinder, die familiäre Lebenssituation, sowie die Entwicklung und die Teilhabechancen berücksichtigt, aber auch nicht jede benachteiligte Lebenslage als Armut definiert.

⁵⁸ Ebda, S. 17

⁵⁹ Holz, Gerda; Puhmann, Andreas: Alles schon entschieden? Wege und Lebenssituationen armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule. Zwischenbericht zur AWO-ISS Längsschnittstudie, Hg. Vom ISS-Frankfurt/M., Frankfurt Januar 2005, vgl. auch AWO-Bundesverband, Sozialbericht 2000, a.a.O..

⁶⁰ vgl.: für das folgende: Holz Gerda; Dietrich Giering: Zukunft für arme Kinder – von der Feldforschung zur Feldarbeit. In: Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein (Hg.): Kleine Kinder – Große Chancen. Initiativen und Netzwerke zur Armutsprävention bei Kindern und Familien. Essen 2003, S. 17-24

Holz/Puhlmann sehen solchermaßen neun Dimensionen der Kinderarmut:

- „materielle Armut“, das ist der materielle Mangel an Essen, Verpflegung und Kleidung
- „falsche Versorgung“, das ist eine mangelhafte Basisversorgung bei so genannten „Konsumgütern“
- „seelische/emotionale Armut“, das sind das Fehlen der Zuwendung durch die Eltern, emotionale Defizite, psychische Überforderung
- „soziale Armut“, das sind fehlende soziale Kontakte
- „geistige/kulturelle Armut“, das ist ein Leben ohne Anregung und intellektuelle Herausforderung
- „Bildungsbenachteiligung“, die Aneignung von Wissen und Erfahrung ist verschlossen oder erschwert
- „fehlende Werte“, keine ethischen, kulturellen und sozialen Werte, defizitäre Wertevermittlung, auch kriminelles Bewältigungshandeln
- „Vernachlässigung, Gewalt“, es gibt keinen Schutz, keine Hilfe
- „ausländerspezifische Benachteiligung“, ein Leben zwischen den Kulturen, unsicherer Status, eingeschränkte Rechte

Faszinierend an dieser AWO-ISS Längsschnittstudie ist ihre Handlungsorientierung. Es werden nicht allein die Dimensionen und der Umfang der Kinderarmut analysiert, sondern auch Modelle gegen Kinderarmut entwickelt und ausprobiert. Herausragend ist sicher die Kooperation zwischen der Stadt Monheim, ISS und AWO im Rahmen des Projekts „MO.KI – Monheim für Kinder“⁶¹. Im Berliner Viertel, einem Stadtteil Monheims mit besonderem Erneuerungsbedarf, in dem die Mehrzahl der Monheimer Sozialhilfeempfänger lebt, konzentrieren die Projektpartner auf die Armutsprävention bei Kindern.

4.1. Kommunale Armutsberichte

Selbstverständlich ist der vorliegende Armutsbericht nicht der erste kommunale Armutsbericht. Die Stadt München veröffentlicht seit 1987 alle fünf Jahre Armutsberichte.⁶² Auch Nürnberg⁶³, Witten⁶⁴ und Konstanz⁶⁵ haben eigene Berichte. Z.T. sind sie von den jeweiligen Stadtverwaltungen geschrieben, z.T. von universitären Instituten und im Wittener Fall von den Grünen, evangelischen Einrichtungen, Arbeitslosen- und Beschäftigungsinitiativen sowie Gewerkschaften herausgegeben.

⁶¹ Holz, Gerda; Schlevogt, Vanessa; Kunz, Thomas; Klein, Evelin: Armutsprävention vor Ort – „MO.KI – Monheim für Kinder“. Evaluationsergebnisse zum Modellprojekt von Arbeiterwohlfahrt Niederrhein und Stadt Monheim. Hg. Vom ISS-Frankfurt, Frankfurt/M. Januar 2005

⁶² Sozialreferat der Stadt München: Münchener Armutsbericht. Fortschreibung 2002. Bekanntgabe in der Sitzung des Sozialhilfeausschusses vom 13.5.2004

⁶³ Materialien zum Lorenzer Kommentargottesdienst zu Ereignissen der Zeit vom 18. Januar 2004: Wie wird man in Nürnberg arm? Gedanken zum Armutsbericht der Stadt.

⁶⁴ Kentner, Sabine: Armut in Witten, Witten 1997

⁶⁵ Stadt Konstanz: Armutsbericht der Stadt Konstanz, Konstanz 2003

5. Hagen

5.1 Die Hagener Bevölkerung

In Hagen lebten Ende 2003 200.039 Einwohner⁶⁶, darunter 95.869 Männer und 104.170 Frauen.

2004 waren 14,2% der Hagener Ausländer, dieser Anteil lag etwas höher als im Ruhrgebiet mit 11%⁶⁷, ist aber seit 2002 (15%) gesunken.⁶⁸

Dagegen sah das Landesamt für Datenverarbeitung Ende 2003 26.960 oder 13,5% der Hagener ohne deutschen Pass, davon 13.521 Männer und 13.439 Frauen.⁶⁹ Die größte Gruppe stellten mit fast 10.000 Personen die Türken, dann kamen mit 3.818 die Italiener, mit etwa jeweils 3.500 Personen die ehemaligen Jugoslawen und die Griechen, gefolgt von 1200 Portugiesen und 300 Spaniern.⁷⁰

Im Ruhrgebiet ist die Bevölkerungszahl von 1990 bis 2002 um rund 64.000 oder 1,2% gesunken, die der kreisfreien Städte um fast 3,5% und in Hagen gar um 6,2%. Schlechter war die Entwicklung nur noch in Essen (-6,6%) und Gelsenkirchen (-6,4%).⁷¹

Das Landesamt für Datenverarbeitung erwartet bis 2020 einen weiteren dramatischen Einwohnerrückgang für Hagen. Dann soll es 45.249 Hagener und Hagenerinnen weniger geben als 1990, das entspricht einem Minus von 25,19%, dem mit Abstand höchsten Rückgang im Gebiet des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR-Gebiet). Mit „lediglich“ 18,19% liegt Gelsenkirchen auf dem 2. Platz, während für das gesamte RVR-Gebiet ein Rückgang um 6,49% erwartet wird.⁷²

5.2. Hagener Wirtschaftsgeschichte

Hagen ist eine altindustrielle Stadt des rheinisch-westfälischen Industriegebiets.⁷³

Hagen gehört zu einer Kette von Industriestädten des Sauer- und des bergischen Landes, aus denen die Impulse zur Industrialisierung des Reviers stammten. Diese Städte sind alle südlich der Ruhr und damit auch der Kernregionen des Ruhrgebietes gelegen. Hierzu gehören die Städte des Wuppertals, des Ennepetals, Hagen, Hohenlimburg und auch Iserlohn. Hagen ist eine alte Eisen- und Stahlstadt. Noch heute befindet sich im 1975 eingemeindeten Stadtteil Hohenlimburg der Schwerpunkt der deutschen Kalteisenindustrie.

Seit 1972, als die Hasper Hütte die Stahlerzeugung beendete, hat Hagen zehntausende Stahlarbeitsplätze verloren. Wieland Jäger schätzt 1996, das zwischen 1972 und 1995 allein

⁶⁶ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen(Hg.): Statistisches Jahrbuch 2004, Düsseldorf, Dezember 2004, S. 33

⁶⁷ Regionalverband Ruhr (Hg.): Strukturbericht Ruhrgebiet 2004, Essen 2004, S. 7

⁶⁸ Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Strukturbericht Ruhrgebiet 2002, Essen 2003, S.9

⁶⁹ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen a.a.O., S. 49

⁷⁰ Ebda., 57

⁷¹ Regionalverband Ruhr 2004 a.a.O., 7f.

⁷² Ebda., S. 9ff. vgl. auch: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, a.a.O., S. 47

⁷³ Hildenbrand, Hanswerner: Die strukturelle Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung im Stadtkreis Hagen von 1945 bis 1967, Hagen 1970

12.500 Stahlarbeitsplätze verloren gingen, mit den Zulieferern, Handwerkern etc. rechnet er mit einem Minus von mindestens 22.000 Arbeitsplätzen im genannten Zeitraum.⁷⁴

Stahlverarbeitende und –produzierende Unternehmen und damit Arbeitsplätze hat Hagen außerdem in den Stadtteilen Eckesey, Vorhalle und Hohenlimburg verloren. Hier warten z.T. noch Industriebrachen mit 150jähriger Industriegeschichte auf ihre Aufarbeitung.⁷⁵

Um dem Strukturwandel begegnen und die sozialen Folgen auffangen zu können, entwickelten die Hagener neue Industriegebiete, wie das Industriegebiet Lennetal, sanierten den Kern Haspes⁷⁶ und orientierten sich an neuen Leitbildern: Hagen als Stadt der Weiterbildung.

So studieren⁷⁷ an Hagens FernUniversität, der einzigen in Deutschland, mittlerweile über 40.000 Studierende und arbeiten fast 2.000 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter. An der Abteilung Hagen der FH Südwestfalen sind auch fast 1.500 (Präsenz-) Studierende und an der FH für öffentliche Verwaltung in Hagen über 1.300 Studierende eingeschrieben.

Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Struktur der Beschäftigten in Hagen. Aus einer Industriestadt wird eine Dienstleistungsstadt im Wissenszeitalter.

5.3. Exkurs: Erwerbstätigkeit und Beschäftigung im Ruhrgebiet im Jahre 2002⁷⁸

Der Anteil der Erwerbstätigen im RVR-Gebiet unter den 20-65jährigen liegt mit 63% deutlich niedriger als in NRW mit 67 %.

53% der Erwerbstätigen sind Angestellte, 32% Arbeiter, 8% Selbstständige, 6% Beamte und 1% mithelfende Familienangehörige.⁷⁹

67% der Erwerbstätigen sind im Dienstleistungsbereich tätig, 32% im produzierendem Gewerbe und 1% in der Land- und Forstwirtschaft. Die Frauen sind gar zu 86% im Dienstleistungsgewerbe und nur zu 13% im produzierenden Gewerbe tätig. Die Männer sind dagegen zu 45% im produzierenden Gewerbe tätig.⁸⁰

Im produzierenden Gewerbe hat das Revier seit 1980 37 % aller Arbeitsplätze verloren, im Dienstleistungssektor dagegen ist die Zahl der Arbeitsplätze seit 1980 deutlich um 47% gestiegen.⁸¹ Seit 1980 gingen im produzierenden Gewerbe des Ruhrgebiets 480.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren, während der Dienstleistungssektor 272.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen hat.⁸²

Insgesamt waren damit 2002 204.000 Personen im Ruhrgebiet weniger sozialversicherungspflichtig beschäftigt, somit ist dies ein Rückgang um 11,5%. Dagegen ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze im übrigen NRW im selben Zeitraum um 11,5% gestiegen.⁸³

⁷⁴ Jäger, Wieland: Der Niedergang der Eisen- und Stahlindustrie. Strukturwandel und Tertiarisierung in einer traditionellen Industrieregion, in: Brandt, Peter/Hobein, Beate (HG.): 1746/1996. Beiträge zur Geschichte der Stadt Hagen, Essen 1996 S. 114

⁷⁵ Schulte, Gerhard: Kommunale Wirtschaftsförderung in Hagen von der Betriebsansiedlung bis zur Technologiepolitik, in Heimatbuch Hagen + Mark 1990, S. 223-234

⁷⁶ Auf dem Gebiet der Hasper Hütte wurde bis in die 90er Jahre hinein das größte deutsche Stadtsanierungsgebiet entwickelt.

⁷⁷ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen a.a.O., S. 162ff.

⁷⁸ Vgl.: im folgenden: Regionalverband Ruhr 2004 a.a.O., S. 15-28

⁷⁹ Ebda., S. 15 f.

⁸⁰ Ebda., S. 16f.

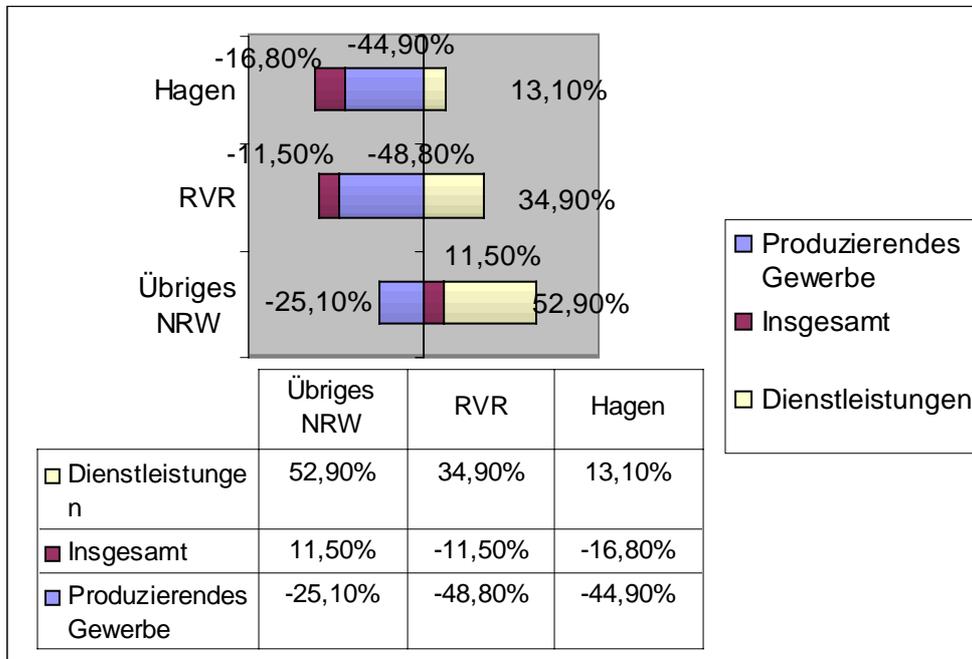
⁸¹ Ebda., S. 16

⁸² Ebda., S. 22f.

⁸³ Ebda., S. 24

In diesem Zeitraum, von 1980 bis 2002, ist in Hagen die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im produzierenden Gewerbe um 44,9% gesunken, die aller Beschäftigten um 16,8 %, während die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor lediglich um 13,1% gestiegen ist.⁸⁴

Anteilige Veränderungen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigtenverhältnisse (ohne Beamte und Selbstständige) zwischen 1982 und 2002:



Von dieser Strukturverschiebung haben vor allem die Frauen profitiert: 2002 gab es im RVR 200.000 mehr erwerbstätige Frauen, was einem Anstieg von 30% entspricht, während es 150.000 weniger erwerbstätige Männer gibt, was wiederum einem Minus von 10% entspricht.⁸⁵

Die Erwerbstätigen im RVR-Gebiet haben im Vergleich zum übrigen NRW eine etwas geringere Qualifikation: Während 41,8% der Erwerbstätigen im Revier Haupt- oder Volksschulabschluss hatten, waren es im übrigen NRW 38,5%. Dagegen hatten 26 % der Erwerbstätigen im übrigen NRW Realschulabschluss, aber nur 24 % im Revier. Fachhochschulreife hatten im übrigen NRW 7,9%, im Revier 0,5% weniger, nämlich 7,4%. Bei der allgemeinen Hochschulreife betrug der Abstand 1,8%: 20,8% im Revier und 22,6% im übrigen NRW. Keine Angaben gab es im Revier bei 3,4% und im übrigen NRW bei 2,8%. Im Ruhrgebiet befanden sich noch 2,5% in schulischer Ausbildung und im übrigen NRW 2,3% der Befragten.⁸⁶

Im Ruhrgebiet hatten 56% der Beschäftigten eine berufliche Ausbildung absolviert, im übrigen NRW waren es 53%.

Dagegen hatten im Revier nur 4% ein Fachhochschulstudium und 8% ein Hochschulstudium absolviert, während es sich im übrigen NRW um 5% und 9 % der Erwerbstätigen handelte.

⁸⁴ Ebda., S. 26

⁸⁵ Ebda., S. 16

⁸⁶ Ebda., S. 17ff.

Auch in Hagen sind im Vergleich zu wenige (Fach-)Hochschulabsolventen beschäftigt. Gerade einmal 6,7% der Beschäftigten hatten 2004 einen akademischen Abschluss. In München oder Dresden waren es gar 19,7%!⁸⁷

18% der Beschäftigten im Ruhrgebiet hatten keinen Abschluss und 6% machten keine Angabe.⁸⁸

Der RVR weist auf einen bedenklichen Trend in der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten des Reviers hin: Zwar gibt es einen Langzeittrend hin zu höheren und besseren Qualifikationen in NRW und auch im Revier. Jedoch hat sich dieser Trend seit 1997 im Revier deutlich umgedreht: „Die Zahl der Erwerbstätigen mit akademischem Abschluss im Ruhrgebiet ist rückläufig. Von 1997 bis 2002 sank die Zahl um 7%.“⁸⁹

Erwerbstätige mit akademischem Abschluss im Ruhrgebiet und im übrigen NRW⁹⁰

	Ruhrgebiet			Übriges NRW		
	1997	2000	2002	1997	2000	2002
Fachhochschulabschluss	110.000	102.000	86.000	298.000	307.000	284.000
Hochschulabschluss	164.000	153.000	168.000	487.000	465.000	496.000
gesamt	274.000	255.000	254.000	785.000	772.000	782.002

Nur 73,6% der Erwerbstätigen des Ruhrgebiets waren 2002 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, gegenüber 78,7% im übrigen NRW, der Rest waren Beamte, Selbstständige und zunehmend sog. Minijobber. Damit sind im Revier nur 29,3% der gesamten Bevölkerung sozialversicherungspflichtig beschäftigt, gegenüber 34% im übrigen NRW.

„Um das Ruhrgebiet vergleichbar mit dem übrigen NRW mit Arbeitsplätzen zu versorgen, müssten hier rd. 250.000 neue Stellen geschaffen werden.“⁹¹

Im September 2003 hatte das Ruhrgebiet eine Arbeitslosenquote von 13% (=299.979 Personen). In NRW lag die Quote bei 10,7% und im Bund bei 11,2%. Seit den 1970er Jahren liegt die Arbeitslosenquote des Ruhrgebiets immer deutlich über der des Bundes und des Landes NRW.⁹²

Arbeitslosenquote nach Geschlecht im September 2003⁹³

Ruhrgebiet		Übriges NRW		Bundesgebiet	
Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
11,1	14,5	8,8	10,7	10,7	11,6

Zunehmend sind im Ruhrgebiet auch qualifizierte Kräfte von Arbeitslosigkeit betroffen. So ist der Anteil der Arbeitslosen mit Berufsausbildung zwischen 2000 und 2003 von 51% auf 54,3% im September 2003 gestiegen; darunter hatten 45,7% eine betriebliche Ausbildung. Damit ist die Arbeitslosigkeit der Arbeitslosen mit Qualifizierung um 8,1% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, die der Personen ohne abgeschlossene Ausbildung lediglich um 2,8%. In Hagen sind dagegen 51,3% der Arbeitslosen ohne Berufsausbildung.

⁸⁷ Institut der deutschen Wirtschaft: Großstadtvergleich. Deutsche Großstädte im Vergleich. Studie der IW Consult GmbH und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft im Auftrag der Wirtschaftswoche. Köln, Mai 2005. in: Wirtschaftswoche 20/2005, 12.5.2005 und unter: <http://www.staedtewoche.de>

⁸⁸ Regionalverband Ruhr 2004, a.a.O., S. 18

⁸⁹ Ebda., S. 18f.

⁹⁰ Ebda., S. 19

⁹¹ Ebda., S. 22

⁹² Ebda., S. 30

⁹³ Ebda., S. 30

Die Akademikerarbeitslosigkeit liegt im Revier lediglich bei 2,9%, bundesweit bei 4%.⁹⁴

Bemerkenswert ist die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen im Revier:

Waren im Jahr 2003 im Ruhrgebiet 41,9% aller Arbeitslosen ein Jahr und länger arbeitslos, waren dies im übrigen NRW lediglich 34,7% und im Bundesdurchschnitt 36,4%.

Im Ruhrgebiet waren gar 21,7% der Arbeitslosen zwei Jahre und länger arbeitslos gemeldet.⁹⁵

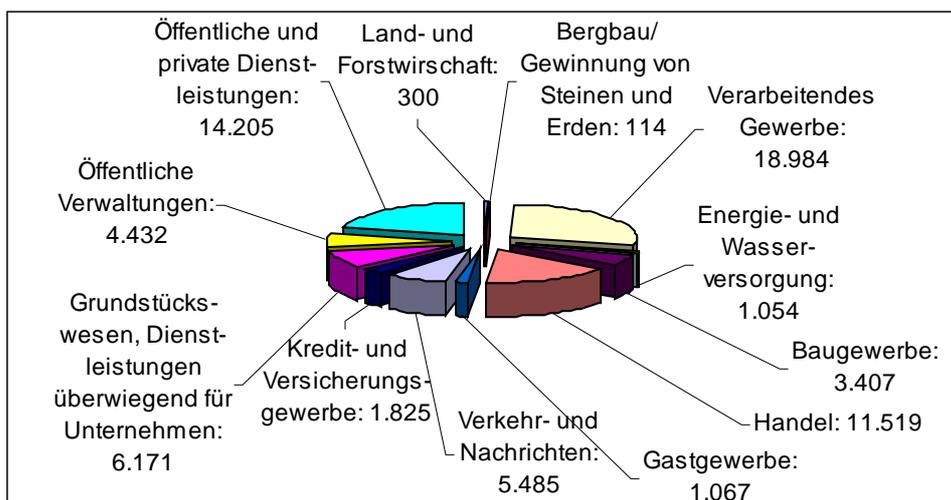
5.4. Und Hagen?

Wie angedeutet, liegt auch Hagen in diesem Trend. Zwischen 2001 und 2003 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hagen deutlich gesunken.

Zum 30. Juni 2003⁹⁶ waren in Hagen 66.120 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, davon 37.248 Männer und 28.872 Frauen. 6.410 waren Ausländer und immerhin 11.304 Teilzeitbeschäftigte. 2001 waren es noch 70.850 gewesen und 1993 noch fast 80.000.⁹⁷

2002⁹⁸ waren Hagens Erwerbstätige nur noch zu 0,5% im Primären Sektor tätig, 27,3% im produzierendem Gewerbe, darunter 21,7% im verarbeitenden Gewerbe, aber 28,5% in Handel, Gastgewerbe und Verkehr und 43,7% im Bereich der Dienstleistungen beschäftigt. Ein deutlicher Hinweis auf den Bedeutungsverlust der Industrie als Arbeitgeber in der Stadt. Aber trotzdem hat die Industrie noch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung als Arbeitgeber: In den 144 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und der Gewinnung von Steinen und Erden in Hagen sind immerhin noch 15.768 Personen beschäftigt und erwirtschaften einen Gesamtumsatz von 3.300.000.000 €⁹⁹

Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, waren 2002 von den damals 68.575 in Hagen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in den verschiedenen Wirtschaftszweigen tätig:¹⁰⁰



⁹⁴ Ebda., S. 31

⁹⁵ Ebda., S. 32

⁹⁶ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, a.a.O., S. 249

⁹⁷ Stadtverwaltung Hagen, Ressort Statistik und Stadtforschung (Hg.): Statistisches Jahrbuch Hagen 2004, S. 98 (2004g)

⁹⁸ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, a.a.O., S. 263

⁹⁹ Ebda., S. 331

¹⁰⁰ Kommunalverband Ruhrgebiet 2004, a.a.O., S. 13 f.

Im produzierenden Gewerbe Hagens fand 2002 31% der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen statt, im Dienstleistungsbereich 68,9%. In Nordrhein-Westfalen insgesamt, im Ruhrgebiet und in den kreisfreien Städten des Landes liegt der Anteil des Dienstleistungsbereichs noch deutlich höher zwischen 71,7 % und 77,2 %. In Bochum und Dortmund liegt der Anteil des Dienstleistungsbereichs an der Bruttowertschöpfung gar um die 80%, ebenso wie in Köln, während der entsprechende Anteil in Düsseldorf und Bonn um die 90 % liegt.

Die Realsteuerkraft je Einwohner betrug in Hagen 2003 657 € während er im Schnitt von Deutschlands 50 größten Städten bei 761 € in Frankfurt bei 1.813 € und in München bei 1.266 € lag.¹⁰¹

Der angedeutete Umbau der Beschäftigtenstruktur in der Stadt Hagen wird auch zukünftig weitergehen. So rechnet die DGB Region Ruhr-Mark¹⁰² für die Märkische Region (Hagen, Ennepe-Ruhr-Kreis und Märkischer Kreis) bis 2008 mit weiteren 3.700 Verlusten an Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft, während es im Dienstleistungsbereich zu einem Zuwachs in Höhe von 260 Arbeitsplätzen kommen wird. Erhebliche Verluste wird es vor allem im Baugewerbe, bei der Metallherzeugung und im Großhandel geben. Erhebliche Gewinne wird es in den Bereichen Dienstleistungen für Unternehmen, Herstellung von Metallzeugnissen und Herstellung von KFZ-Teilen geben.

6. Die Struktur der Lohn- und Einkommenssteuer 1998¹⁰³

Die Struktur der Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen gibt einen wichtigen Hinweis auf die unterschiedliche Verteilung der Einkommen in der Stadt Hagen. Im Januar 2004 hat das Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen diese Zahlen für das Jahr 1998 veröffentlicht. Es handelt sich damit zwar um etwas ältere Zahlen, aber sie sind gesichert: Die Fristen für die Abgabe der Steuererklärungen sind längst abgelaufen, ebenso die Widerspruchs- und Klagefristen.

Auf der anderen Seite gibt eine Analyse der Steuerpflichtigen in Hagen kein vollständiges Bild ab.¹⁰⁴ Diese Statistiken informieren nicht über die Haushaltseinkommen. Dies ist für die Armutforschung eigentlich unerlässlich.¹⁰⁵

Auch zahlen gerade viele Geringverdiener keine oder nur pauschale Steuern. Minijobber oder Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfänger werden vom Finanzamt wenig oder gar nicht erfasst. Damit ergibt sich nur ein ungenaues Bild über die Haushalte mit geringem Einkommen, also die „Armen“. Auch die wirklich Reichen werden mit dieser Statistik nur ungenau erfasst. Die Rentner werden nur insoweit mitgezählt, als sie Steuern bezahlt haben.¹⁰⁶

¹⁰¹ Institut der deutschen Wirtschaft, a.a.O..

¹⁰² ISA Consult, Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit/ DGB Region Ruhr-Mark: Gewerkschaftliche Perspektiven der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der Märkischen Region. Diskussionsvorlage vom 12.5.2005

¹⁰³ Stadtverwaltung Hagen, Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen (Hg.): Hagener Monatszahlen. Januar 2004 S. 5ff.

Das Amt hat in diesem Artikel zu den sieben Bereichen Steuersatz, Großverdiener, Steuerpflichtige mit selbstständiger Arbeit, Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, Alleinstehende und getrennt Veranlagte, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen und Doppelverdiener Balkendiagramme für die 10 Bezirke an der Spitze der Skala und die 10 Bezirke am Ende Skala veröffentlicht und interpretiert.

Siehe auch Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen 2004, a.a.O., S. 549

¹⁰⁴ Vgl.: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2004 c) a.a.O, S. 49-51

¹⁰⁵ Krämer, Walter, a.a.O., S.88ff.

Erfasst werden 70.452 Steuerpflichtige in Hagen. Darunter verbergen sich allein 38.000 Ehepaare, die gemeinsam veranlagt werden.

Aber es kann gezeigt werden, in welchen Stadtteilen besonders viel und in welchen eher wenig verdient wird.

Für 2,3 Milliarden €¹⁰⁷ haben die Hagener 1998 Lohn- und Einkommenssteuer bezahlt. 1,8 Milliarden € waren Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit und 0,5 Milliarden € aus selbstständiger Tätigkeit.

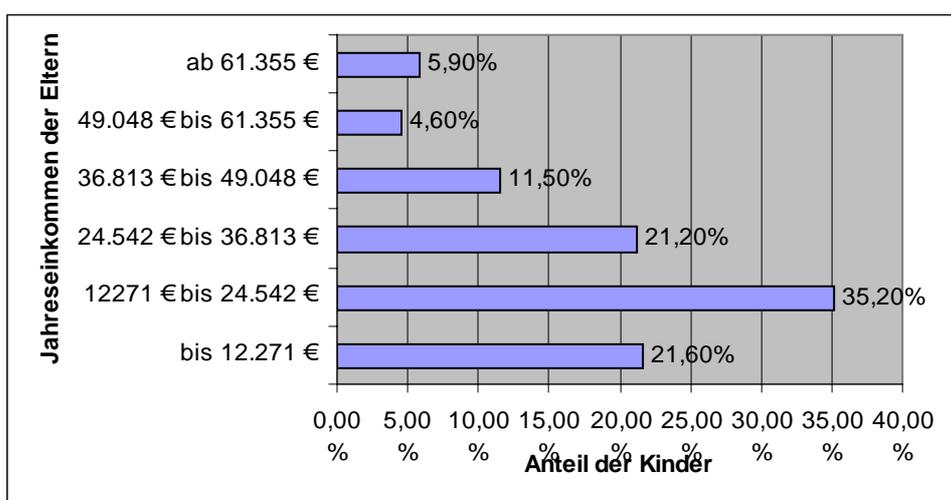
In der untersten Einkommensgruppe mit einem Jahreseinkommen von weniger als 15.000 € befanden sich knapp 20.000 Steuerpflichtige oder 28% aller Steuerpflichtigen.

Im Schnitt zahlten sie 4,8% Lohn- und Einkommenssteuer mit einem gesamten Aufkommen von 3,7 Millionen € oder 0,9% der gesamten in Hagen bezahlten Lohn- und Einkommenssteuer. Dagegen verdienten im Jahre 1998 524 Hagener Steuerpflichtige mehr als 175.000 € Ihr durchschnittlicher Steuersatz betrug 42%. Insgesamt zahlten sie 96 Millionen € Einkommenssteuer, d.h. jeder dieser 524 Steuerpflichtigen zahlte im Schnitt 183.000 € an Steuern.

Die durchschnittlichen Einkünfte sind in Hagen von Wohnbezirk zu Wohnbezirk sehr unterschiedlich. Verdiente der Steuerpflichtige des südlichen Eckeseys 1998 gerade einmal umgerechnet 24.100 € so versteuerte der durchschnittliche Holthäuser mit 46.400 € deutlich mehr. Im Durchschnitt der 39 Stadtbezirke (nicht der Stadt) wurden etwa 32.377 € versteuert. Oberhalb dieses Mittelwertes liegen gerade einmal 13 der 39 Wohnbezirke. Dies ist ein Hinweis auf im Vergleich zu den „ärmeren“ Stadtvierteln ungleich höhere Gesamteinkünfte in den „reicheren“ Stadtvierteln. Die Einkommensverteilung nach der Lohn- und Einkommenssteuer von 1998 ist in Hagen ausgesprochen ungleich.

Leider liegen keine Zahlen zur Streuung der Haushaltseinkommen in Hagen vor.

Behelfsweise können nur die Elternbeiträge der ca. 6.000 Kindergartenkinder von 2005 herangezogen werden.¹⁰⁸ Die Eltern müssen einkommensabhängig gestaffelte Elternbeiträge bezahlen und hierfür ihre Jahreseinkommen angeben. Selbstverständlich sind diese Angaben nicht auf alle Hagener Haushalte übertragbar. Es handelt sich lediglich um jene 90% der Eltern von Kindern im Kindergartenalter, die ihre Kinder tatsächlich angemeldet haben. Gleichaltrige kinderlose Paare und Ältere haben häufig ein höheres Einkommen. Aber zeigen lässt sich eine deutlich ungleiche Einkommensverteilung.



¹⁰⁶ vgl.: ebda., S. 68ff.

¹⁰⁷ Die DM-Beträge von 1998 sind schon in Euro umgerechnet.

¹⁰⁸ Mitteilung des zuständigen Abteilungsleiters der Stadt Hagen, Jürgen Machatschek, an den Verfasser Mai 2005

Damit liegt das Monatseinkommens eines guten Drittels der Eltern zwischen etwas über 1.000 und etwas über 2.000 € ein gutes Fünftel hat gar nur ein Monatseinkommen bis zu 1.000 € und ein weiteres Fünftel liegt zwischen 2.000 und 3.000 € im Monat.

Tabelle: Durchschnittliche Gesamteinkünfte je Steuerpflichtigem in € 1998¹⁰⁹

1.	Holthausen	46.400 €
2.	Fleyerviertel	45.050 €
3.	Berchum	44.800 €
4.	Emst-West	44.650 €
5.	Geweke/Tücking	44.350 €
6.	Elsey-Süd	42.800 €
7.	Emst-Ost	42.050 €
8.	Halden/Herbeck	42.050 €
9.	Dahl	41.000 €
10.	Garenfeld	37.950 €
11.	Priorei/Rummenohl	36.100 €
12.	Henkhausen/Reh	34.750 €
13.	Hohenlimburg-Zentrum/Wesselbach	34.450 €
14.	Eppenhausen	33.350 €
15.	Haspe-Süd	32.700 €
	Mittelwert	32.377 €
16.	Boele-Zentrum	31.500 €
17.	Boelerheide	31.200 €
18.	Eilpe-Süd	31.150 €
19.	Oege/Nahmer	30.500 €
20.	Fley/Helfe	29.900 €
21.	Altenhagen-Nord	29.400 €
22.	Elsey-Nord	29.350 €
23.	Westerbauer-Nord	29.300 €
24.	Kuhlerkamp	28.750 €
25.	Wehringhausen-Ost	28.750 €
26.	Kabel/Bathey	27.400 €
27.	Spielbrink	27.300 €
28.	Westerbauer-Süd	27.200 €
29.	Altenhagen-Süd	26.850 €
30.	Delstern	26.700 €
31.	Vorhalle-Süd	26.650 €
32.	Eilpe-Nord	26.150 €
33.	Zentrum	25.350 €
34.	Eckesey-Nord	24.800 €
35.	Remberg	24.700 €
36.	Haspe-Zentrum	24.600 €
37.	Vorhalle-Nord	24.450 €
38.	Wehringhausen-West	24.200 €
39.	Eckesey-Süd	24.100 €

Entsprechend ist auch die Zahl der „Großverdiener“ im Stadtgebiet ungleich verteilt. Die Stadt Hagen wertet die 931 Steuerpflichtigen, die 1998 zwischen 100.000 und 175.000 € versteuert haben, und die erwähnten 524, die mehr als 175.000 € versteuert haben, als „Großverdiener“.

Der hier verwendete Begriff des Großverdieners bedarf der Kommentierung.¹¹⁰ Die Landesregierung hat sich in ihrem Sozialbericht NRW 2004 mit der Verteilung von Armut und Reichtum beschäftigt und dabei – intensiver als die Bundesregierung in ihren Armuts-

¹⁰⁹ Unveröffentlichte Zahlen des Amtes für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen zu: Stadtverwaltung Hagen, Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen (Hg.): Hagener Monatszahlen. Januar 2004 S. 5ff. . März 2005 dem Verfasser zur Verfügung gestellt.

¹¹⁰ Zur Definition von „Reichtum“ siehe: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2004 c), a.a.O., S. 77ff.

und Reichtumsberichten 2001 und 2005 - sich die Frage nach der Verteilung des Reichtums gestellt. Reichtum ist ebenso wie Armut ein schillernder und schwer zu fassender Begriff. Auch die Frage, wer denn eigentlich reich sei oder auch nur wohlhabend oder gut verdienend etc. ist von kulturellen und sozialen Bedingungen der jeweiligen Zeit abhängig. Und auch „Reichtum“ ist ein relativer Begriff. Die Regierung schlägt im Bericht verschiedene Abgrenzungen der „Reichen“ nach unten vor:

Oberste 1.000 der Veranlagten, 1 Million und mehr € als Markteinnahmen, Oberste 10.000 der Veranlagten, 500.000 € und mehr als Markteinnahmen, Oberste 1% der Veranlagten, Oberste 5% der Veranlagten, 200% und mehr des Durchschnittsmarkteinkommens.¹¹¹

Die Hagener „Großverdienergrenze“ von 100.000 € umfasst lediglich die beiden Gruppen Oberste 5% der Veranlagten und 200% und mehr des Durchschnittsmarkteinkommens. Die zweite Grenze bei 175.000 € umfasst dann noch die Obersten 1% der Veranlagten.

Insofern ist es richtig gewesen, bei der Auswertung der Hagener Statistik den eher diffusen Begriff des „Großverdieners“ zu wählen, der auch Personen umfasst, die aus der Sicht wirklich reicher Großverdiener eher zum Kleinbürgertum gehören.

Für Hagen gilt:

In Berchum (6,6%), leben relativ die meisten Großverdiener, gefolgt vom Fleyerviertel (6,2%), Holthausen (5,9%), Emst-West (5,5%), Halden/Herbeck, Emst-Ost, Dahl, Elsey-Süd, Garenfeld und Geweke/Tücking.

Dagegen leben in Delstern, Wehringhausen-West und Eckesey-Süd überhaupt keine Großverdiener, während Vorhalle-Nord nur einige wenige Großverdiener in der zweithöchsten Einkommensgruppe, vielleicht ein Drittel Prozent, beheimatet. Weitere Stadtbezirke mit wenigen Großverdienern sind Haspe-Zentrum, Remberg, Eckesey-Nord, Kabel/Bathey, Eilpe-Nord und Spielbrink mit etwas unter 1%.

86% der Steuerpflichtigen in Hagen beziehen ihr Einkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit. 14% beziehen ihr Einkommen ganz oder teilweise aus selbstständiger Tätigkeit. In Halden/Herbeck, Emst, Fleyerviertel und Berchum liegt die Selbstständigenquote bei etwa 18%. Während sie in Wehringhausen-West, Vorhalle-Nord unter 10% und in Eckesey-Süd, Oege/Nahmer, Boelerheide, Eckesey-Nord, Henkhausen-Reh, Boele-Zentrum, Elsey-Nord und Westerbauer-Nord etwa zwischen 11 und 12% liegt. Diese Statistik hat bezüglich der Armuts- und Reichtumsverteilung nur eine geringe Aussagekraft. Während Boelerheide relativ wenige Selbstständige beherbergt, liegen Stadtbezirke wie das Zentrum und Delstern mit 16 bis 16,5% Selbstständigen unter den 10 Stadtbezirken mit den höchsten Selbstständigenquoten, obwohl sie nur geringe Durchschnittseinkommen haben (Rang 10 und Rang 7).

Aussagekräftiger ist die Tabelle über die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit. Die 500 Millionen € die in Hagen mit Selbstständigkeit verdient und versteuert wurden, verteilen sich recht unterschiedlich über das Stadtgebiet.

Während in Emst-Ost und im Bezirk Geweke/Tücking fast 40% der Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit stammten, waren es in Wehringhausen-West und in Eckesey weniger als 10%. Zwischen etwa 10 und 14% waren es in den Bezirken Vorhalle-Nord, Westerbauer-Süd, Eckesey-Nord, Kabel-Bathey, Kuhlerkamp, Vorhalle-Süd, Westerbauer-Nord und Remberg. Dagegen liegen die entsprechenden Zahlen im oberen Bereich etwa zwischen 23% und 36% in den Bezirken Hohenlimburg/Zentrum, Holthausen, Halden/Herbeck, Elsey-Süd, Berchum, Fleyerviertel, Dahl und Emst-West.

¹¹¹ Ebda., S. 80

46% der Hagener Steuerpflichtigen von 1998 wurden getrennt veranlagt oder waren Alleinstehende. Der überwiegende Teil dieser Steuerpflichtigen sind jedoch Alleinstehende, da sich nur wenige Ehepaare getrennt veranlagern lassen.

Von den 32.000 Alleinstehenden haben 86% kein Kind auf der Steuerkarte eingetragen, 9% ein Kind und weitere 4% zwei Kinder.

Dagegen haben bei den zusammen veranlagten Ehepaaren 48% auf der Steuerkarte kein Kind eingetragen, 23% ein Kind, 21% zwei Kinder und 8% drei und mehr Kinder.

Alleinstehende und getrennt Veranlagte leben überwiegend in den innerstädtischen Bezirken. Zwischen etwa 47% und 68% liegt der Anteil in den Bezirken Eckesey-Süd, Fleyerviertel, Wehringhausen-West, Elsey-Süd, Eilpe-Nord, Delstern, Altenhagen-Süd, Wehringhausen-Ost, Zentrum und Remberg.

Zwischen etwa 36% und 41% liegt dagegen der Anteil der Alleinstehenden und getrennt Veranlagten in den Bezirken Henkhausen/Reh, Fley/Helfe, Kabel/Bathey, Berchum, Halden/Herbeck, Westerbauer-Nord, Garenfeld, Holthausen, Vorhalle-Nord und Boelerheide.

Wie erwähnt wurden 1998 38.000 Hagener Ehepaare gemeinsam veranlagt. 16.000 Ehepaare lebten von einem Einkommen, die restlichen 22.000 von zweien. Im Jahresschnitt verdiente ein Ehepaar mit einem Verdienner 30.000 €, ein Ehepaar mit zwei Verdienern 49.000 €. Damit differiert das Haushaltseinkommen erheblich zwischen Ehepaaren mit ein oder zwei Verdienern.

Im Schnitt haben bei 57% der Hagener Ehepaare beide Partner ein Einkommen. Dies unterscheidet sich deutlich zwischen den einzelnen Stadtbezirken. In Emst-West, Fleyerviertel, Dahl und Holthausen bestehen mehr als 65% der Ehepaare aus „Doppelverdienern“, zwischen 63 und 65% sind es in Priorei/Rummenohl, Berchum, Elsey-Süd, Garenfeld, Eppenhause und Delstern. In Vorhalle-Nord sind es weniger als 45%, unter 50% liegt die Quote auch in Eckesey-Nord, Eckesey-Süd, Wehringhausen-West, Haspe-Zentrum und Oege/Nahmer. In Kabel/Bathey, Remberg, Zentrum und Wehringhausen-Ost liegt die Quote zwischen 50 und 54%.

6.1. Ein Vergleich mit NRW

Wie können diese Zahlen nun eingeordnet werden, wie viel wird in Hagen im Vergleich zu NRW verdient?

Diese kleinräumige Analyse der Einkommensdaten gibt es nicht nur für Hagen, sondern auch für 31 weitere nordrhein-westfälische Städte.¹¹² D.h. die Steuerkraft dieser Städte ist für das Jahr 1998 vergleichbar.

Bezogen auf die Steuerkraft je Einwohner liegt Hagen mit 2.024 € auf Platz 23, und auf die Steuerkraft je Steuerpflichtigem auf Platz 24.

¹¹² Schulz, Annerose: Große Daten für kleine Räume. Pilotprojekt in NRW: Einkommensdaten auf kleinräumiger Ebene, in: Stadtforschung und Statistik 1/04, S. 24- 27

	Stadt	Einwohner 1998	Steuerpflichtige plus Doppel- verdiener je 100 Einwohner	Steuer je Steuer- pflichtigen	Steuer je Einwohner
		Anzahl		EURO	
1.	Ratingen	90.417	53	10.698	4.199
2.	Düsseldorf	568.440	50	9.182	3.629
3.	Bergisch Gladbach	106.026	52	8.986	3.504
4.	Bonn	304.639	48	8.328	3.108
5.	Neuss	149.108	50	7.991	3.008
6.	Mülheim/a.d.R.	174.514	50	7.752	2.972
7.	Köln	962.580	47	7.445	2.783
8.	Münster	264.489	49	7.185	2.733
9.	Remscheid	119.650	49	6.911	2.548
10.	Essen	603.194	43	7.515	2.481
11.	Krefeld	243.499	44	7.199	2.424
12.	Leverkusen	164.282	50	6.122	2.376
13.	Solingen	165.235	47	6.579	2.324
14.	Wuppertal	372.218	47	6.519	2.319
15.	Bielefeld	321.831	48	6.341	2.310
16.	Mönchen- Gladbach	264.662	45	6.485	2.240
17.	Iserlohn	99.603	46	6.255	2.145
18.	Paderborn	136.429	45	6.104	2.115
19.	Moers	106.840	41	6.625	2.064
20.	Siegen	109.974	43	6.103	2.051
21.	Witten	103.125	46	5.697	2.048
22.	Dorsten	80.978	43	6.152	2.044
23.	Hagen	207.201	45	5.954	2.024
24.	Bochum	393.236	43	6.095	2.012
25.	Recklinghausen	125.556	41	5.961	1.879
26.	Dortmund	591.733	41	5.856	1.856
27.	Oberhausen	222.456	41	5.204	1.673
28.	Duisburg	523.311	40	4.968	1.562
29.	Gelsenkirchen	284.085	39	4.906	1.535
30.	Herne	176.709	37	4.975	1.459
31.	Lünen	91.491	38	4.607	1.388

Einen weiteren Hinweis geben zwei Zahlen aus dem statistischen Jahrbuch 2004 des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die erste betrifft die Arbeitnehmerentgelte des Jahres 2002.¹¹³

In Hagen erhielten alle Arbeitnehmer ein Entgelt von zusammen etwa 3.008.000.000 € Je Arbeitnehmer waren dies 33.939 € dies ist etwas mehr als der Landesdurchschnitt mit 33.705 €je Arbeitnehmer und der Durchschnitt des Ruhrgebiets, aber weniger als im Durchschnitt der kreisfreien Städte des Landes NRW mit 35.313 €je Arbeitnehmer.

Auch beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte¹¹⁴, gerechnet je Einwohner, liegt Hagen etwa im Landesdurchschnitt. Je Einwohner standen 2002 in Hagen 17.421 €zur Verfügung, im Landesdurchschnitt waren es 17.470 € Jedoch lag das Primäreinkommen je Einwohner mit 19.150 €deutlich unter dem Landesdurchschnitt mit 20.329 €

¹¹³ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, a.a.O., S. 665

¹¹⁴ Ebda., S. 671

7. Armutsrisiken in Hagen

7.1. Sozialhilfe in Hagen im Städtevergleich¹¹⁵

Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt stellte – bis zur Einführung von Arbeitslosengeld II im Rahmen von Hartz IV am 1.1.2005 (siehe unten) – die wichtigste Unterstützung von Personen mit niedrigem oder keinem Einkommen dar. Sie „bilden zugleich den Personenkreis, der im Blickpunkt der Armutsdiskussion steht.“¹¹⁶

Um einen interkommunalen Vergleich der Sozialhilfequoten („Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe“) zu ermöglichen, vergleichen die statistischen Bundes- und Landesämter regelmäßig die 76 größten Großstädte Deutschlands und damit auch Hagen.

Sozialhilfequoten Ende 2003

	Insgesamt	0 bis 15jährige	15 bis 65jährige	Über 65jährige
Bund	3,4%	7,7%	3,2%	0,7%
NRW	3,8%	8,1%	3,6%	0,8%
Hagen	6,3%	14,1%	6,1%	0,8%

Bundesweit bezogen Ende 2003 2,81 Millionen Personen oder 3,4% im oben genannten Sinne Sozialhilfe. Darunter befanden sich 933.000 Kinder unter 15 Jahren. Dies entspricht einer Sozialhilfequote von 7,7 %!

Die Sozialhilfequote bei den 15 bis 65-jährigen (also den potentiell Erwerbstätigen) lag bei 3,2% und die der über 65jährigen bei 0,7%.

In Nordrhein-Westfalen lag Ende 2003 die Zahl der Sozialhilfeempfänger bei 682.209 Personen, das entspricht einer Quote von 3,8%¹¹⁷. Die Quote streut in den Bundesländern zwischen 1,8% in Bayern und 7,7% in Berlin.

Von den 682.209 nordrhein-westfälischen Sozialhilfeempfängern waren 229.874 unter 15 Jahre alt, dies entspricht in der Altersgruppe einer Quote von 8,1%, 427.508 Personen waren zwischen 15 und 65 Jahren alt, dies entspricht einer Quote von 3,6% und 25.527 waren über 65 Jahren alt, was wiederum einer Quote von 0,8% entspricht.¹¹⁸

Die entsprechenden Zahlen lagen in Hagen zum Teil deutlich über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt:

Ende 2003 waren in Hagen 12.546 Menschen oder 6,3% der Bevölkerung Sozialhilfeempfänger.

Bei den unter 15jährigen waren es gar 14,1% oder 4.367 Personen, eine erschreckend hohe Quote!

Von den 15-65jährigen Hagenern waren 7.860 oder 6,1% Sozialhilfeempfänger. Während die Quote bei den über 65jährigen wiederum bei 0,8% lag oder 319 Personen.¹¹⁹

¹¹⁵ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.): Sozialhilfe im Städtevergleich 2003. Ein Vergleich 76 deutscher Großstädte. Bonn November 2004 (Internetausgabe)

¹¹⁶ Ebda., S.3

¹¹⁷ Ebda., S.11

¹¹⁸ Ebda., S.12

¹¹⁹ Ebda., S.14

Dank des „Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ hatte sich 2004 die Zahl der Bezieher von Sozialhilfe über 65 Jahren im Vergleich zum Vorjahr auf bundesweit 98.000 Personen um 48% reduziert.¹²⁰

Mit dem Grundsicherungsgesetz beabsichtigte der Bundesgesetzgeber, insbesondere Rentner vor verschämter Armut zu schützen. Anstelle von Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten sie jetzt Grundsicherung. Aber auch Personen zwischen 18 und 64 Jahren, die aus medizinischen Gründen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und kein oder zu geringe Einnahmen aus Einkommen oder Vermögen haben, profitieren von der Regelung.

2003 hat die Grundsicherungsstelle des Fachbereiches Jugend und Soziales in 1352 Fällen Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz bewilligt.¹²¹ Zum 31.12.2004 bezogen in Hagen 1557 Personen Grundsicherung, also etwa 200 mehr als 2003.¹²²

Die Hagerer Sozialhilfequote lag 2,5% über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt, aber nur 0,7% über dem Durchschnitt der 76 beteiligten Großstädte.¹²³

Die Zahl der Hagerer Sozialhilfeempfänger ist bis zum Jahresende 2004 noch einmal um etwa 1.000 Personen auf 13.508 Sozialhilfeempfänger zum 31.12.2004 gestiegen.¹²⁴

Dramatisch werden die Hagerer Zahlen, wenn sie über einen längeren Zeitraum verfolgt werden:

*Hagerer Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne zum Jahresende:*¹²⁵

	1997	1999	2001	2002	2003	2004
Absolut	8.807	9.997	9.907	10.490	12.546	13.508
Quote	4,2%	4,9%	4,9%	5,2%	6,3%	6,7%

Damit ist während dieses Zeitraumes lediglich in Schwerin (+4,0%) und Leipzig (+3,3%) die Sozialhilfequote noch stärker gestiegen als in Hagen.¹²⁶

Hagen hat mit +2,1% vor Solingen (+1,7%) und Wuppertal (+1,5%) den höchsten Anstieg aller westdeutschen Großstädte.¹²⁷

Bei den durchschnittlichen Sozialhilfequoten der Großstädte lag Hagen Ende 2003 an 19. Stelle¹²⁸, bei den unter 15jährigen lag Hagen an 23. Stelle.¹²⁹

So gab die Stadt Hagen allein 2003 in den Bereichen Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur Erziehung 45,4 Mio. € aus.

Auffällig ist auch hier der deutliche Anstieg der Hilfe zum Lebensunterhalt zwischen 2000 und 2003 um 4,1 Mio. € der auch im interkommunalen Vergleich außerordentlich hoch ist.

¹²⁰ Ebda., S.4

¹²¹ Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Geschäftsbericht 2003.

Hagen Mai 2004, S. 21 (2004 e)

¹²² Auskunft des Leiters des Fachbereiches Jugend und Soziales Gerd Steuber gegenüber dem Verfasser am 12.5.2004.

¹²³ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, a.a.O., S.16

¹²⁴ Auskunft des Leiters des Fachbereiches Jugend und Soziales Gerd Steuber gegenüber dem Verfasser am 12.5.2004.

¹²⁵ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, a.a.O., S.18 und S. 20

¹²⁶ Ebda, S. 24

¹²⁷ Ebda., S.7

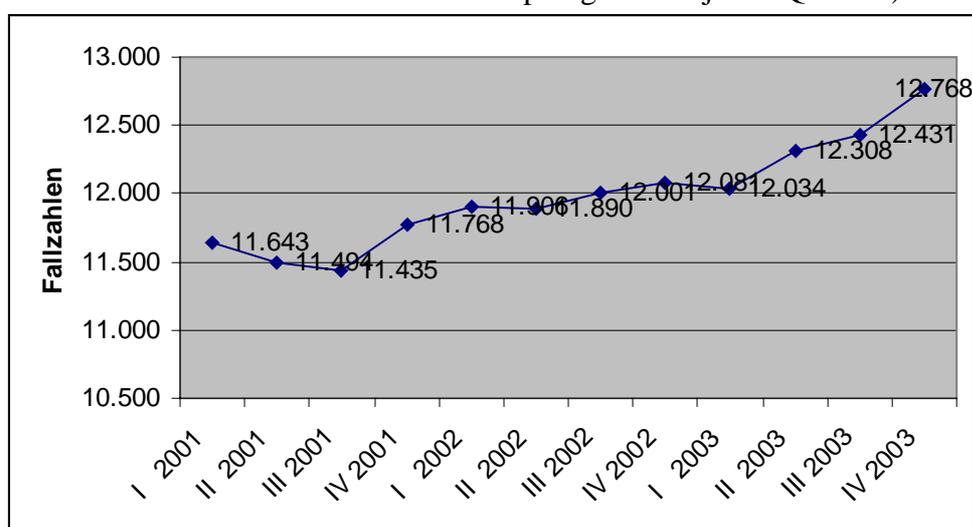
¹²⁸ Ebda., S. 22

¹²⁹ Ebda, S. 23

Tab.: Ausgaben des Fachbereichs Jugend und Soziales in ausgewählten Bereichen.¹³⁰

Ausgaben (Mio. €)	2000	2001	2002	2003	2004
Hilfe zum Lebensunterhalt	34,1	34,3	37	38,2	37,7
Hilfe zur Erziehung	7,1	7,3	7,3	7,2	12,0
Hilfe zur Arbeit	4,4	5,1	4,1	4,4	4,3
Hilfe zur Pflege	1	1	1,2	1,1	7,5

Deutlich wird dies, wenn auch die Zahl der Personen betrachtet wird, die in Hagen Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten:¹³¹ (Im Gegensatz zur oben stehenden Tabelle, in der die Sozialhilfeempfänger zum Jahresende beschrieben werden, handelt es sich hier um die durchschnittliche Zahl der Sozialhilfeempfänger eines jeden Quartals).



Über 12.000 Personen waren 2003 von Sozialhilfebezug abhängig. Dem stand der §§ 18,19 BSHG entgegen, der die Kommunen verpflichtete, arbeitsfähige Sozialhilfebezieher in den Arbeitsmarkt zu integrieren. 2003 ist es dem Fachbereich Jugend und Soziales der Stadtverwaltung Hagen gelungen, immerhin 458 Sozialhilfebezieher in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren, 701 erhielten eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme im Werkhof und weitere 527 bei einem anderen Träger vermittelt.¹³²

Die im Kapitel „Armutsbegriff“ angedeutete Fluktuation bei den Sozialhilfebezieherinnen lässt sich auch bei den Hagener Sozialhilfeempfängern zeigen.

Nur eine Minderheit der Bedarfsgemeinschaften, in denen Sozialhilfeempfänger leben, hat in Hagen länger als fünf Jahre Unterstützung bezogen.¹³³ Waren dies 1999 noch 22,4% der

¹³⁰ Stadtverwaltung Hagen (2004 e), a.a.O., S. 6.; Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Geschäftsbericht 2004. Hagen o.J. (2005d), S. 4.

¹³¹ Stadtverwaltung Hagen (2004 e) a.a.O., S. 8.

¹³² Ebda., S. 15

¹³³ Kennzahlenvergleich NRW Städte, Stand 22.6.2004, Zeitreihen Bezugsdauer der Bedarfsgemeinschaften (mindestens eine Person erhält laufende Hilfe zum Lebensunterhalt). Bedarfsgemeinschaften mit einem Bezug unter einem Jahr. Bedarfsgemeinschaften mit einem Bezug zwischen einem und zwei Jahren. Bedarfsgemeinschaften mit einem Bezug von zwei bis unter fünf Jahren. Bedarfsgemeinschaften mit einem Bezug von über fünf Jahren. Bedarfsgemeinschaften, die erstmals Sozialhilfe beziehen. Bedarfsgemeinschaften, die Sozialhilfebezug beendet haben. Verglichen haben die nordrhein-westfälischen Großstädte nicht die Zahl der Sozialhilfeempfänger, sondern die der Bedarfsgemeinschaften, bei denen mindestens eine Person Hilfe zum

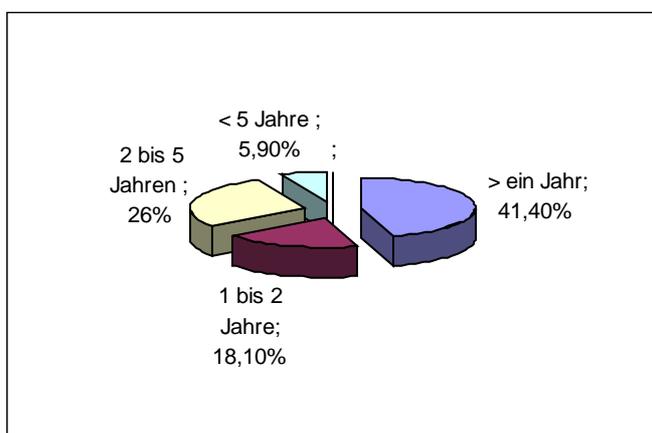
Bedarfsgemeinschaften sank diese Zahl 2000 auf 6,4% und 2002 auf 5,9%. Keine andere Großstadt in diesem Vergleich hatte auch nur annähernd einen so geringen Anteil an Langzeitbeziehern. Auch der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Sozialhilfe-Bezug zwischen 2 und 5 Jahren ist in Hagen zwischen 1999 und 2002 deutlich gesunken: Von 31,7% auf 26%.

Zwischen einem und zwei Jahren bezogen zwischen 15,2% (1999) und 18,1% (2002) der Bedarfsgemeinschaften Hilfe zum Lebensunterhalt. 2000 waren es 20,3% und 2001 gar 24,8% gewesen. Weniger als ein Jahr bezogen 1999 25,6% der Bedarfsgemeinschaften Sozialhilfe, dies steigerte sich über 31% und 40,9% auf 41,4% 2002.

Entsprechend haben sich dann auch die Zugangsquoten zur Sozialhilfe entwickelt. Hatten 1999 noch 31% der Bedarfsgemeinschaften erstmalig Sozialhilfe bezogen, stieg diese Zahl über 40,9% 2000 auf 57,3% 2001. (Jüngere Zahlen liegen nicht vor.) 2001 beendeten 55,2% der Bedarfsgemeinschaften ihren Sozialhilfebezug.

Diese Zahlen werden durch die Grafik über das Jahr 2002 verdeutlicht:

Bezugsdauer der Bedarfsgemeinschaften (mind. 1 Person laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Prozent zum 30.11.2002



7.2. Arbeitslosigkeit in Hagen

Wie dargestellt, haben insbesondere erwerbslose Menschen ein besonderes Armutsrisiko. Dies gilt auch für Hagen. Damit ist nicht jeder von Armut bedroht, der arbeitslos gemeldet ist, aber bundesweit hatten 1998 nach der neuen OECD-Skala 33,1% der Arbeitslosen weniger als 60% des durchschnittlichen (Median) Haushaltseinkommens, 2003 waren dies schon 40,9%.

Im Bereich der Hauptagentur Hagen der Arbeitsagentur (Hagen zusammen mit der kreisangehörigen Stadt Breckerfeld) waren im Jahresdurchschnitt 2003 12.104 Personen arbeitslos gemeldet¹³⁴, 2002 waren es lediglich 10.940 Personen gewesen.

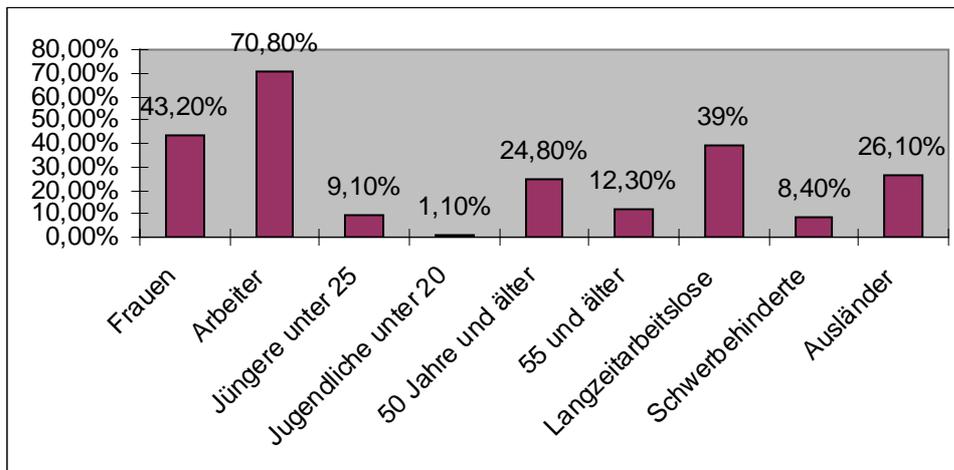
Damit hätten – würden die Berechnungen des 2. Armuts- und Reichtumsberichts einfach auf Hager Verhältnisse umgerechnet – nicht ganz 4.800 Personen und ihre Familien ein besonderes Armutsrisiko.

Nach Angaben der Arbeitsagentur Hagen¹³⁵ waren im März 2005 29.609 Personen arbeitslos gemeldet, darunter 13.463 Empfänger von Arbeitslosengeld I und 16.146 Arbeitslosengeld II –Empfänger.¹³⁶ In der Hauptagentur Hagen handelte es sich um insgesamt 14.640 Personen.

Lebensunterhalt bezogen hat. Die Zahlen hat der Leiter des Fachbereichs Jugend und Soziales der Stadt Hagen, Gerd Steuber, dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt.

¹³⁴ Stadtverwaltung Hagen (2004 g), a.a.O., S. 102

Struktur der Arbeitslosen im Bereich der Hauptagentur Hagen¹³⁷



Mit dem Inkrafttreten des so genannten Hartz IV-Gesetzes¹³⁸ zum 1.1.2005 haben sich die Berechnungen der Arbeitslosenzahlen drastisch geändert. Sie sind heute mit den Zahlen vor 2005 nur wenig vergleichbar:

Neu ist vor allem, dass die bisherige Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe im Arbeitslosengeld II für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zusammengelegt wurden. Es handelt sich jetzt um eine Art Grundsicherung, die aus einer Regelleistung von 345 €(in den westdeutschen Bundesländern), der Übernahme „angemessener“ Miet- und Heizkosten und den Kosten der Sozialversicherungen besteht. Hinzu kommen befristete Zuschläge.¹³⁹ Im Dezember 2004 rechnete das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit mit zwei Millionen Arbeitslosenhilfebeziehern und einer Millionen Sozialhilfebeziehern, die ab dem 1.1.2005 Arbeitslosengeld II beziehen würden.¹⁴⁰ Sozialhilfe sollen nur noch jene Personen beziehen, die bedürftig, aber nicht erwerbsfähig sind.¹⁴¹ Insbesondere werden jetzt einmalige Leistungen pauschaliert in den Regelsatz einbezogen, die unterschiedliche Leistungen für Kinder zusammengefasst und die Leistungshöhe für Alleinerziehende angehoben. Verändert wurde auch die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld: Arbeitslosengeld wird nur noch für 12 Monate gezahlt, bei älteren Arbeitnehmern maximal 18 statt 32 Monate.¹⁴² Leben Bezieher von Arbeitslosengeld II mit diesen in einer so genannten Bedarfsgemeinschaft zusammen und haben ebenfalls kein eigenes Bedarfdeckendes Einkommen oder Vermögen, erhalten diese Angehörigen Sozialgeld, das genauso wie Arbeitslosengeld II berechnet wird.

¹³⁵ Mit den Geschäftsstellen: Hauptagentur Hagen (Hagen und Breckerfeld), Schwelm, Gevelsberg, Wetter, Witten und Hattingen.

¹³⁶ Bundesagentur für Arbeit, Agentur für Arbeit Hagen (Hg): Arbeitsmarktreport. Berichtsmonat März 2005, S. 5

¹³⁷ Bundesagentur für Arbeit, Agentur für Arbeit Hagen (Hg): Arbeitsmarktreport. Berichtsmonat März 2005

¹³⁸ Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl. 1 S. 2954)

¹³⁹ Bundesministerium für Arbeit: Hartz IV. Menschen in Arbeit bringen, Berlin/Bonn Dezember 2004, S. 94

¹⁴⁰ Ebda, S 33

¹⁴¹ SGB XII, in Kraft getreten am 1.1.2005, s. Bundesministerium für Arbeit, ebda., S. 35

¹⁴² Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2002 (BGBl I S. 3002)

Die Regelleistungen (RL) nach Hartz IV¹⁴³

	Alleinstehende/r oder Alleinerziehende/r	Sonstige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft		
		Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres jeweils	Kinder ab Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres jeweils	Partner ab Beginn des 19. Lebensjahres jeweils
	100% der Regelleistung (RL)	60% RL	80% RL	90% RL
Alte Bundesländer einschl. Berlin (Ost)	345 €	207 €	276 €	311 €
Neue Länder	331 €	199 €	265 €	298 €

In Hagen fallen die Beziehler von Arbeitslosengeld II jetzt in die Zuständigkeit der Arge, einer gemeinsamen Behörde der Arbeitsagentur und der Leistungsabteilung des Sozialamtes (im Fachbereich Jugend und Soziales) der Stadtverwaltung¹⁴⁴. Damit werden erstmals Sozialhilfeempfänger nicht mehr allein von den Sozialämtern betreut und auch in Arbeit vermittelt, sondern gemeinsam mit den ehemaligen Arbeitsagenturen. Bis dahin hatten Kommunen und Arbeitsamt sich jeweils gegenseitig diesen Personenkreis, soweit er arbeitsfähig war, zugespielt. Eines der Ziele von Hartz IV war es, dieses Schwarze-Peter-Spiel zu beenden.¹⁴⁵

Die Bundesagentur für Arbeit hat im Vorfeld versucht, die potenziellen Arbeitslosengeld II-Empfänger zu identifizieren:¹⁴⁶

So gab es im 1. Quartal 2004 in Hagen 9160 Sozialhilfeempfänger in 4.198 Bedarfsgemeinschaften und 11.110 Personen in Haushalten, die Arbeitslosenhilfe bezogen haben. Arbeitslosenhilfe selbst haben 5.430 Personen bezogen. Zusammen rechnete die Arbeitsagentur mit 9.503 Bedarfsgemeinschaften, die im 1. Quartal 2004 Arbeitslosengeld II berechtigt gewesen wären, in denen insgesamt 20.270 Personen lebten, sowie mit 11.194 Personen, die mindestens 15 Stunden die Woche erwerbsfähig sein könnten.

Aus der folgenden Tabelle ist ersichtlich, dass die Zahlen von 20.270 Personen in Bedarfsgemeinschaften mit ALG II-Bezug im Januar 2005 fast auf den Punkt genau vorhergesagt wurden, jedoch waren mit 13.915 Personen fast 3.000 Personen mehr erwerbsfähig gemeldet als vorhergesagt:

Arbeitslosengeld II-Empfänger in Hagen, Januar 2005¹⁴⁷

¹⁴³ Bundesministerium für Arbeit, a.a.O., S. 90

¹⁴⁴ Stadtverwaltung Hagen: Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit in Hagen. Verwaltungsvorlage 0818/2004. Beschlossen in der Ratssitzung am 23.12.2004

¹⁴⁵ Bundesministerium für Arbeit, a.a.O., S. 52f.

¹⁴⁶ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, veröffentlicht im Intranet des DGB, März 2005

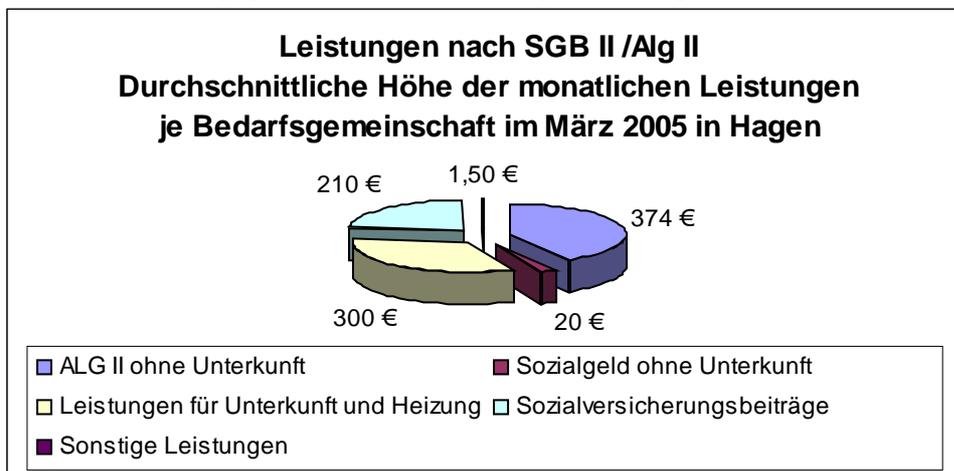
¹⁴⁷ Ebda.

	Januar 2005	März 2005
Empfänger Arbeitslosengeld II	13.915	15.728
Empfänger Sozialgeld	6.286	6.653
Bedarfsgemeinschaften	10.143	11.509
Personen in Bedarfsgemeinschaften	20.201	22.381
Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren	128.144	128.144
Arbeitslosengeld II-Quote	10,9%	12,3%

Bis zum März hat sich die Zahl der Personen in den Bedarfsgemeinschaften auf 22.381 Personen erhöht, die der Empfänger von Arbeitslosengeld II gar auf fast 16.000! Zu diesen Zahlen wird bundesweit eine intensive Debatte geführt. Dem SPIEGEL¹⁴⁸ war es in einer Titelgeschichte vorbehalten, die zu niedrig berechneten Zahlen der Arbeitslosengeld-II-Empfänger auf portugiesische Wanderarbeiter zurückzuführen. Wahrscheinlicher ist, dass mit Hartz-IV nach der Grundsicherung für Rentner das zweite Mal das „Dunkelfeld“ verschämter Armut angesprochen wurde. Es wird späteren Untersuchungen überlassen bleiben, dies genauer zu klären.

Korrespondierend hierzu ist vom 31.12.2004 bis zum 28.2.2005 die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Hagen um 98,5 % von 13.508 auf nur noch 1.559 gesunken.¹⁴⁹ In ganz Nordrhein-Westfalen sind insgesamt 600.000 Sozialhilfeempfänger ins Arbeitslosengeld II gewechselt. Ähnliche Rückgänge lassen sich in allen anderen nordrhein-westfälischen Großstädten beobachten.¹⁵⁰

Für die 11.509 Bedarfsgemeinschaften¹⁵¹ hat die Arge Hagen im März 2005 insgesamt 10.428.000 €ausgegeben, dies sind 906 €je Bedarfsgemeinschaft oder 383 €je Person.



Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg März 2005. Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger nach SGB II. Aus pragmatischen Gründen habe ich für den März die Einwohnerzahlen der 16-65jährigen vom Januar 2005 übernommen.

¹⁴⁸ DER SPIEGEL, 21/2005 vom 14.5.2005: Die total verrückte Reform – Milliarden-Grab Hartz IV.

(Titelgeschichte)

¹⁴⁹ Auskunft des Fachbereichs Jugend und Soziales der Stadt Hagen vom 21.3.2005

¹⁵⁰ SPD Landtagsfraktion NRW (Hg): Aktuell NRW SPD – Die Fraktion vom 20. April 2005

¹⁵¹ Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg März 2005. Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger nach SGB II.

Damit werden in Hagen durchschnittlich mehr Leistungen je Fall ausgegeben als im gesamtstaatlichen Durchschnitt:

Merkmal	Durchschnittliche Höhe der Leistungen nach SGB II in €je Bedarfsgemeinschaft ¹⁵²				
	NRW	Hagen	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Arbeitslosengeld II (ohne Heizung und Unterkunft)	366 €	374 €	350 €	360 €	333 €
Sozialgeld (ohne Heizung und Unterkunft)	19 €	20 €	15 €	17 €	11 €
Leistungen für Unterkunft und Heizung	308 €	300 €	277 €	295 €	242 €
Sozialversicherungsbeiträge	214 €	210 €	212 €	211 €	213 €
Sonstige Leistungen	2,7 €	1,5 €	2 €	2,3 €	1,6 €
Leistungen je Bedarfsgemeinschaft insgesamt	910 €	906 €	857 €	888 €	800 €

Sowohl nach der Armutsrisikogrenze der Landesregierung, als auch der der Bundesregierung haben damit alle Personen, die Arbeitslosengeld II und Sozialgeld beziehen, ein deutliches Armutsrisiko. Zur Erinnerung: Die Bundesregierung geht gewichtet von einer Armutsrisikogrenze von 938 € und die Landesregierung von 604 € aus.

7.3. Exkurs: Der 8. Kinder- und Jugendbericht NRW 2005¹⁵³

Die Sozialhilfezahlen haben gezeigt, dass Kinder und Jugendliche besonders von Sozialhilfebezug betroffen sind. Deshalb lohnt es sich, die Situation der Kinder und Jugendlichen genauer zu betrachten. Darum erscheint ein Blick auf die Jugend Nordrhein-Westfalens hier sinnvoll zu sein.

Ende 2003 lebten in NRW rd. 3,45 Mio. Kinder und Jugendliche, dies sind 19,2% der Bevölkerung. Heranwachsende von 18 bis 21 machten rd. 584.000 aus.¹⁵⁴

¹⁵² Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II der Bundesagentur für Arbeit, durchschnittliche Höhe der Leistungen nach SGB II, Nürnberg März 2005

¹⁵³ Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Kinder und Jugendliche fördern – Bildung und Erziehung als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW. Düsseldorf 2005

„Eine gute materielle Ausstattung ist für die meisten von ihnen selbstverständlich.“¹⁵⁵

„Die Krise der Erwerbsarbeit und des Wohlfahrtsstaates wird vor allem von älteren Jugendlichen gesehen und z.T. direkt über die plötzliche Arbeitslosigkeit ihrer Eltern bzw. eines Elternteils oder auch durch eigene Schwierigkeiten bei der Berufs- oder Arbeitsplatzsuche erfahren.“¹⁵⁶

„Ängste haben Jugendliche in Westdeutschland insbesondere vor Terror (80%), Armut und Wirtschaftssituation (72%), Umweltverschmutzung (68%), Krieg in Europa (69%) sowie Arbeitslosigkeit (56%). Lediglich 31% haben Angst vor Zuwanderung.“¹⁵⁷

91% der nordrhein-westfälischen Schüler halten einen guten Schulabschluss für wichtig, 87% eine gute Berufswahl, 72% die Umsetzung eigener Lebenserziehung und 79% die Fähigkeit, Kinder erziehen zu können.¹⁵⁸

61% streben die (Fach-)Hochschulreife an, 18% einen mittleren Abschluss, 6% einen Hauptschulabschluss.¹⁵⁹

„Im Jahr 2002 war jeder dritte Haushalt (in NRW) ein Ein-Personen-Haushalt. Haushalte mit mehr als drei Personen machten nicht einmal mehr ein Drittel aus. Nur noch in einem knappen Viertel der insgesamt 8,3 Millionen Privathaushalte wohnen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Alleinlebende bilden mittlerweile die größte Haushaltsgruppe.

Insgesamt zeichnet sich in Nordrhein-Westfalen folgende Entwicklung ab: Am 31.12.2002 gab es rund 5,2 Millionen Familien; die große Mehrheit als Ehepaar mit einem Kind. Alleinerziehende und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften machen jeweils 9% aus, wobei auch in Nordrhein-Westfalen Alleinerziehende überwiegend Frauen sind.“¹⁶⁰

„In 38% aller Familien lebten Kinder unter 18 Jahren, wobei die Ein-Kind-Familie mittlerweile die größte Gruppe darstellt. Vor allem bei Alleinerziehenden und in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften ist dies - im Gegensatz zum westdeutschen Durchschnitt der 2-Kind-Familie – die dominante Familienform. Familien mit mehr als zwei Kindern sind selten und wenn, dann in ehelichen Familienformen anzutreffen.“¹⁶¹

In Hagen selbst sind 40% der Haushalte Ein-Personen-Haushalte, 29% Zwei-Personen-Haushalte, in 15% der Haushalte leben drei Personen und in 16% vier und mehr Personen.¹⁶²

Daher müssen für die vielfach geschwisterlosen Kinder und Jugendlichen Gleichaltrigenkontakte organisiert werden, wird Kindheit zunehmend institutionalisiert und werden die Orte der Erziehung und Sozialisation vervielfacht.¹⁶³

Trotzdem wünschen sich 67% der 16 bis 25jährigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen eigene Kinder und eine eigene Familie.¹⁶⁴

„Die im internationalen Vergleich nachgewiesene, ungewöhnlich große Leistungsstreuung am Ende der Vollzeitschulpflicht in Deutschland wird zu einem nicht unerheblichen Teil in der Sekundarstufe I institutionell erzeugt oder zumindest verstärkt. Besonders ausgeprägt ist der

¹⁵⁴ Ebda., S. 34

¹⁵⁵ Ebda., S. 35

¹⁵⁶ Ebda., S. 43

¹⁵⁷ Ebda., S. 36f.

¹⁵⁸ Ebda., S. 37

¹⁵⁹ Ebda., S. 37

¹⁶⁰ Ebda., S. 42

¹⁶¹ Ebda., S. 43

¹⁶² Stadtverwaltung Hagen, Amt für Statistik und Stadtforschung (Hg.): Stadtteildaten 2004. Beschreibung der 39 Hagener Wohnbezirke, Hagen September 2004, S. 4

¹⁶³ Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (2005), a.a.O., S. 43

¹⁶⁴ Ebda., S. 43

Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung für Kinder aus nichtdeutschen Familien.“¹⁶⁵

*Schulabgänger nach Schulform, Geschlecht und Staatsangehörigkeit in NRW 2002*¹⁶⁶

	Ohne Hauptschulabschluss	Mit Hauptschulabschluss	Mit Fachoberschulreife	Mit Fach-/Hochschulreife
Nicht-deutsch	9,4%	36,3%	38,1%	16,3%
Deutsch	3,6%	20,5%	43,6%	32,3%
Männlich	5,3%	25,8%	42,1%	26,9%
Weiblich	3,4%	18,8%	43,9%	34%

Bei den männlichen ausländischen Jugendlichen ist der Trend noch stärker.

Im Jahresdurchschnitt waren in NRW 2003 14.200 junge Menschen unter 20 Jahren arbeitslos gemeldet. Im selben Jahr waren allein 319.000 Jugendliche in Ausbildungen des dualen Systems gemeldet.

Zum Stichtag 3.9.2003 waren noch 7.000 Jugendliche nicht in Ausbildungen vermittelt.¹⁶⁷

„Dagegen ist im Kontext von Lebenslagen, die durch kumulierte soziale Teilhabebeschränkungen geprägt sind, feststellbar, dass ein wachsender Anteil von Kindern in erheblich belasteten sozialen Verhältnissen aufwachsen muss und dadurch ein gesellschaftlich integriertes Leben mit Zukunftschancen deutlich eingeschränkt ist. Häufig handelt es sich um Multiproblemlagen, die zu einem sozialen Ausschlusszirkel führen. Diese haben sich in den letzten Jahren eher noch verschärft.“¹⁶⁸

Als wichtiger Indikator für belastete Lebenssituationen wird die materielle Situation von Familien mit Kindern benannt. Bezug nehmend auf Butterwege¹⁶⁹ spricht die Landesregierung von einer „Infantilisierung“ der Armut.

Auch in NRW haben Kinder und Jugendliche bis zum 17. Lebensjahr ein deutlich höheres Armutsrisiko.¹⁷⁰

Von 2002 auf 2003 stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter 7 Jahren in NRW von 103.700 auf 113.585 Personen. Ende 2003 waren 39% aller 685.176 nordrhein-westfälischen Sozialhilfeempfänger jünger als 18 Jahre.

Gerade die ausländischen Kinder und Jugendlichen sind besonders stark von Sozialhilfe abhängig. 16% der unter siebenjährigen ausländischen Kinder waren 2003 in NRW von Sozialhilfe abhängig.

Ein besonderes Armutsrisiko haben Familien mit drei und mehr Kindern und Kinder von Alleinerziehenden.¹⁷¹

Problematisch sei dies in Zusammenhang mit einer „Verfestigung von Armut“ aufgrund struktureller Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus seien neue „Armutserscheinungen“ bei Kindern zu beobachten, deren Eltern im Niedriglohnssektor tätig seien, so der neue Kinder- und Jugendbericht.

¹⁶⁵ Ebda., S. 45

¹⁶⁶ Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung 2004, zitiert nach Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (2005), a.a.O., S.46

¹⁶⁷ Ebda., S. 54

¹⁶⁸ Ebda., S. 56

¹⁶⁹ Butterwege, Christoph: Kinderarmut in Deutschland, Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. Frankfurt/M. 2002

¹⁷⁰ Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (2005), a.a.O., S. 56

¹⁷¹ Ebda., S. 57

Besonders Alleinerziehende hätten eine deutlich niedrigere Beschäftigungsquote als andere Mütter.¹⁷²

*Höhe des Familieneinkommens von Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Prozent*¹⁷³

Haushaltseinkommen	Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften	Alleinerziehende	Insgesamt
Unter 500 €	1,3	4,2	1,7
500-1.100 €	4,5	32,3	8,6
1.100-1.300 €	3,8	15,8	5,5
1.300-1.500 €	6,0	12,1	6,9
1.500-2.000 €	20,8	19,2	20,5
2.000-2.600 €	24,4	9,4	22,2
2.600-2.900 €	8,7	2,1	7,7
2.900 € und mehr	30,6	4,8	26,8

Damit sind zwei Drittel aller Alleinerziehenden und ihre Kinder auf ein Einkommen bis zu 1.500 € angewiesen. Hinzu kommt, dass rund 60% der Alleinerziehenden 35% ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen, die übrigen Familien müssen überwiegend nur 25% hierfür verwenden.¹⁷⁴

Die Landesregierung fordert gerade für Kinder einen „kindgerechten Armutsbegriff“, der „die materielle, immaterielle, seelisch-emotionale, geistig-kulturelle Armut, als auch die mangelhafte Basisversorgung, Bildungsbenachteiligung und Weiteres umfasst.“¹⁷⁵

„Ein weiterer, sich häufig aus der schwierigen materiellen Situation sich ergebender Indikator ist die jeweils individuelle Not von Kindern und Jugendlichen, die sich häufig in Gewalt, sexuellem Missbrauch und Vernachlässigung, in gravierenden gesundheitlichen und psychischen Beeinträchtigungen zeigt.“¹⁷⁶

„Soziale Benachteiligung wird für sie (Kinder aus sozialen Brennpunkten und armen Familien) zu einem biografischen Faktor, der zum Begleiter für das ganze Leben wird.“¹⁷⁷ Kinder erleben Gewalt häufig als zentrales Instrument zur Konfliktlösung, das sie ihr Leben lang begleitet.¹⁷⁸

Die Landesregierung weist darauf hin, dass die Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung nach §§ 28 bis 35 SGB VIII (aber auch der Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII) deutlich angestiegen sind. Von 2001 stieg die Zahl von 138.500 Maßnahmen auf 146.900 im Jahr 2003, d.h. um 6%. Dieser Trend gilt für die ambulanten und niedrigschwelligeren Angebote, wie der Erziehungsberatung insgesamt.¹⁷⁹ Als Ursachen für diesen Anstieg sieht die Landesregierung mehrere Gründe¹⁸⁰:

- Veränderungen bei den Anbietern der Jugendhilfemaßnahmen
- Demografische Veränderungen, weniger Kinder, mehr Jugendliche über 12 Jahre

¹⁷² Ebda., S. 57

¹⁷³ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Mikrozensus 2002, Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung 2004, zitiert nach: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (2005), a.a.O., S. 58

¹⁷⁴ Ebda., S. 58

¹⁷⁵ Ebda., S. 59

¹⁷⁶ Ebda., S. 59

¹⁷⁷ Ebda., S. 59

¹⁷⁸ Ebda., 2005, S. 60

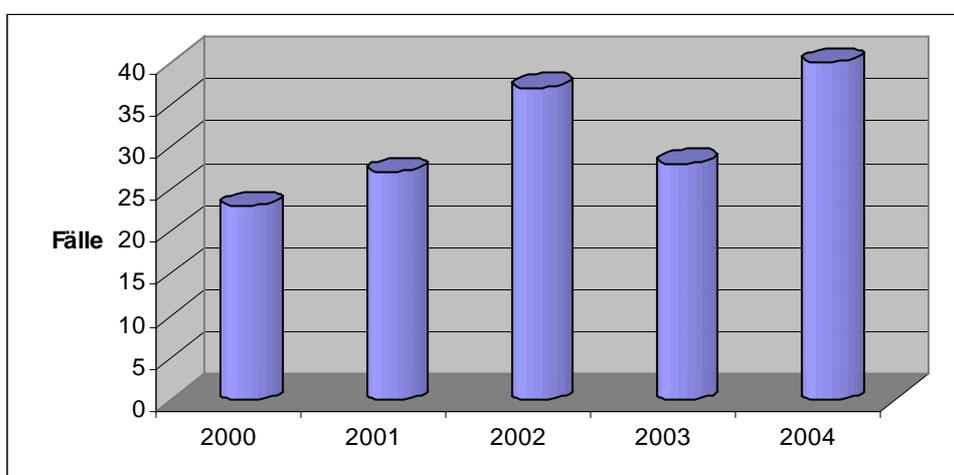
¹⁷⁹ Ebda., 2005, S. 65

¹⁸⁰ Ebda., 2005, S. 65

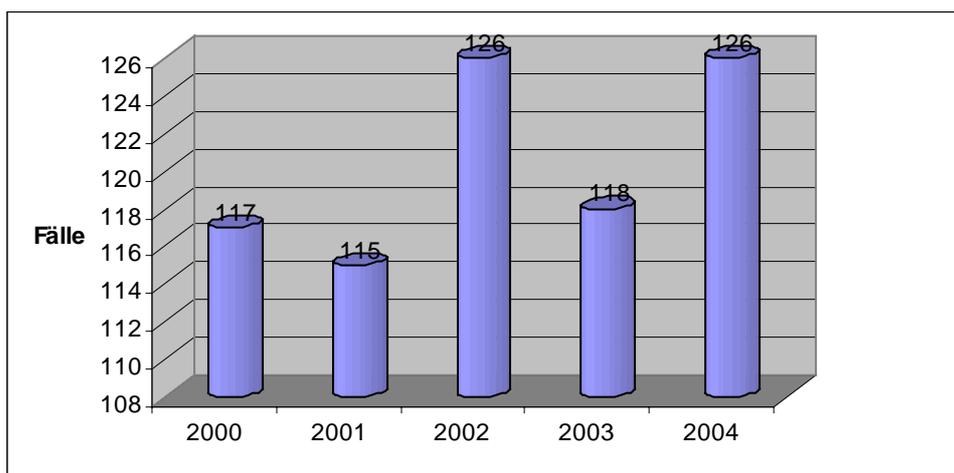
- Sozioökonomische Rahmenbedingungen der Familien
- Zunehmende Verunsicherungen der Familien aufgrund gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse und daraus resultierender neuer Erfahrungen und neuer Orte des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen
- Die öffentliche Debatte über den Verlust an Erziehungskompetenz der Familien und die Delegation von Erziehung auf andere Institutionen
- Instabilität der Familien

Dies gilt auch für Hagen. Im Jahr 2005 sollen für die verschiedenen Hilfen zur Erziehung etwa 1 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr ausgegeben werden.¹⁸¹

Hilfen gemäß § 27,3 KJHG (Kinder und Jugendhilfegesetz) in Hagen, Andere Erziehungshilfen¹⁸²



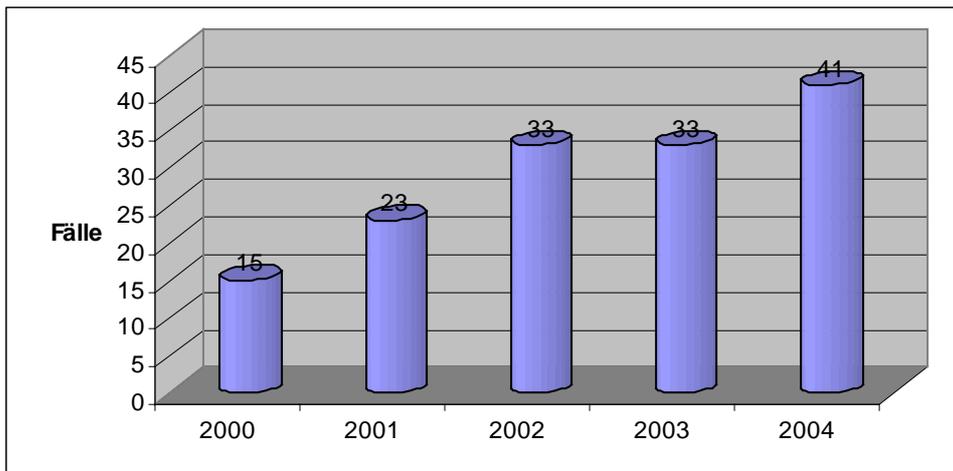
Hilfen gemäß § 33 KJHG, Erziehungshilfe in Einrichtungen (Heimunterbringung)



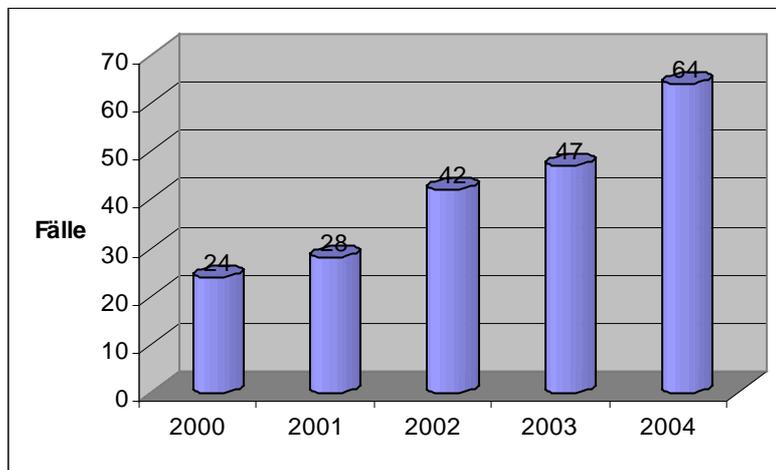
¹⁸¹ Stadtverwaltung Hagen, Haushaltplanentwurf 2005. siehe insbesondere die Haushaltsstellen 4530, Förderung der Erziehung in der Familie, und 4550, Hilfe zur Erziehung §§ 28-35 SGB VIII, 4560, Hilfen für junge Volljährige

¹⁸² Für diese und die folgenden Tabellen zu Fallzahlen für Hilfen nach dem KJHG vgl.: Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend und Soziales: Mündlicher Bericht für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 15.6.2005, TOP 6: Ausgaben für Hilfen zur Erziehung, Tischvorlage erstellt am 14.6.2005

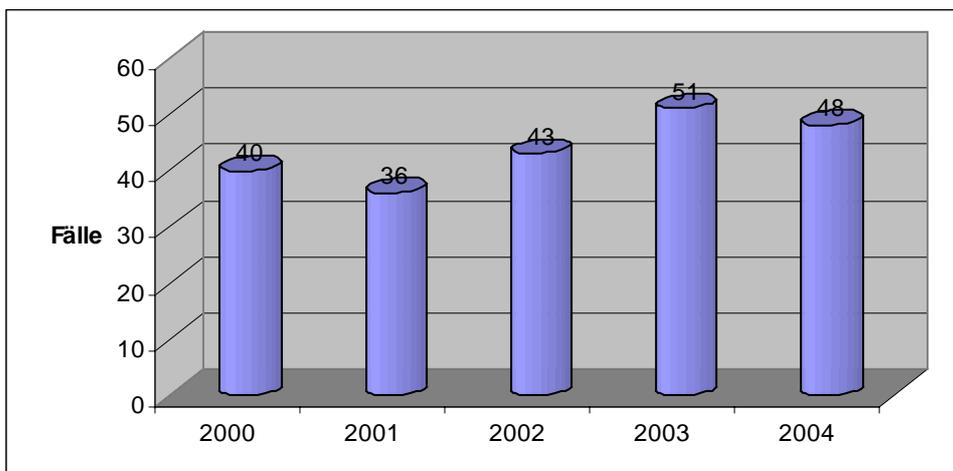
Hilfen gemäß § 35 KJG, Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung



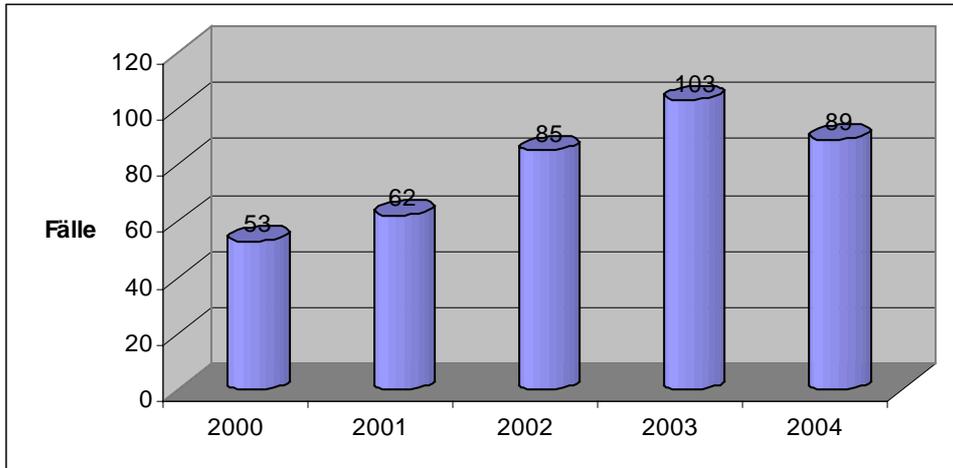
Hilfen gemäß § 31 KJHG, Sozialpädagogische Familienhilfe



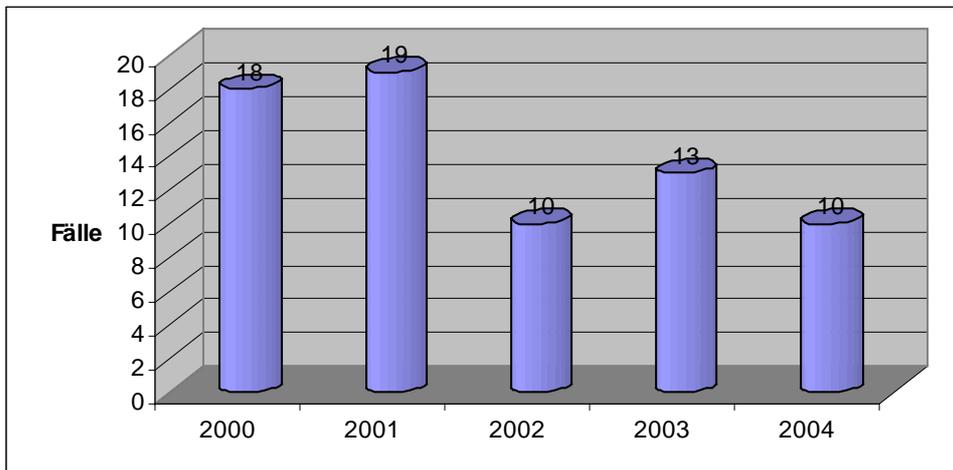
Hilfen gemäß § 32 KJHG, Erziehung in Tagesgruppen



Hilfen gemäß § 35 a KJHG, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche



Hilfen gemäß § 41 KJHG, Erziehungshilfe in Einrichtungen



Die Teilnahme an einer Hilfe zur Erziehung ist selbstverständlich kein direkter Hinweis auf materielle Armut. Jedoch gibt diese Teilnahme Hinweise auf andere, psychische und auch physische Nöte von Kindern und Jugendlichen.

775 der 15.270 Hagener zwischen 14 und 20 Jahren, gleich 5,07%, sind 2003 strafrechtlich in Erscheinung getreten. Bei den jungen Frauen waren es 2,35%, den jungen Männern 7,67%, bei den nicht deutschen Jugendlichen waren es 6,82% und bei den deutschen Jugendlichen 5,33%.¹⁸³

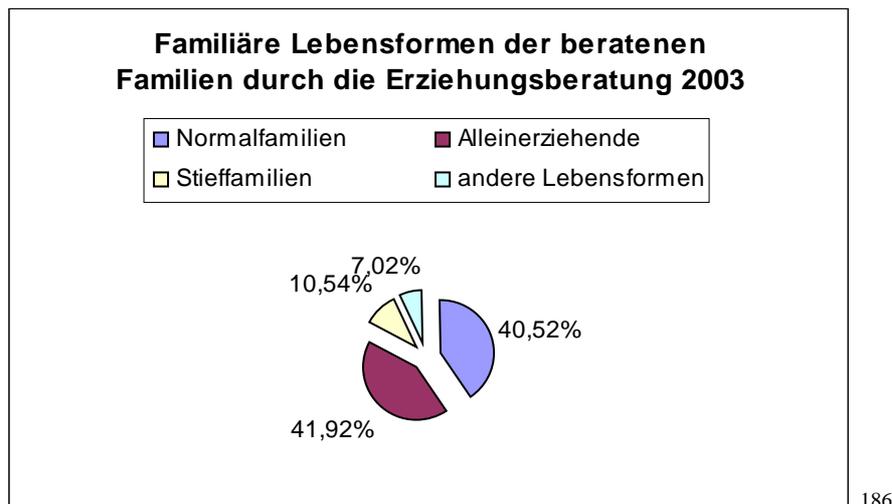
2003 waren 416 Familien Klienten der städtischen Erziehungsberatung
2003 wurden 2004 Kinder und Jugendliche neu durch den schulpsychologischen Dienst begutachtet.¹⁸⁴

216 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahren wurden 2003 durch Mitarbeiter der Ambulanten Erziehungshilfen der Stadt betreut.¹⁸⁵

¹⁸³ Stadtverwaltung Hagen, Geschäftsbericht 2003, a.a.O., S.33

¹⁸⁴ Ebda., S. 38

¹⁸⁵ Ebda., S. 41. Im Einzelnen handelt es sich um: die Sozialpädagogische Familienhilfe, die Erziehungsbeistandschaft, die Intensive Sozialpädagogische Einzelfallhilfe, den Täter-Opfer-Ausgleich und die Heilpädagogische Ambulanz.



8. Migration und Armut

Für einen Statistiker sind „Ausländer“ einfach Menschen ohne deutschen Pass, egal ob sie im Ausland oder in Deutschland leben oder geboren sind. In Deutschland eingebürgerte Menschen oder aus dem Ausland eingewanderte Deutsche und deren Angehörige werden nicht gesondert gezählt. Dies ist staatsrechtlich in Ordnung, erschwert jedoch die sozialpolitische Debatte über die Integration von Zuwanderern. Gerade die vielfach gescheiterte Integration der „Russlanddeutschen“ zeigt, dass auch ein deutscher Pass Integrationsbemühungen nicht ersetzen kann.

Deshalb wird in der Diskussion das Fremdwort „Migration“ (eigentlich: Wanderung) für die Zuwanderung genommen. Dann sind, um die aktuelle Begrifflichkeit zu verwenden, Menschen mit Migrationshintergrund Menschen, deren Familien innerhalb der letzten fünf Jahrzehnte nach Deutschland eingewandert sind, unabhängig von eventuellen Einbürgerungen.

Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt deutlich, dass insbesondere Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko besitzen.¹⁸⁷

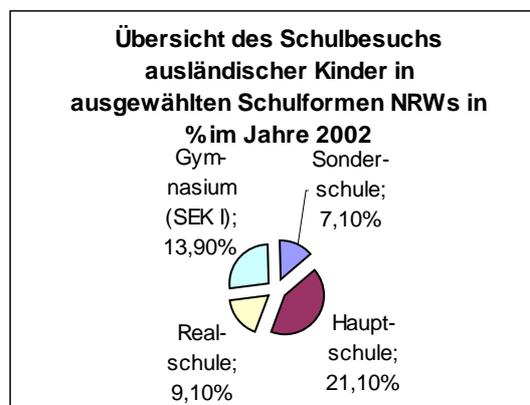
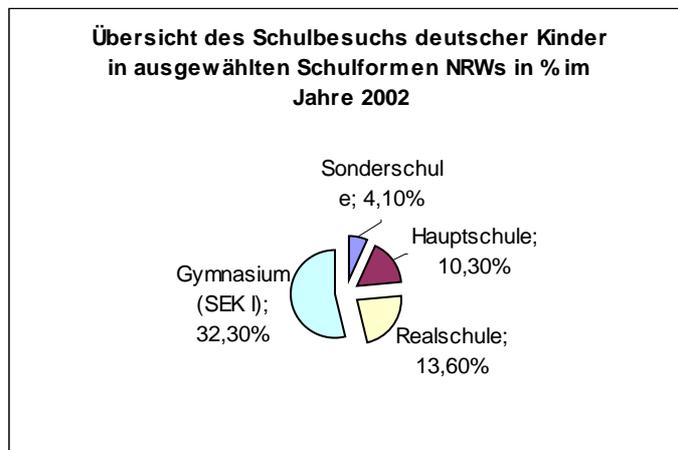
So haben 15,4% der Menschen in Deutschland ein erhöhtes Armutsrisiko, bei den Migranten ist es fast ein Viertel! Insbesondere Aussiedler und Zuwanderer türkischer und jugoslawischer Herkunft sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Je länger sich Zuwanderer in Deutschland aufhalten und je integrierter sie sind, umso geringer ist das Armutsrisiko. Als Faustformel gilt: Von Armut besonders betroffen sind die Jüngeren, die Frauen und Senioren. 2003 lebten gar 40% der unter 35jährigen Zuwanderer unter der Armutsgrenze, zweimal mehr als bei den gleichaltrigen Einheimischen!

Ursache für dieses erhöhte Armutsrisiko ist vor allem die mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt. So waren 2003 ein Fünftel aller ausländischen Erwerbstätigen arbeitslos gemeldet. Ein Drittel der ausländischen Arbeitslosen gehörte zu den Langzeitarbeitslosen. 2003 bezogen 8,4% der Ausländer Sozialhilfe, bei den Deutschen waren es 2,8%.

¹⁸⁶ Ebda., S. 35

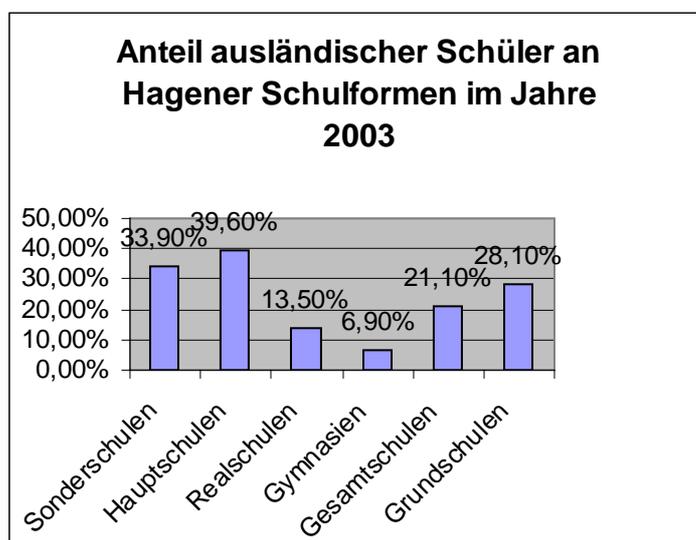
¹⁸⁷ Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (2004), a.a.O., S.146-159, insbesondere S. 159 vgl. auch: Junge Menschen aus Zuwandererfamilien in Ausbildung und Beruf. In: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2004e), a.a.O., S. 218-231

Dies wird sich nicht nennenswert verändern, wenn es nicht gelingt, die Bildungsabschlüsse und damit auch die Arbeitsmarktchancen der jungen Ausländer deutlich zu verbessern. Der Anteil deutscher Kinder mit höheren Schulabschlüssen liegt signifikant höher.¹⁸⁸



Dieser Trend setzt sich auch später fort. Während lediglich 8,2% der deutschen Schüler den Hauptschulabschluss nicht erreichen, sind es bei den ausländischen Jugendlichen 19,5%, ein knappes Fünftel. Hatten 1994 noch 43,5% einen Ausbildungsplatz im System der dualen Berufsausbildung erhalten, waren es 2002 nur noch 34%. Bei den deutschen Jugendlichen lag diese Quote 2002 mit 63,5% fast 30% höher.

Dagegen waren im Wintersemester 2002/03 lediglich 63.000 Studierende mit Migrationshintergrund, die aus Deutschland stammten, an Deutschlands Hochschulen eingeschrieben. Dies lässt sich auch für Hagens Schulen zeigen.¹⁸⁹



¹⁸⁸ Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (2004), a.a.O., S. 135 ff. Hier sind auch die Daten für die beiden folgenden Grafiken entnommen.

¹⁸⁹ Stadtverwaltung Hagen (2004g), a.a.O., S. 158-163

8.1. Zur Hagener Situation

In Hagen leben – Stand 2003 – 27.834 Ausländer, dies sind 13,8% der Bevölkerung. 23,5% der Ausländer sind Minderjährige.¹⁹⁰

Die größte Ausländergruppe stellen die Türken mit 35%, gefolgt von den Italienern mit 13,6% und den Griechen mit 12,7% sowie den Jugoslawen mit 7,9%. Überdurchschnittlich groß ist der Ausländeranteil insbesondere bei den Menschen unter 40 Jahren.¹⁹¹

Die Zahl der Einbürgerungen ist zwischen 1999 und 2003 von 1226 auf nur noch 701 pro Jahr gesunken.¹⁹² Je mehr Menschen eingebürgert werden, umso weniger sagen die offiziellen Statistiken etwas über die tatsächliche Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund aus.

In Hagen waren Ende 2002 9,7% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten Ausländer.¹⁹³ Dieser Anteil ist bis Ende 2003 auf 9,3% gesunken.¹⁹⁴ Im produzierenden Gewerbe sind 12,8% der Beschäftigten Ausländer und im Gastgewerbe gar 38,2%.

Aber ein Viertel der Hagener Arbeitslosen und ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger des Jahres 2003 sind Ausländer.¹⁹⁵ Ihre Sozialhilfequote liegt bei 14,7% gegenüber 6,31% bei allen Hagenern und knapp 5% allein bei den Deutschen.

Eine weitere bedeutende Zuwanderungsgruppe stellen die Aussiedler – Deutschstämmige und deren Angehörige aus Osteuropa und den GUS-Staaten – dar. Da sie deutsche Staatsangehörige sind, geben die offiziellen Statistiken wenig über ihre Lebenssituation her. Sie haben jedoch wie alle anderen Migrantengruppen um ihre soziale Integration zu kämpfen. Zwischen dem 1.8.1989 und dem 31.12.2003 haben sich insgesamt 6.053 Aussiedler in Hagen niedergelassen.¹⁹⁶ Wie viele davon heute noch in Hagen leben und wie viele zu- bzw. weggezogen sind, ist nicht bekannt.

Zur Situation der Menschen mit Migrationshintergrund stellt der jüngste Zuwanderungsberichts der Landesregierung¹⁹⁷ fest, dass es im internationalen Vergleich völlig normal ist, wenn sich Zuwanderergruppen in den ärmeren Stadtvierteln der Großstädte aufhalten und dort ihr eigenes Gruppenleben mit Vereinen, Geschäften und Infrastruktur organisieren. Zum Problem wird es, wenn die Zuwanderer, aber auch die in diesen Stadtvierteln „übrig gebliebenen“ ursprünglichen Bewohner mit ihren sozialen Problemen allein gelassen werden, wenn sie alle keine sozialen Aufstiegschancen haben und der Weg zu besserer (beruflicher) Bildung versperrt bleibt. Dann kann es zu „Ghetto“-Bildungen kommen.

„Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“,¹⁹⁸ zur besseren Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat kürzlich eine Expertengruppe aus Wissenschaft und Praxis gegeben.

¹⁹⁰ Ebda., S. 20

¹⁹¹ Ebda., S. 22

¹⁹² Ebda., S. 54

¹⁹³ Ebda., S. 99

¹⁹⁴ Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2004 e.), a.a.O., S. 171

¹⁹⁵ Stadtverwaltung Hagen (2004b), a.a.O., S. 4 vgl. auch: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2004e), a.a.O., S. 44f.

¹⁹⁶ Ebda., S. 157

¹⁹⁷ Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (2004d), a.a.O., S. 37

¹⁹⁸ Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW-Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (Hg.): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, Darmstadt 2005. Einer der Mitarbeiter an dieser Studie war der Hagener Wohnungsamtsleiter.

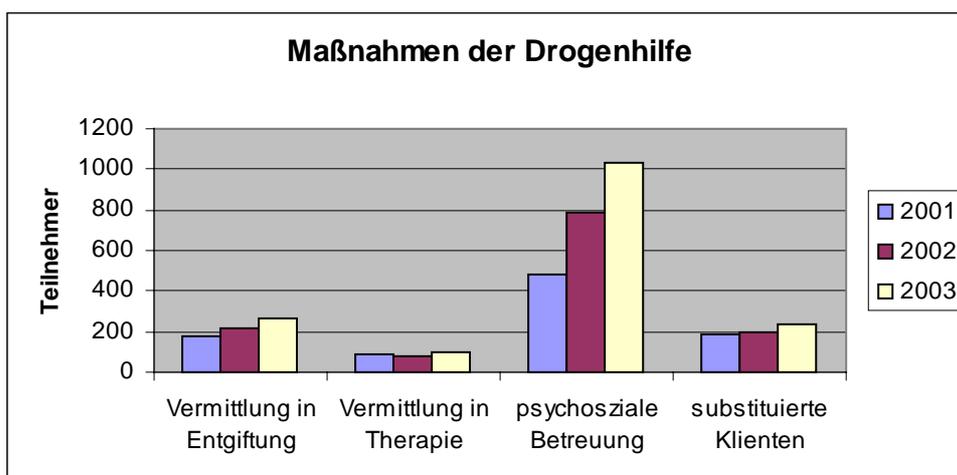
9. Hinweise auf extreme Armut

9.1. Drogenabhängigkeit

Nach gesicherten Schätzungen der Hagerer Drogenberatung leben in Hagen etwa 2.000 Opiatabhängige oder Polytoxikomane.¹⁹⁹

2003 wurden 266 Drogenabhängige durch die kommunale Drogenberatung in eine qualifizierte Entgiftung vermittelt, 96 begannen im Anschluss eine Langzeittherapie. 234 Drogenabhängige wurden substituiert.²⁰⁰

²⁰¹



Das Blaukreuzzentrum Hagen-Haspe²⁰² hatte 2003 mit 370 Klienten Kontakt, davon 271 Männer und 99 Frauen. 165 Klienten (124 Männer, 41 Frauen) wurden neu aufgenommen. Behandelt wurden Probleme mit Alkohol-, Spiel- und Medikamentensucht.

9.2. Flüchtlinge und Aussiedler

Noch nicht integriert in die Hagerer Gesellschaft sind erst kürzlich eingereiste Migranten. Hierzu zählen insbesondere Asylbewerber, Kontingentflüchtlinge, geduldete Ausländer und Aussiedler. Die Statistiken gerade für diesen Bereich sind schwierig zu erstellen. Aussiedler sind Deutsche mit Niederlassungsfreiheit, Asylbewerber und geduldete Ausländer können untertauchen oder wieder ausreisen ohne sich abzumelden.

Bekannt sind jedoch die Zahl der jährlichen Zuweisungen und die Zahl der leistungsberechtigten Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

¹⁹⁹ Mündliche Aussage des Leiters der kommunalen Drogenberatung am 19.5.2005. vgl.: Raschke, Peter/Heinz Renn: Netzwerkanalyse und Dunkelzifferschätzung am Beispiel des Drogenhilfesystems in Köln und Dortmund. Hamburg 1997

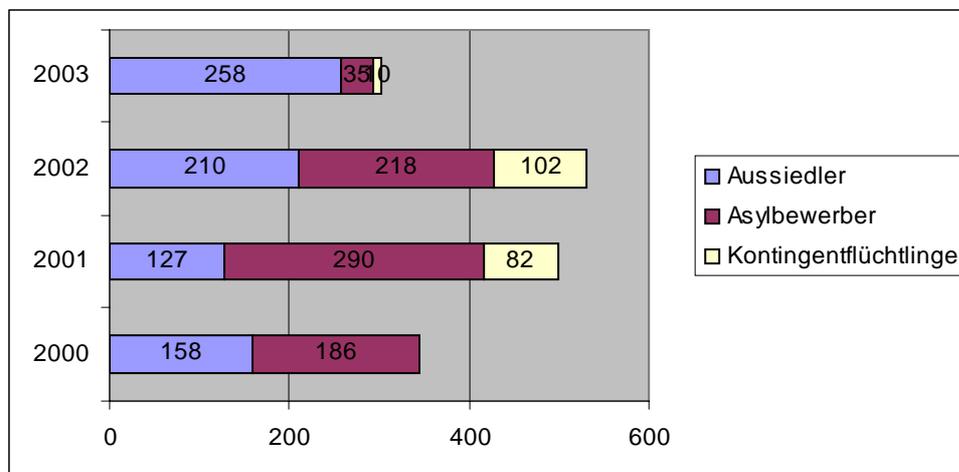
²⁰⁰ Stadtverwaltung Hagen (2004e), a.a.O., S. 57

²⁰¹ Ebda., S. 58

²⁰² Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Jahresbericht der Verbände. Hagen Mai 2004, S. 85.

Durchschnittlich erhielten 2003 906 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,²⁰³ 2004 waren es nur noch 779 Personen.²⁰⁴

*Zuweisungen von Migranten 2000-2003*²⁰⁵



9.3. Wohnungsnot

Armut geht häufig mit Wohnungsproblemen einher. Gerade der Personenkreis in extremer Armut hat häufig erhebliche Probleme mit einer eigenen Wohnung.

Zu unterscheiden ist dabei zwischen verschiedenen Personengruppen. Für die Verwaltung sind im eigentlichen Sinne Obdachlose Personen Menschen, die keine mietvertraglich abgesicherte Wohnung haben und aufgrund ordnungsbehördlicher Maßnahmen in Notunterkünften, Obdachlosenunterkünften oder Asylen untergebracht sind.

Dagegen stehen im weiteren Sinne obdachlose Personen, die aufgrund von Wohnungslosigkeit z.B. bei Räumungsklagen oder zu hohen Mieten bei Freunden oder Verwandten untergekommen sind, die in unzureichenden Wohnungen leben oder in Aussiedlerunterkünften untergebracht sind. Als dritte Gruppe sind noch die eigentlich Wohnungslosen oder Nichtsesshaften zu nennen, die ohne jedes Obdach im Freien übernachten.

Für den Deutschen Städtetag sind dies alles Wohnungsnotfälle.²⁰⁶

Um diese Klientel bemüht sich – neben anderen - die Zentrale Fachstelle für Wohnraumsicherung und Wohnraumversorgung im Fachbereich Jugend und Soziales der Stadtverwaltung Hagen.

Die Zahl der in Obdachlosenunterkünften untergebrachten Personen ist seit 1998 bis 2004 deutlich von 565 auf 88 Personen gesunken.²⁰⁷

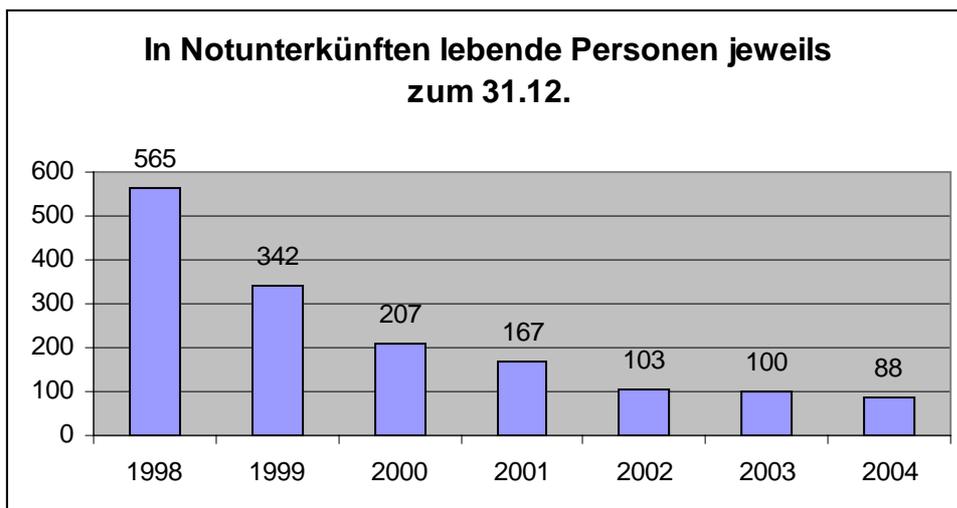
²⁰³ Stadtverwaltung Hagen (2004e), a.a.O., S. 63

²⁰⁴ Stadtverwaltung Hagen (2005d), a.a.O., S. 75.

²⁰⁵ Stadtverwaltung Hagen (2004e), a.a.O., S. 60

²⁰⁶ Zimmermann, Gunter E., a.a.O., S 39f.

²⁰⁷ Stadtverwaltung Hagen (2005d),a.a.O., S. 82

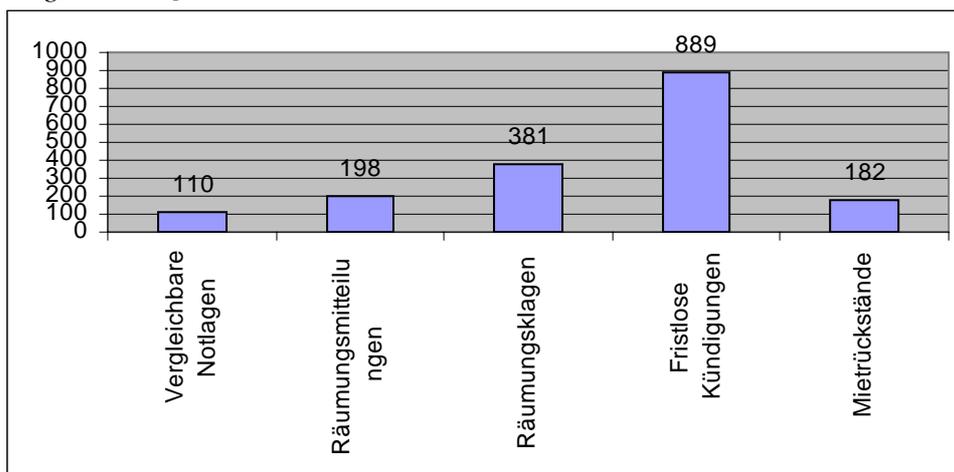


Dieser Rückgang ist neben einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt auch der Arbeit der oben benannten Fachstelle und weiterer Einrichtungen der Verbände zuzuschreiben.

Dabei ist die Fluktuation in den Obdachloseneinrichtungen recht groß: 96 Zugänge standen z.B. 2003 99 Abgänge entgegen.²⁰⁸

„Insgesamt wurden im Bereich der Vorbeugenden Obdachlosenhilfe (Vorjahreszahlen in Klammern) im Jahr 2003 1841 (1820) Fälle bekannt, in denen der Verlust der Wohnung drohte, davon allein 486 (438) räumungsbeklagte Haushalte. Nach wie vor sind hier die Instrumente der persönlichen Beratung und die Übernahme von Mietrückständen zur Wohnraumsicherung im Bereich der Prävention von herausragender Bedeutung. Im Jahr 2003 sind in 280 (230) Fällen Zahlungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit mit einem Volumen in Höhe von 244.000 € (224.000 €) geleistet worden. Die Kosten pro Fall, in denen finanzielle Hilfen gem. §15a BSHG notwendig waren, lagen somit unter 850 € (1000 €). Dieser Aufwand stellt nur einen Bruchteil der Kosten dar, die bei der ordnungsrechtlichen Unterbringung von Wohnungslosen entstehen würden.“²⁰⁹

Notlagen nach § 15a BSHG²¹⁰



²⁰⁸ Stadtverwaltung Hagen (2004e), a.a.O., S. 70

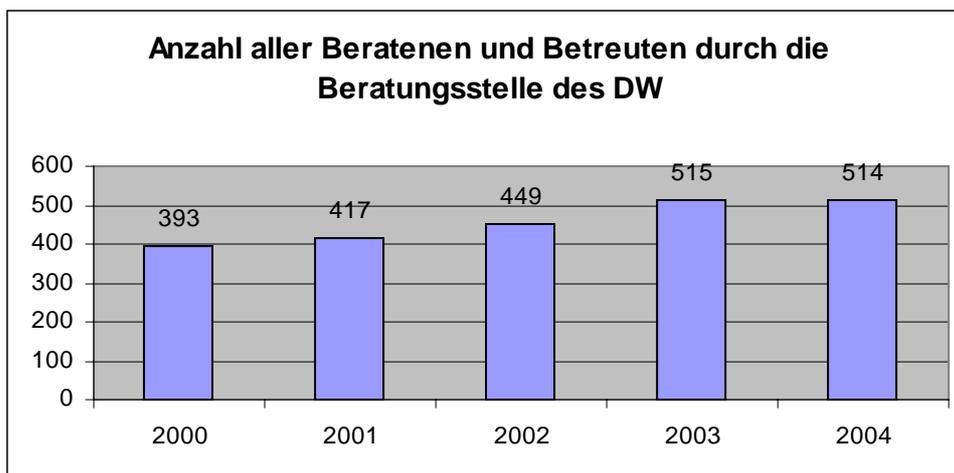
²⁰⁹ Ebda., S. 70f.

²¹⁰ Stadtverwaltung Hagen (2005d), a.a.O., S. S. 84

Im Hagener Männerasyl gab es 2003 7282 Übernachtungen, wobei insgesamt 129 verschiedene Personen das Angebot nutzten. Damit ist die Zahl der Übernachtungen seit 1999 deutlich von damals 4428 gestiegen.²¹¹

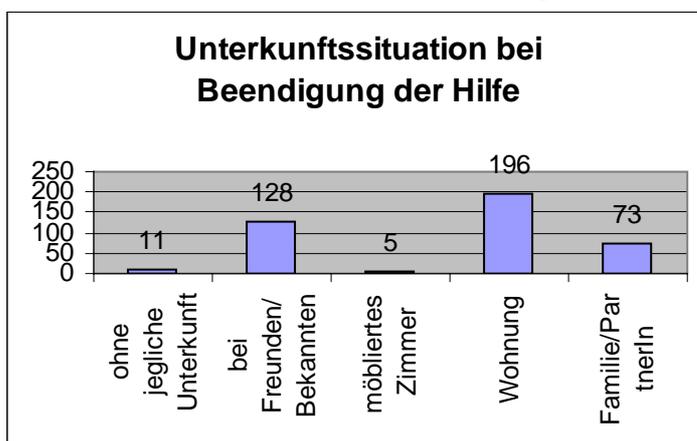
12 Personen insgesamt wiederum nutzten die Wohntage des Männerasyls. Dort sollen die Männer allmählich wieder an sesshaftes Leben herangeführt werden. Drei der zwölf konnten in Wohnungen und vier in eine Therapie oder ein Heim vermittelt werden.²¹²

Auch die Beratungsstelle für Wohnungslose des Diakonischen Werkes betreut und berät eine erhebliche Zahl an Personen.²¹³



Nur um ein Jahr herauszugreifen:

Im Jahr 2003 war die Beratungsstelle für 476 Personen Postadresse für Arbeits- und Sozialamt. Für 31 Personen war sie insgesamt Postadresse. Dadurch erhielten immerhin 332 Personen gesetzliche Ansprüche auf Lohnersatzleistungen oder Sozialhilfe oder konnten Rentenansprüche realisieren. Bei Beendigung der Hilfe erhielten immerhin 179 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt, 45 Arbeitslosengeld, 108 Arbeitslosenhilfe und 20 Rente.²¹⁴



Das Diakonische Werk (DW) bietet Übergangswohnungen für wohnungslose bzw. obdachlose Frauen an. 2003 waren in diesen Wohnungen insgesamt 16 allein lebende Frauen

²¹¹ Stadtverwaltung Hagen, (2004e), a.a.O., S. S. 74

²¹² Ebda, Hagen Mai 2004 S. S. 74f.

²¹³ Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Jahresbericht der Verbände 2003. Hagen Mai 2004, S. 2 u. S. 5 und: Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Jahresbericht der Verbände 2004. Hagen o.J. (2005), S. 5 ff.

²¹⁴ Ebda., S. 5f.

und eine Frau mit zwei Kindern untergebracht.²¹⁵ Darüber hinaus bietet das DW seit 2002 ein auf drei Jahre befristetes Modellprojekt „Aufsuchende Arbeit für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten und/oder für Wohnungsnotfällen“ an.²¹⁶ Im Rahmen dieses street work Projekts hatte eine Mitarbeiterin 4.394 zu insgesamt 156 Personen Kontakt. 40% hatten keine eigene Wohnung und 84% der Wohnungsinhaber hatten Schwierigkeiten mit dem Erhalt der eigenen Wohnung.

Als Kritik formulierte das DW 2003: „Die Skeptiker haben leider Recht behalten. Entgegen offizieller Aussagen im letzten Jahr, in dem von einem Rückgang der Wohnungslosigkeit gesprochen wurde, stellen wir fest, dass seit dem Jahr 2000 die Anzahl der Personen, die als Wohnungsnotfälle bezeichnet werden, kontinuierlich zunimmt und bei uns nach Hilfen fragen. In der Presse werden allerdings nur die Zahlen der Obdachlosen, d.h. der ordnungsbehördlich untergebrachten Personen veröffentlicht.“ Notwendig sei eine „Wohnungsnotfallstatistik“ für Hagen.²¹⁷

Die Arbeitsstelle für unterstützende Hilfen zur dauerhaften Wohnraumsicherung der Arbeiterwohlfahrt(AWO)²¹⁸ betreute 2003 59 Haushalte, darunter 11 Familien, 5 Paare und 43 Alleinstehende, insgesamt 129 Personen. Entstanden aus der Gemeinwesenarbeit der AWO am Wienbusch in Haspe, soll diese Stelle ehemaligen Bewohnern von Notunterkünften und weiteren Personen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, helfen, mietwohnfähig zu werden oder zu bleiben.

9.4. Überschuldungen

Auch die Zahlen der Schuldnerberatungen geben Hinweise auf Menschen mit Armutsrisiko, die zumindest zeitweise in finanziellen Schwierigkeiten sind.²¹⁹

2003 hat die städtische Beratungsstelle 1575 Personen beraten. Dabei wurden 92 Schuldnerberatungen, 41 Insolvenzberatungen und 1442 Kurzberatungen durchgeführt. Die Klienten waren zu 48% verheiratet oder lebten in einer eheähnlichen Beziehung, 24% waren Singles und 28% Alleinerziehende.

48% der Klienten lebten von Lohn oder Gehalt, 44% erhielten Lohnersatzleistungen vom Arbeitsamt, 6% Sozialhilfe und 2% Rente. Dies ist ein Hinweis auf das große Armutsrisiko Arbeitslosigkeit, aber auch darauf, dass Erwerbstätigkeit nicht zwangsläufig vor der Schuldenfalle schützt.

43% der 41 Insolvenzberatungen führten zu einem außergerichtlichen Vergleich, 57% zu einem Insolvenzverfahren. Bei den 92 Schuldnerberatungen konnten in 52,3% der Fälle Ratenzahlungen verabredet werden, 14,2% der Fälle führten zu einem Vergleich, 33% der Fälle konnten mit Stundungen beendet werden und bei 0,5% der Fälle führte die Beratung zu einem Schuldenerlass.

²¹⁵ Stadtverwaltung Hagen, (2004e), a.a.O., S.6.

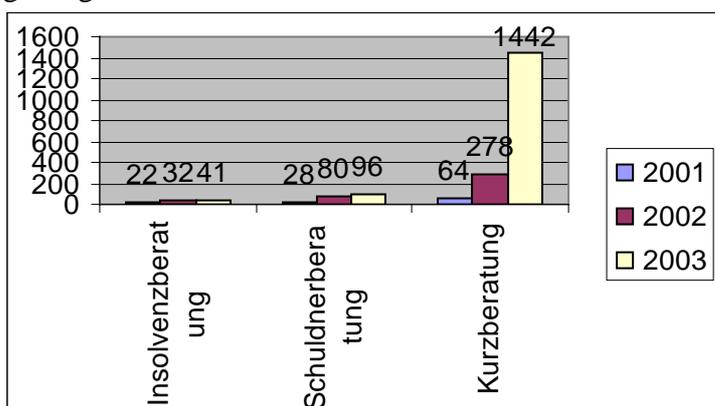
²¹⁶ Stadtverwaltung Hagen, (2005c), a.a.O., S. 9

²¹⁷ Stadtverwaltung Hagen,(2004c), a.a.O., S. 9

²¹⁸ Ebda., S. 23ff.

²¹⁹ Stadtverwaltung Hagen (2004d), a.a.O., S. 75ff.

Zwischen 2001 und 2003 sind die Fallzahlen der städtischen Schuldnerberatung deutlich angestiegen:



Das Diakonische Werk hat ähnlich wie die Stadt eine Schuldnerberatung. Ratsuchende müssen mit einer Wartezeit von durchschnittlich 3 Monaten rechnen.²²⁰ 2003 hat diese Beratungsstelle 137 Mittel- und Langzeitberatungen sowie 146 Kurzzeitberatungen durchgeführt.²²¹

Geschieden waren 24 der Klienten und getrennt lebend 23.

Von den Fällen der Mittel- und Langzeitberatungen waren 65 verheiratet oder lebten in eheähnlichen Beziehungen, 72 waren Singles. Zusammen haben diese Menschen 128 Kinder und waren im Schnitt 40,37 Jahre alt, was gut ein Jahr unter dem städtischen Durchschnitt liegt.

Lohn oder Gehalt bezogen 34,2%, Rente 11,8%, Lohnersatzleistungen 22,3%, Hilfe zum Lebensunterhalt 19,8% und sonstiges 2%.

Insgesamt gab es 875 Gläubiger, d.h. jede überschuldete Person schuldete im Schnitt 6,4 Menschen oder Institutionen Geld. Im Schnitt ist jeder mit 17.040 € verschuldet.

9.5. Haftentlassene

Die Haftentlassenen zählen auch zu den Personengruppen mit deutlich erhöhtem Armutsrisiko. Seit dem Ratsbeschluss von 1981 zur Einrichtung des Hager Modells „Haftentlassenenhilfe“ kümmert sich die kommunale Haftentlassenenhilfe um diese Personengruppe.²²²

2004²²³ betreute diese Dienststelle der Stadt um 140 Klienten, darunter 3% Angehörige. Im Wesentlichen kümmert diese Hilfe sich um die Sicherung und Beschaffung von Wohnungen, um Arbeit und Qualifizierung, um Kontakte zu anderen Beratungsstellen, um Vermittlung von Therapiestellen oder um die weitere gesundheitliche Versorgung.

Für die Haftentlassenen ohne Wohnung steht in Eckesey ein Wohnheim der Arbeiterwohlfahrt zur Verfügung.

²²⁰ Stadtverwaltung Hagen (2004c), a.a.O., S. 14f.

²²¹ Ebda., 2004, S. 16f.

²²² Stadtverwaltung Hagen (2004e), a.a.O., S. 79ff.

²²³ Stadtverwaltung Hagen (2005d), a.a.O., S. 93ff.

10. Armutshinweise in den 39 Hagener Wohnbezirken

Armut und Reichtum sind im Stadtgebiet unterschiedlich verteilt. Diese banale Aussage kann schon augenscheinlich bei einer Rundfahrt durch das Stadtgebiet erfahren werden. Allein ein kurzer Blick auf die Einkommensstatistik bestätigt dies (siehe oben): Im einkommensstärksten Wohnbezirk Holthausen wurden 1998 je Steuerfall 46.400 € versteuert, im einkommensschwächsten Eckesey-Süd lediglich 24.100 €

Deshalb ist eine Analyse der Wohnbezirke für einen Armutsbericht unerlässlich.

Nach der Gemeindeordnung NRW § 35,1 sind Großstädte in Stadtbezirke zu unterteilen, in denen Bezirksvertretungen die bezirklichen Angelegenheiten regeln. In Hagen existieren fünf Stadtbezirke: Hagen-Mitte, Hagen-Nord, Hohenlimburg, Eilpe/Dahl und Haspe.

Darunter teilt das statistische Amt der Stadt Hagen das Stadtgebiet in 13 statistische Bezirke, 39 Wohnbezirke und 285 Großblöcke ein und analysiert diese regelmäßig nach bestimmten Kriterien.

Für diesen Armutsbericht sind insbesondere die 39 Wohnbezirke und die 285 Großblöcke von Interesse.

10.1. Datengrundlagen

Die wesentliche Datengrundlage für die Analyse der 39 Wohnbezirke bildet eine Broschüre des Statistischen Amtes „Stadtteilaten 2004“.²²⁴

Analysiert werden die Zahlen vom Jahresende 2003 bzw. bei der Bevölkerungsbewegung die Jahresdaten 2003.

Für die einzelnen Wohnbezirke werden Zahlen für folgende 10 Kategorien zur Verfügung gestellt und jeweils mit den gesamtstädtischen Zahlen verglichen:

- Einwohner, Altersaufbau und – durchschnitt.
- Ausländerzahl und deren Altersaufbau
- Bevölkerungsbewegung 2003
- Soziale Einrichtungen im Wohnbezirk
- Haushalte und Haushaltsgrößen
- Wohngebäude und Wohnungen
- Entwicklungsstand der Gebiete des Wohnbezirks
- Kraftfahrzeuge
- Sozialhilfeempfänger
- Arbeitslose, Betroffenheitsquote

Diese Betroffenheitsquote sagt aus, wie viele Arbeitslose auf je 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20-59 Jahren kommen, es handelt sich nicht um die Arbeitslosenquote der Agentur für Arbeit. Die letztere wird auf Wohngebietsebene nicht erhoben.

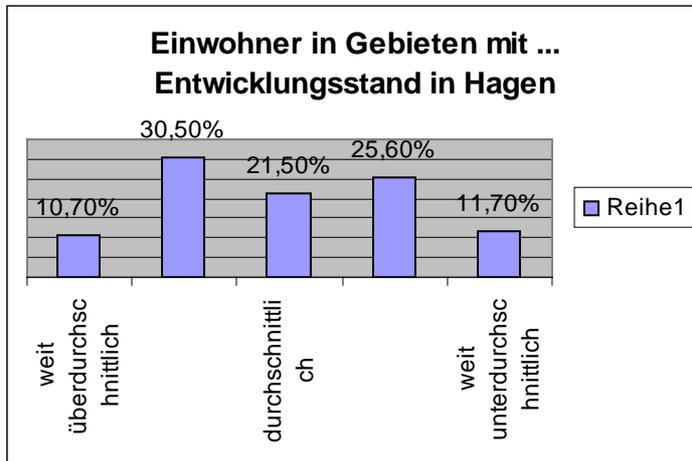
Diese Kategorien können erste Hinweise auf „Armutsschwerpunkte“ im Stadtgebiet geben. Damit ist nicht jeder arm, der in einem „armen Wohnbezirk“ lebt und nicht jeder reich, der in

²²⁴ Stadt Hagen, Amt für Statistik und Stadtforschung (Hg.): Stadtteilaten 2004. Beschreibung der 39 Hagener Wohnbezirke, Hagen September 2004. Ich verzichte wegen der Lesbarkeit des vorliegenden Berichts bei der Analyse der 39 Wohnbezirke jeweils auf die genaue Angabe der Seitenzahlen. Jedoch ist die Broschüre so aufgebaut, dass für die Zahlen jeden Wohnbezirkes eine Seite zur Verfügung steht, auf der gegenüberliegenden Seite ist dann jeweils eine Karte des Bezirks abgedruckt.

Das Amt für Statistik und Stadtforschung überarbeitet z.Z. die Übersicht über den Wohnwert in Hagens Stadtvierteln. Sie soll Ende 2005/Anfang 2006 vorliegen.

einem „wohlhabenden“ Stadtbezirk lebt. Aber Kommunalpolitiker und Fachämter, Wohlfahrtsverbände und Interessierte verfügen jenseits des Alltagsverständnisses verlässliche Hinweise auf Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf.

Für die Statistik zum Entwicklungsstand der Wohngebiete erhebt das Statistische Amt 37 Indikatoren von der Infrastruktur im Stadtteil bis zur Verkehrsbelastung. Für das Hagerer Stadtgebiet kommen sie dabei auf folgende Ergebnisse:



Von Interesse bei der Analyse der Wohnbezirke ist auch die oben erwähnte im Januar 2004 veröffentlichte Statistik über das Jahr 1998: Durchschnittliche Gesamteinkünfte je Steuerpflichtigen in €²²⁵ Die Besonderheiten dieser Statistik habe ich schon beschrieben.

Daneben veröffentlicht das Amt für Statistik und Stadtforschung monatliche Daten zu verschiedenen Aspekten des städtischen Lebens, auch unter Berücksichtigung der 285 Großblöcke. Jedoch findet diese Veröffentlichung meist in Kartenform statt, aus denen die konkreten Zahlen nicht hervorgehen. Dankenswerter Weise hat der jetzige Leiter der Amtes, Herr Schubert, uns unveröffentlichte Dateien zu einigen dieser Karten zur Verfügung gestellt, die dann in die Analyse der Großblöcke eingeflossen sind. Ich habe die jeweiligen Zahlen der 285 Großblöcke entsprechend auf die 39 Wohnbezirke aufgeteilt, Mittelwerte der Großblöcke gebildet und die 285 Großblöcke sortiert. Dabei kann es natürlich zu Abweichungen von den gesamtstädtischen Mittelwerten kommen, da die Großblöcke unabhängig von ihrer jeweiligen Einwohnerzahl in diese Berechnung eingeflossen sind.

Diese Statistiken sind nicht unbedingt Ende 2003 erhoben worden. Insofern kann es hier zu einigen zeitbedingten Differenzen zu den Zahlen der Wohnbezirksanalyse 2004 kommen. Viele Großblöcke sind in den unten dargestellten Analysen mit dem Wert Null bezeichnet. Dies heißt bei Statistikern nicht, dass es hierfür keine Werte geben würde, sondern dass die erhobenen Zahlen so gering sind, dass eine statistische Auswertung keinen Sinn macht.

²²⁵ Hagerer Lohn- und Einkommenssteuer 1998, Abgabenlast zwischen 5% und 42%, in: Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen (Hg): Hagerer Monatszahlen Januar 2004, S. 5ff. Dazu kommt die zugrunde liegende, unveröffentlichte Datenreihe des statistischen Amtes. Auch bei den Statistiken aus den Hagerer Monatszahlen gilt, dass ich sie nicht bei der Analyse jeden einzelnen Wohnbezirks und Großblocks zitiere. Dies gilt für das versteuerte Einkommen von 1998, die Ausländeranteile und die Zahl der Doppelstaatler, die Statistiken zum Anteil der Bezieher von HzL und zum Anteil der Alleinerzogenen Kinder.

Für die Großblöcke ausgewertet wurden folgende Statistiken:

Alleinerzogene Kinder²²⁶. Spannend ist, dass hier nicht die Zahl der Erwachsenen mit dem Merkmal Alleinerzieher untersucht wird, sondern die Kinder und Jugendlichen, die von nur einem oder einer Erziehungsberechtigten erzogen werden. Bei der hohen Zahl betroffener Kinder und Jugendlichen ist dieser Perspektivenwechsel in der Fragestellung nicht nur von Interesse, sondern entspricht auch der Forderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, das Kindeswohl in den Mittelpunkt zu stellen. Immerhin sind in Hagen 41,7% aller Sozialhilfeempfänger minderjährig, obwohl nur etwa ein Fünftel der Hagener minderjährig sind.

Sozialhilfeempfänger²²⁷ Die Zahlen sind vom Dezember 2003. Bezeichnet werden hier die Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) außerhalb von Einrichtungen. Im allgemeinen Sprachgebrauch heißt so die Sozialhilfe. Mit dem Inkrafttreten des sog. Hartz-IV-Gesetzes am 1.1.2005 gibt es die alte seit 1961 ausgezahlte Sozialhilfe in der Form nicht mehr. Sozialhilfe kann außerhalb von Einrichtungen nur noch beziehen, wer weniger als drei Stunden täglich einer Arbeit nachgehen kann. Die anderen - arbeitsfähigen - ehemaligen Bezieher von Sozialhilfe erhalten jetzt Arbeitslosengeld II (ALG II), deren Angehörigen Sozialgeld. Damit ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger dramatisch gesunken. Die Zahl der nordrheinwestfälischen 678.000 Sozialhilfeempfänger ist im ersten Quartal 2005 um 95% gesunken, dagegen gibt es dann 150.000 Arbeitslose mehr. Der Rest sind Angehörige von Bedarfsgemeinschaften.²²⁸ Damit sind die Zahlen des Jahres 2005 mit denen der Vorjahre nur bedingt vergleichbar. Nur ist dies kein Schaden für die vorliegende Untersuchung, die versucht, aus dem Vorhandensein von Indikatoren wie Sozialhilfebezug oder Wohnungsgrößen, Wohnumfeld u.ä. Armutsriskien in den städtischen Wohnquartieren abzuleiten. Durch Hartz IV werden diese Risiken zunächst nicht wesentlich verändert. Näheres habe ich im Kapitel Hartz IV ausgeführt.

Doppelstaatler und Ausländer.²²⁹ Knapp 20.000 Hagener besitzen zwei Staatsbürgerschaften, meist gehört die deutsche jeweils dazu. Weitere 28.000 Hagener besitzen einen ausländischen Pass, damit haben fast 50.000 Hagener einen Migrationshintergrund. Unter den Hagener Doppelstaatlern haben 300 zwei ausländische Nationalitäten. 19.100 deutsche Hagener besitzen eine zweite Staatsbürgerschaft. Über 9.000 Deutsch-Polen leben in Hagen, die zweite mit weitem Abstand folgende Gruppe sind die Deutsch-Türken, gefolgt von Menschen aus den Nachfolgestaaten der UdSSR. Es liegt auf der Hand, dass die doppelte Staatsbürgerschaft vor allem ein Phänomen bei deutschen Aussiedlern ist, die auf ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft nicht verzichtet haben. Hinzu kommt eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts vom 1.1.2000. Hiernach erwerben in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Bedingungen auch die deutsche Staatsbürgerschaft mit der Option, mit dem Erreichen der Volljährigkeit sich für eine

²²⁶ Alleinerzogene Kinder, in: Stadtverwaltung Hagen, Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen (Hg.): Hagener Monatszahlen November 2003, S. 5ff; Ausgewertet wurden Daten von Dezember 2002. Dazu kommt die zugrunde liegende, unveröffentlichte Datenreihe des statistischen Amtes.

²²⁷ Sozialhilfeempfänger, in: Stadtverwaltung Hagen, Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen (Hg.): Hagener Monatszahlen Oktober 2004, S. 8 Unveröffentlichte Datenreihe des statistischen Amtes „HzL-Empfänger außerhalb von Einrichtungen im Dezember 2003.“

²²⁸ Goebels, Wilfried: Mehr Arbeitslose durch den Hartz-Effekt, in WP vom 23.4.2005, S. 3

²²⁹ Doppelstaatler und Ausländer. Fast 50.000 mit Migrationshintergrund in: Stadtverwaltung Hagen, Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen (Hg): Hagener Monatszahlen März 2003, S. 5ff. Unveröffentlichte Datenreihe des statistischen Amtes vom 31.12.2003
ebenso: 20.000 Doppelstaatler. Zwei holländische Chinesen leben in Hagen. In: Stadtverwaltung Hagen, Amt für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen (Hg): Hagener Monatszahlen Februar 2003, S. 2

der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden zu können bzw. zu müssen. Entsprechend stellten Ende 2002 die seit Anfang 2000 geborenen Jahrgänge auch fast 2.000 Doppelstaatler, soweit die Erläuterungen des statistischen Amtes.

Im Kapitel Migration habe ich die Notwendigkeit, als einen Indikator für ein Armutsrisiko im Wohngebiet auch den Ausländeranteil heranzuziehen, ausführlich begründet.

11. Stadtbezirk Mitte

11.1. Wohnbezirk Altenhagen-Nord

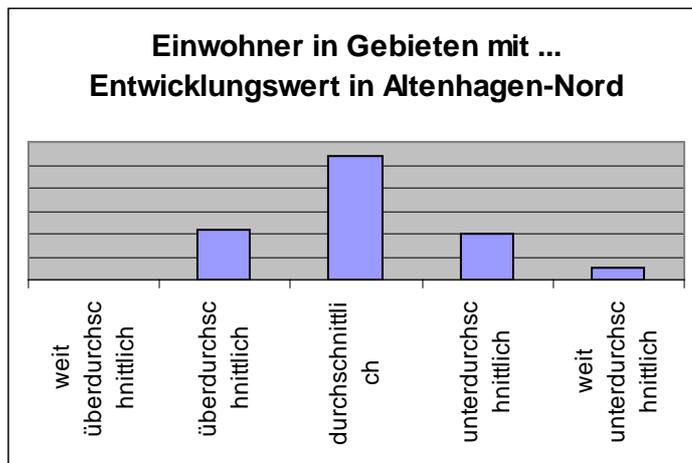
Die Einwohner im Bezirk sind mit 41,9 Jahren etwas jünger als alle Hagener. Auch die prozentuale Verteilung der einzelnen Altersgruppen entspricht weitgehend dem Hagener Durchschnitt.

Der Ausländeranteil liegt mit 13,9% nur 0,1% über dem Hagener Durchschnitt.

Verdient wird im Bezirk unterdurchschnittlich: 1998 versteuerten die nördlichen Altenhagener durchschnittlich 29.400 € je Steuerfall, fast 3.000 € weniger als im Schnitt aller 39 Wohnbezirke. Altenhagen-Nord liegt damit an 21. Stelle der Wohnbezirke.

Die Betroffenheitsquote der Arbeitslosen liegt mit 9,7% gar 1,2% unter dem Schnitt, während die Sozialhilfequote mit 6,9% nur um ein knappes halbes Prozent über dem Schnitt liegt. Auch hier sind Sozialhilfeempfänger eher weiblich, minderjährig und Ausländer, während Arbeitslose überdurchschnittlich Männer und Ausländer sind.

Jedoch stehen den Einwohnern mit 34,4 qm je Einwohner 3 qm Wohnraum weniger zur Verfügung als im städtischen Schnitt. Damit steht der Bezirk an 31. Stelle der Hagener Stadtbezirke. Der Wohnwert ist etwas schlechter als der städtische Durchschnitt. Hier leben 21,6% überdurchschnittlich, 53,8% durchschnittlich, 19,8% unterdurchschnittlich und 4,8% weit unterdurchschnittlich.



Obwohl sich im Wohnbezirk Altenhagen-Nord der (ehemalige) soziale Brennpunkt „Loxbaum“ befindet, sind die Daten eher durchschnittlich. Ein Hinweis darauf, dass auch die Analyse der 39 Wohnbezirke unter Umständen noch zu grobschlächtig ist.

Insbesondere im Großblock Pfefferstück leben mit 22,7% überdurchschnittlich viele Alleinerzogene, auch wenn der Großblock im Hagener Vergleich damit erst an 59. Stelle (von 285 Großblöcken) steht. Im Schnitt aller Großblöcke mit bewertbaren Zahlen sind es 19,3%.²³⁰ Auch in den Großblöcken Seilerstraße und Sportpark Ischeland liegt der Anteil der Alleinerzogenen mit 17,6% und 16,7% nur knapp unter dem Durchschnitt.

²³⁰ Es handelt sich nicht um den Mittelwert aller Alleinerzogenen, sondern ausdrücklich nur um den Durchschnitt der bewertbaren Großblöcke.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

265, Müllverbrennungsanlage	5,90%	+0,20%
266, Ginsterheide	12,90%	-6,10%
267, Seilerstück	17,60%	0,80%
268, Pfefferstück	22,70%	-6,40%
269, Sportpark Ischeland	16,70%	4,80%

Dagegen liegt der Anteil der Alleinerzogenen im Großblock Müllverbrennungsanlage mit 5,9% recht niedrig, aber die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist hier mit 99 je 1.000 Einwohner fast doppelt so hoch, wie der Schnitt aller bewertbaren Großblöcke mit 51,2 Beziehern auf 1.000 Einwohner. Im gesamtstädtischen Vergleich liegt dieser Großblock jedoch erst an 37. Stelle. Überdurchschnittlich hoch ist auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger in den Großblöcken Seilerstück mit 86 Empfängern je 1.000 Einwohnern und Ginsterheide mit 55, die damit an 52. und 72. Stelle im städtischen Vergleich liegen.

HzL-Empfänger je 1000 EW

265, Müllverbrennungsanlage	99
266, Ginsterheide	55
267, Seilerstück	86
268, Pfefferstück	34
269, Sportpark Ischeland	30

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002

265, Müllverbrennungsanlage	38	19,2
266, Ginsterheide	29	13,6
267, Seilerstück	33	14,6
268, Pfefferstück	14	7,9
269, Sportpark Ischeland	9	5,2

Diese leicht überdurchschnittlichen HzL-Zahlen korrespondieren mit ebenfalls überdurchschnittlichen Ausländeranteilen in den Großblöcken Müllverbrennungsanlage an 16. und 31. Stelle im städtischen Vergleich.

Im Wohnbezirk gibt es ein eher durchschnittliches Armutsrisiko, das in zwei, drei Großblöcken größer ist als in Hagen. Insbesondere die Großblöcke Müllverbrennungsanlage und Seilerstück haben mit eher überdurchschnittlicher Armut zu tun.

11.2. Wohnbezirk Altenhagen-Süd

Auch Altenhagen-Süd ist ein hoch verdichteter Wohnbezirk mit 9.891 Einwohnern/qkm bei 8.902 Einwohnern insgesamt, also einer Fläche von 0,9 qkm.

Mit 45,9 Jahren sind die südlichen Altenhagener etwa 3 Jahre älter als alle Hagener. Die Zahl der Säuglinge und Kleinkinder entspricht in etwa dem städtischen Durchschnitt. Schulkinder und Jugendliche gibt es prozentual etwas weniger als in Hagen. Leicht überrepräsentiert sind dagegen die jüngeren Erwachsenen von 20 bis 39 Jahren (28,8 zu 25,2%) und die Hochbetagten ab 80 Jahren.

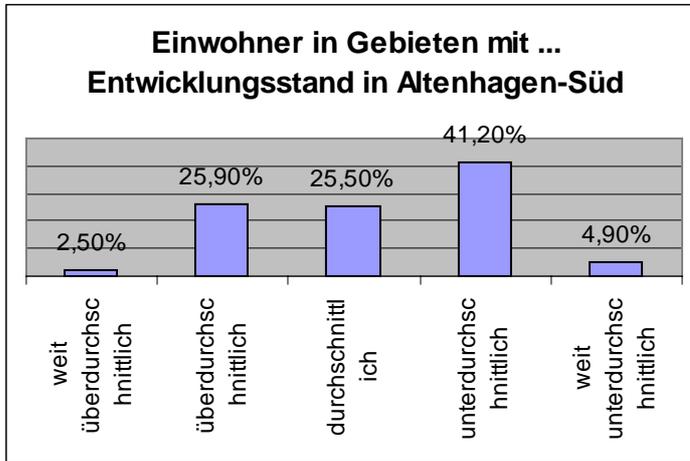
1998 wurden in Altenhagen-Süd je Steuerfall 26.850 € verdient, damit lag der Wohnbezirk gerade einmal an 29. Stelle aller 39 Wohnbezirke. Im Bezirk wurden je Steuerfall über 13.000 € weniger als im Schnitt aller Wohnbezirke verdient.

Der Ausländeranteil liegt mit 15,6% um 1,8% über dem städtischen Durchschnitt

Ähnliches gilt für die Betroffenheitsquote bei Arbeitslosigkeit mit 13,4 zu 10,9 % und bei der Sozialhilfequote mit 8,8% zu 6,31%.

Auch in Altenhagen-Süd gilt, dass Männer mehr von Arbeitslosigkeit, Frauen dagegen mehr von Sozialhilfebezug betroffen sind.

In Altenhagen-Süd sind 40,4% der Sozialhilfebezieher minderjährig und 38,1% haben keinen deutschen Pass.



Der Wohnwert Altenhagens ist sehr unterschiedlich. 2,5% der Einwohner leben in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand, 25,9% in solchen mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand, 25,5% in solchem mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, immerhin 41,2% in Gebieten mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand und 4,9% mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Pro Einwohner stehen im Schnitt 36,5 qm Wohnfläche zur Verfügung, nur 0,9 qm weniger als im städtischen Schnitt.

Rund um die Neckarstraße und die Fehrbelliner Straße sind mehr als ein Viertel der Kinder und Jugendlichen Alleinerzogene, auch in den Großblöcken Weserstraße, Wittekindstraße und Höing sind es mit 23,5%, 22,3% und 22,1% mehr als ein Fünftel. Leicht unterdurchschnittlich sind die Anteile der alleinerzogenen Kinder in den Großblöcken Ruhrstraße und Friedensplatz mit 18,8% und 18,4%.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

151, Fehrbelliner Straße	25,50%	-3,50%
152, Friedensplatz	18,40%	-1%
153, Neckarstraße	26,40%	2,40%
154, Weserstraße	23,50%	6,60%
155, Höing	22,10%	4%
156, Ruhrstraße	18,80%	-4%
157, Funckepark	5,30%	-6,90%
158, Wittekindstraße	22,30%	-3,70%

In Altenhagen-Süd liegen einige Großblöcke mit außerordentlich vielen Sozialhilfeempfängern. Zu nennen ist hier vor allem die Fehrbelliner Straße mit 208 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, der zweithöchste Wert eines Hagener Großblocks! Bemerkenswert sind auch die Großblöcke Wittekindstraße mit 144 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner und der Friedensplatz mit 137 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner, dies reicht immerhin für die Plätze 11 und 17. Die Neckarstraße liegt mit 52 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner gerade im städtischen Durchschnitt, während die anderen Großblöcke im Wohnbezirk deutlich unter dem Durchschnitt liegen.

HzL-Empfänger je 1000 EW

151, Fehrbelliner Straße	208
152, Friedensplatz	137
153, Neckarstraße	52
154, Weserstraße	18
155, Höing	40
156, Ruhrstraße	23
157, Funckepark	1
158, Wittekindstraße	144

Wenig überraschend liegt auch die Quote der Ausländer und der Doppelstaatler in den Großblöcken Fehrbelliner Straße, Friedensplatz und Wittekindstraße entsprechend hoch. An dem Beispiel Altenhagen-Süd lässt sich sagen, dass es sinnvoll war, nicht allein die Zahl der Ausländer, sondern auch die Zahl der Ausländer zusammen mit den Doppelstaatlern zu ermitteln, um ein vages Bild von der Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund zu ermitteln. So liegt die Wittekindstraße bei der Ausländerquote an 85. Stelle bei den Ausländern, aber schon an 39. Stelle bei Ausländern und Doppelstaatlern. Die Fehrbelliner Straße liegt mit 13% und 43% bei den Ausländern an 36. Stelle und bei Ausländern zusammen mit den Doppelstaatlern an 18. Stelle, in der Wittekindstraße liegen die entsprechenden Prozentzahlen bei 8,2% und 32%, was der 85. Stelle beim Ausländeranteil, aber der 39. Stelle beim Anteil der Ausländer zusammen mit den Doppelstaatlern führt. Die Ursache für dieses Phänomen könnte darin liegen, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund hier besonders lange in Deutschland ansässig ist und teilweise besser in die deutsche Gesellschaft integriert ist als in anderen Wohnbezirken. Trotzdem sind 38,1% der Sozialhilfeempfänger und 28,4% der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen Ausländer.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

151, Fehrbelliner Straße	43	13
152, Friedensplatz	37	11,9
153, Neckarstraße	14	5,8
154, Weserstraße	8	4,9
155, Höing	18	10,9
156, Ruhrstraße	20	6,6
157, Funckepark	10	3,9
158, Wittekindstraße	32	8,2

Fazit: Insbesondere im Großblock Fehrbelliner Straße, aber auch in weiteren Großblöcken des Wohnbezirks Altenhagen-Süd wie der Wittekindstraße und dem Friedensplatz, haben die Menschen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Dies ist in anderen Großblöcken des Bezirks deutlich bis durchschnittlich anders.

11.3. Wohnbezirk Eckesey-Süd

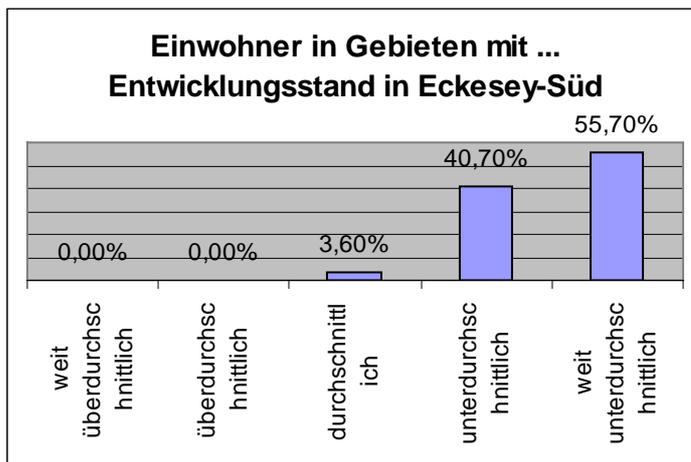
Eckesey-Süd ist ein strukturell unterschiedliches Wohn- und Industriegebiet mit den Gleisanlagen nördlich des Hauptbahnhofs und hoher Verkehrsbelastung durch die Bahn, durch Eckeseyer und Boeler Straße, sowie die Alexanderstraße.

In dem Gebiet leben 5.751 Einwohner, die mit durchschnittlich 41,8 Jahren etwas jünger sind als der Hagener Durchschnitt. Alle Altersgruppen zwischen 0 und 39 Jahren sind leicht

(zwischen 1 und 5 %) überrepräsentiert. Die Gruppen ab 40 sind im Wohngebiet unterrepräsentiert. Der Ausländeranteil liegt mit 25,6% deutlich über dem Hagener Durchschnitt von 13,8%.

Für je 100 drei bis fünfjährige gibt es nicht einmal 10 Kindergartenplätze im Wohngebiet. Mit durchschnittlich 24.100 €Einkommen je Steuerfall wurde in Eckesey-Süd 1998 das geringste Durchschnittseinkommen aller Hagener Wohnbezirke erwirtschaftet.

Die Wohnhäuser im Gebiet sind mehrheitlich älteren Datums: 48% sind bis 1948 erbaut worden. Je Einwohner steht lediglich eine Wohnfläche von 32 qm zur Verfügung, dies ist in Hagen Platz 37.



40,7% der Einwohner leben in Gebieten mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand und gar 55,7% in Gebieten mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Überdurchschnittliche und weit überdurchschnittliche Gebiete sind gar nicht vorhanden und nur 3,6% der Menschen leben in durchschnittlichen Gebieten.

Entsprechend hoch sind die Arbeitslosigkeit mit einer Betroffenheitsquote von 17,3% und die Sozialhilfequote mit 13,9%. Auch hier gilt, dass Männer überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und Frauen von Sozialhilfebezug betroffen sind.

Unter den Sozialhilfeempfängern sind mit 46,1% auch die Minderjährigen und mit 47 % die Ausländer deutlich überrepräsentiert.

Der Anteil der Alleinerzogenen liegt in Eckesey-Süd ausgesprochen hoch. Mit 41,9% liegt hier der Großblock Westfalia-Sportplatz in Hagen an 3. Stelle²³¹, der Friedhof Altenhagen mit 32% immerhin noch an 7. Stelle, der Großblock Langenbeckstraße mit 26,6% noch an 29. Stelle und der Großblock Dahmsheide mit 23,44% an 52. Stelle. Die Großblöcke Grüntaler Straße und Behringstraße haben einen leicht unterdurchschnittlichen Anteil Alleinerzogene.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

141, Ennepe-Mündung	0	-50%
142, Grüntaler Straße	17,20%	6,80%
143, HEB (Fuhrpark)	0	-50%
144, Güterbahnhof	0	-50%
145, Sedanstraße	0	-50%
251, Westfalia-Sportplatz	41,90%	-50%
261, Dahmsheide	23,44%	4,50%
262, Behringstraße	15,90%	-1,10%
263, Friedhof Altenhagen	32%	8,30%
264, Langenbeckstraße	26,60%	1,80%
227, Philipshöhe	0	-50%

²³¹ Der Großblock In der Halle aus Vorhalle-Süd hat zwar über 70% Alleinerzogene, ist aber so gering besiedelt, dass er nicht vergleichbar ist.

Mit Ausnahme der Philipshöhe liegen alle bewohnten Großblöcke des Eckeseyer Südens unter den 60 Großblöcken mit den relativ meisten Sozialhilfeempfängern. Der Großblock Friedhof Altenhagen liegt mit 166 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohnern an 5. Stelle, der Großblock Behringstraße mit 164 an 7. Stelle, der Großblock Grüntaler Straße mit 139 an 15. Stelle, der Großblock Langenbeckstraße mit 137 an 17. Stelle, der Großblock Dahmsheide mit 132 an 20. Stelle und der Großblock Westfalia-Sportplatz mit 71 an 59. Stelle. Aber auch der letztgenannte Großblock liegt noch mit 71 Sozialhilfebeziehern auf 1.000 Einwohner fast 20 Personen über dem Schnitt aller Großblöcke.

HzL-Empfänger je 1000 EW

141, Ennepe-Mündung	0
142, Grüntaler Straße	139
143, HEB (Fuhrpark)	0
144, Güterbahnhof	0
145, Sedanstraße	0
251, Westfalia-Sportplatz	71
261, Dahmsheide	132
262, Behringstraße	164
263, Friedhof Altenhagen	166
264, Langenbeckstraße	137
227, Philipshöhe	1

Insbesondere im Großblock Grüntaler Straße leben weit überdurchschnittlich Menschen mit Migrationshintergrund, bei den Ausländern zusammen mit den Doppelstaatlern sind es 58 von 100, dies macht Platz 3 in Hagen. Auch die Großblöcke Behringstraße, Friedhof Altenhagen, Dahmsheide und Langenbeckstraße liegen über dem Schnitt.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002

141, Ennepe-Mündung	0	0
142, Grüntaler Straße	58	15,6
143, HEB (Fuhrpark)	0	0
144, Güterbahnhof	0	0
145, Sedanstraße	0	0
251, Westfalia-Sportplatz	21	7,3
261, Dahmsheide	36	15,3
262, Behringstraße	45	12,5
263, Friedhof Altenhagen	37	11,1
264, Langenbeckstraße	35	12,9
227, Philipshöhe	14	11,4

Fazit: Auch die Menschen in Eckesey-Süd haben ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Die große Ausnahme stellt die Philipshöhe dar, während der Westfalia-Sportplatz fast schon durchschnittlich ist.

11.4. Wohnbezirk Emst-Ost

Die 6.040 Bewohner im Osten Emsts sind im Schnitt älter als alle Hagener, in diesem Fall genau fünf Jahre. Hier sind insbesondere die jungen Senioren der 60 bis 79jährigen mit 31,2% gegenüber 22,6% in Hagen deutlich überrepräsentiert.

Mit 42.050 €je Steuerfall haben die Bewohner des östlichen Emst 1998 etwa 10.000 €mehr als im Schnitt der Hagener Wohnbezirke verdient, dies war im Vergleich der 39 Wohnbezirke der 7. Platz.

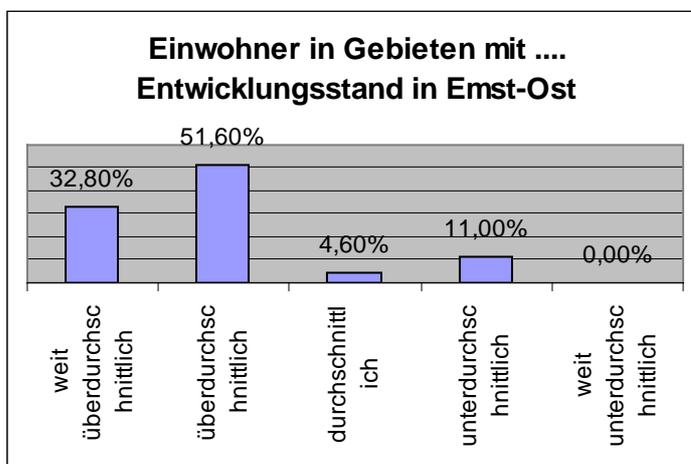
Der Ausländeranteil beträgt lediglich 3,7%, liegt also um 10,1% niedriger als in Hagen. Die Betroffenheitsquote bei Arbeitslosigkeit beträgt gerade 8,3% und die Sozialhilfequote 2,7%.

Auch hier sind Sozialhilfeempfänger mehrheitlich weiblich, Minderjährige und Ausländer sind deutlich überrepräsentiert.

Auf Emst lässt es sich gut leben. Im Osten leben 32,8% der Menschen in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Wohnwert und 51,6% in solchen mit überdurchschnittlichem Wohnwert, zusammen sind dies 84,2 % der Bewohner.

4,6% der Menschen leben „durchschnittlich“, aber immerhin 11% unterdurchschnittlich.

Keiner lebt weit unterdurchschnittlich. Im Schnitt hat jeder östliche Emster 41,5 qm Wohnfläche zur Verfügung.



Zu den Kindern und Jugendlichen der Milly-Steger-Straße und des Großblocks Bissingheim gehören mit 26,4% und 21,9% überdurchschnittlich viele Alleinerzogene. Die Mallnitzer Straße und der Birkenhain liegen 0,3% bzw. 2,9% unter dem Schnitt.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

296, Milly-Steger-Straße	26,40%	10,40%
305, Mallnitzer Straße	19%	11,90%
306, Hohenhof	0	-50%
307, Am Großen Feld	18,80%	0,40%
308, Bissingheim	21,90%	-0,90%
309, Birkenhain	16,40%	4,50%
501, Haßleyer Insel	0	-50%
502, Haßley	2,90%	-50%

Im Emster Osten gibt es relativ wenige Sozialhilfeempfänger. Die Sozialhilfequote in allen Großblöcken liegt hier unter dem Hagener Durchschnitt. Lediglich im Großblock Bissingheim leben mit 48 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner im Schnitt nur 4,5 Sozialhilfeempfänger weniger als im Schnitt aller Großblöcke. Damit liegt Bissingheim an 80. Stelle der Großblöcke. Der Großblock Am großen Feld liegt mit 38 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner auf Platz 98. Die weiteren Großblöcke des Emster Ostens mit verwertbaren Zahlen liegen auf den Plätze 137, 144, 159 und 191.

HzL-Empfänger je 1000 EW

296, Milly-Steger-Straße	21
305, Mallnitzer Straße	17
306, Hohenhof	0
307, Am Großen Feld	38
308, Bissingheim	48
309, Birkenhain	11
501, Haßleyer Insel	0
502, Haßley	1

Überdurchschnittliche Ausländer- und Doppelstaatlerquoten gibt es in den Großblöcken Bissingheim, Am Großen Feld und Milly-Steger-Straße.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

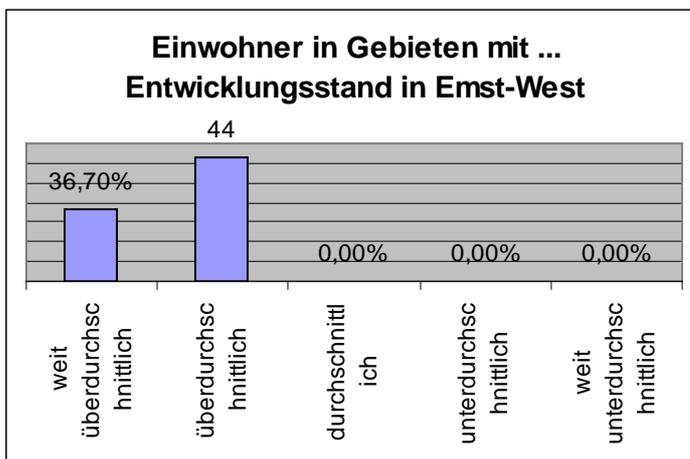
296, Milly-Steger-Straße	23	14,8
305, Mallnitzer Straße	6	2,3
306, Hohenhof	0	0
307, Am Großen Feld	14	11,3
308, Bissingheim	26	19,1
309, Birkenhain	6	3,8
501, Haßleyer Insel	0	0
502, Haßley	7	4

Fazit. Auch die Menschen im Osten Emsts haben ein deutlich unterdurchschnittliches Armutsrisiko.

„Armutsinseln“ existieren in einigen wenigen Großblöcken.

11.5. Wohnbezirk Emst-West

Mit im Schnitt 48,2 Jahren sind die Bewohner des westlichen Emst die ältesten Hagener. Sie leben alle in Gebieten mit überdurchschnittlichen (63,3%) und weit überdurchschnittlichen (36,7%) Wohnwerten und dies auf durchschnittlich 48,4qm je Einwohner. In keinem anderen Hagener Wohnbezirk stehen so viele qm je Einwohner zur Verfügung. Entsprechend gering sind die Betroffenheitsquote der Arbeitslosen mit 5,2% und die Sozialhilfequote mit 1,7%. Lediglich 2,8% der westlichen Emster besitzen keinen deutschen Pass.



Die westlichen Emster gehören zu Hagens einkommensstärksten Einwohnern: Sie verdienen 1998 je Steuerfall im Schnitt 44.650 € über 12.000 € mehr als im Schnitt aller Hagener Großblöcke, dies entsprach dem 4. besten Einkommensdurchschnitt in Hagen.

Der Anteil der alleinerzogenen Kinder liegt zwischen 6,3% und 21,5% und damit unterdurchschnittlich bis ein wenig überdurchschnittlich.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

291, Gehrstraße	6,30%	-2,10%
292, Steinruther Straße	15,20%	2,40%
301, Bergruthe	18,80%	3,10%
302, Am Waldesrand	13,10%	-0,40%
303, Eupenstraße	21,50%	0,30%
304, In der Senke	10,10%	-3,20%

In allen Großblöcken ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger, aber auch der Menschen mit Migrationshintergrund weit unterdurchschnittlich. So liegt die Quote der Sozialhilfeempfänger im „sozial schwächsten“ Großblock des Bezirks Emst-West fast um die Hälfte niedriger als im Hagener Schnitt, die Zahl der Ausländer ist dort um ein Drittel niedriger als im Hagener Schnitt und der Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern mehr als die Hälfte.

HzL-Empfänger je 1000 EW

291, Gehrstraße	1
292, Steinruther Straße	27
301, Bergruthe	6
302, Am Waldesrand	19
303, Eupenstraße	25
304, In der Senke	11

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

291, Gehrstraße	7	4,2
292, Steinruther Straße	8	6,3
301, Bergruthe	4	2,8
302, Am Waldesrand	9	5,2
303, Eupenstraße	9	5,8
304, In der Senke	6	3,4

Fazit: Das Armutsrisiko im westlichen Emst ist ausgesprochen niedrig.

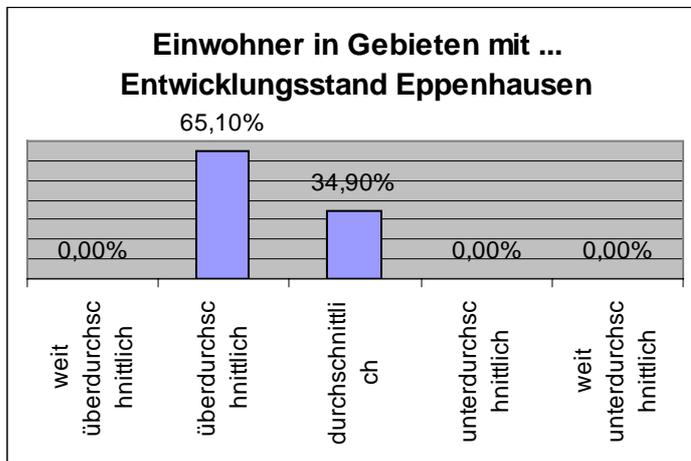
11.6. Wohnbezirk Eppenhausen

Die 6.599 Einwohner Eppenhausens sind mit 46,6 Jahren im Schnitt fast drei Jahre älter als alle Hagener. Auch in Eppenhausen sind die Gruppen der unter 40jährigen unterrepräsentiert. Erst die Mittelalten 40 bis 59jährigen sind um 0,8% überrepräsentiert, was auf 4,2% bei den jungen Senioren und 2,4% bei den Hochbetagten steigt.

Nur 5,4% der Eppenhauser haben keinen deutschen Pass, von ihnen sind nur 6,9% von Arbeitslosigkeit betroffen und gar nur 1,8% leben von Sozialhilfe. Auch hier sind Frauen, Ausländer und Jugendliche überdurchschnittlich Sozialhilfeempfänger. Aber im Gegensatz zu vielen anderen Wohnbezirken sind in Eppenhausen auch 52,5% der Arbeitslosen weiblich.

Auch haben sie mit 40,1 qm Wohnfläche je Einwohner 2,7 qm mehr zur Verfügung als alle Hagener im Schnitt.

Jedoch gibt es in Eppenhäusen keine Gebiete mit weit überdurchschnittlichem Wohnwert, aber auch keine (weit) unterdurchschnittlichen. Fast zwei Drittel der Eppenhäuser, nämlich 65,1 %, leben in Gebieten mit überdurchschnittlichen Wohnwerten, ein weiteres Drittel (34,9%) in solchen mit durchschnittlicher Wohnqualität.



Die Eppenhäuser hatten 1998 ein durchschnittliches versteuertes Einkommen von 33.350 € etwa 1.000 € mehr als im Schnitt aller Hagener Wohnbezirke.

Durchschnittlich ist auch die Zahl der alleinerzogenen Minderjährigen. Die Quote liegt im Wohnbezirk zwischen 15,8% und 22,8%.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

281, Lilienstraße	19,30%	5,40%
282, Max-Beckmann-Straße	18%	-0,30%
293, Jugendherberge	22,80%	3,60%
294, Haferkamp	15,80%	1,30%
295, Heuland	18,20%	1,10%

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger liegt in den fünf Eppenhäuser Großblöcken dagegen deutlich unter dem Schnitt von 52,5 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner. Am höchsten liegt dieser Anteil in den Großblöcken Max-Beckmann-Straße mit 29 Sozialhilfeempfängern und Lilienstraße mit 22 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner.

HzL-Empfänger je 1000 EW

281, Lilienstraße	22
282, Max-Beckmann-Straße	29
293, Jugendherberge	9
294, Haferkamp	15
295, Heuland	11

Der Ausländeranteil liegt nur im Großblock Haferkamp 0,9 % über dem Durchschnitt aller Großblöcke. Der Anteil der Ausländer zusammen mit den Doppelstaatlern liegt in allen Eppenhäuser Großblöcken zwischen 4 und 14% unter dem Durchschnitt aller Hagener Großblöcke.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

281, Lilienstraße	6	3,4
282, Max-Beckmann-Straße	15	8
293, Jugendherberge	11	5,9
294, Haferkamp	16	10,8
295, Heuland	10	7,8

Fazit:

Auch die Eppenhauser haben ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko mit wenigen Armutsproblemen in den Großblöcken Max-Beckmann-Straße und Lilienstraße

11.7. Wohnbezirk Fleyerviertel

Das Fleyerviertel gilt als gutbürgerliches Wohngebiet.

Die 6.243 Einwohner leben deutlich weniger beengt als in der Innenstadt, es kommen 3.286 Einwohner auf den qm.

Sie sind im Schnitt mit 47,2 Jahren etwa ein halbes Jahrzehnt älter als alle Hagener zusammen.

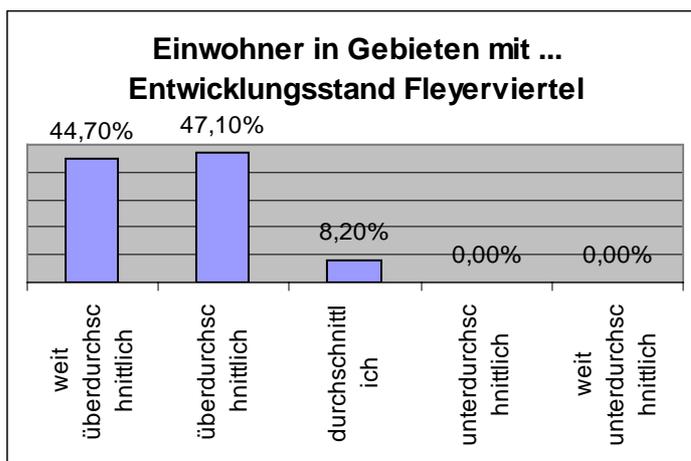
Unterrepräsentiert sind alle Altersgruppen unter 40 Jahren, alle anderen sind überrepräsentiert und hier mit einem Plus von 4,9% besonders die jungen Senioren von 60 bis 79 Jahren.

Das durchschnittliche versteuerte Einkommen lag 1998 mit 45.050 € deutlich höher als im Schnitt aller Hagener Großblöcke, lediglich in Holthausen wurde besser verdient.

Im Fleyerviertel leben mit 3,5% Ausländern deutlich weniger Ausländer als in Hagen insgesamt.

Auch ist die Arbeitslosigkeit mit einer Betroffenheitsquote von 5,9% und die Sozialhilfequote mit 1,5% deutlich niedriger als in Hagen insgesamt.

Entsprechend haben die Einwohner des Fleyerviertels mit 47,6 qm auch 10,2 qm je Einwohner als Wohnfläche mehr zur Verfügung als alle Hagener, damit liegen sie in Hagen auf Platz drei. Gebiete mit unterdurchschnittlichem oder gar weit unterdurchschnittlichem Wohnwert existieren gar nicht. Vielmehr leben über 90% der Menschen dort in Gebieten mit überdurchschnittlichen (47,1%) oder gar weit überdurchschnittlichen (44,7%) Wohnwerten.



Die Quote der Alleinerzogenen liegt zwischen 12,7% und 27,6%. Überdurchschnittliche Quoten gibt es in den Großblöcken Brahmsstraße, Sonderburgstraße und Flensburgstraße.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

271, Humpertstraße	12,70%	0,20%
272, Grenzweg	18,80%	0
273, Polizeipräsidium	0	-50%
274, FernUniversität	0	-50%
275, Kleingärten Loxbaum	0	-50%
276, Fahrenbecke	15,90%	5,20%
277, Karl-Halle-Straße	20,60%	1,50%
283, Brucknerstraße	15,60%	1,30%
284, Hardenbergstraße	13,30%	-2%
285, Brahmsstraße	23,50%	-0,50%
286, Sonderburgstraße	27,60%	-3,40%
287, Flensburgstraße	18,40%	4%

Alle Großblöcke des Fleyerviertel haben unterdurchschnittliche Sozialhilfeempfängerquoten. Jedoch liegt die Quote im Großblock Brahmsstraße mit 44 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner nur etwa 8 Punkte unter dem Schnitt. Auch der Block mit der zweithöchsten Zahl, die Sonderburgstraße mit 28 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohnern, hat einen überdurchschnittlichen Anteil alleinerzogener Minderjähriger.

HzL-Empfänger je 1000 EW

271, Humpertstraße	7
272, Grenzweg	17
273, Polizeipräsidium	0
274, FernUniversität	0
275, Kleingärten Loxbaum	0
276, Fahrenbecke	4
277, Karl-Halle-Straße	12
283, Brucknerstraße	9
284, Hardenbergstraße	25
285, Brahmsstraße	44
286, Sonderburgstraße	28
287, Flensburgstraße	17

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist in allen Großblöcken des Fleyerviertel deutlich unterdurchschnittlich.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

271, Humpertstraße	7	2,9
272, Grenzweg	3	1,7
273, Polizeipräsidium	0	0
274, FernUniversität	0	0
275, Kleingärten Loxbaum	0	0
276, Fahrenbecke	3	2
277, Karl-Halle-Straße	13	7,3
283, Brucknerstraße	8	5,5
284, Hardenbergstraße	13	8,6
285, Brahmsstraße	10	6,6
286, Sonderburgstraße	11	7,4
287, Flensburgstraße	14	3,2

Fazit: Die Menschen des Fleyerviertels besitzen ein weit unterdurchschnittliches Armutsrisiko, die 182 Arbeitslosen und 95 Sozialhilfeempfänger fallen statistisch nicht weiter ins Gewicht.

Jedoch scheinen in einigen Großblöcken gerade einige Alleinerziehende ein erhöhtes Armutsrisiko zu haben.

11.8. Wohnbezirk Kuhlerkamp

Die 4.871 Kuhlerkamper sind im Schnitt mit 39,8 Jahren drei Jahre jünger als Hagener. Die Altersgruppen der 0 bis 40jährigen sind überrepräsentiert, die der jungen Senioren und der Hochbetagten, also die Menschen ab 60 Jahren, sind unterrepräsentiert.

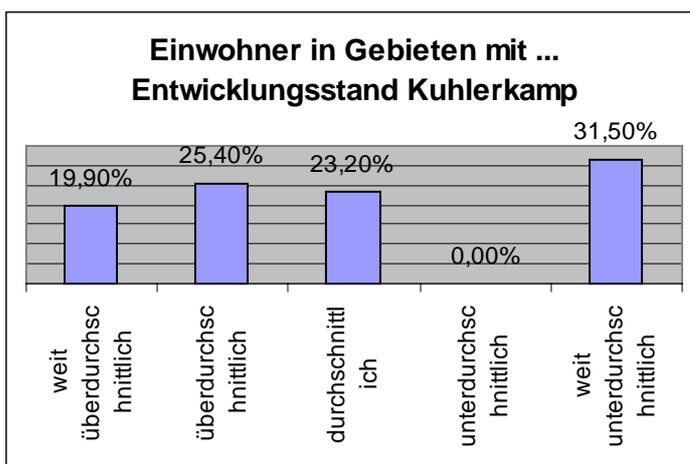
Am Kuhlerkamp wurden 1998 mit im Schnitt je Steuerfall 28.750 € etwas über 4.000 € weniger als im Hagener Schnitt verdient. Die Kuhlerkamper lagen damit auf dem 24. Platz. Mit 17,7% ist der Ausländeranteil um 3,9% höher als in Hagen.

Die Arbeitslosenbetroffenheitsquote liegt mit 13,9 % um 3% über dem städtischen Durchschnitt von 10,9%. Auch die Sozialhilfequote liegt mit 9,4% etwas über 3% über dem städtischen Durchschnitt. Auch hier beziehen Frauen, Ausländer und Minderjährige überdurchschnittlich Sozialhilfe.

Den Kuhlerkampern steht mit 36,3 qm je Einwohner 1,1 qm weniger zur Verfügung als allen Hagenern.

Der Wohnwert des Kuhlerkamps ist recht unterschiedlich:

Während 19,9% in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Wohnwert und 25,4% in solchen mit überdurchschnittlichem Wohnwert leben, müssen immerhin 31,5% in Gebieten mit weit unterdurchschnittlichem Wohnwert leben. Nur unterdurchschnittliche Gebiete gibt es hier nicht und in durchschnittlichen leben 23,2%.



Der Anteil der alleinerzogenen Kinder ist im Großblock Bodelschwinghplatz mit 31,9% sehr hoch, Platz 8 im Hagener Vergleich. Der Anteil ist von 1997 auf 2002 noch um 11,1% gestiegen. Auch in den Großblöcken Villa Post, Dieckstraße und Cunosiedlung liegt der Anteil bei etwa einem Viertel der Kinder, in der Georgstraße sind es noch ein Fünftel der Kinder.

Alleinerzogene in % 2002-1997

131, Villa Post	24,80%	5,90%
132, Bodelschwinghplatz	31,90%	11,10%
133, Schlachthofstraße	0	-50%
134, Dieckstraße	24%	-1,50%
221, Georgstraße	20,90%	-8,30%
222, Cunosiedlung	24,90%	-2,40%
223, Tückinger Höhe	12,40%	2,80%
226, Kuhler Bach	0	-50%

Auch die Sozialhilfebezieher leben in den Großblöcken des Kuhlerkamps in unterschiedlicher Verteilung: Den Wehringhauser, aber auch den Hagener, Rekord stellt der Großblock

Bodelschwingplatz mit 285 Sozialhilfeempfängern je 1.000 EW, auch die Großblöcke Dieckstraße mit 195 oder Platz 3 in Hagen und Villa Post mit 140 Sozialhilfeempfängern je 1.000 EW oder Platz 14 sind deutlich überdurchschnittlich. In der Cunosiedlung sind es immerhin noch 81 Sozialhilfeempfänger je 1.000 EW oder Platz 53.

HzL- Empfänger je 1000 EW 2002

131, Villa Post	140
132, Bodelschwingplatz	285
133, Schlachthofstraße	0
134, Dieckstraße	195
221, Georgstraße	14
222, Cunosiedlung	81
223, Tückinger Höhe	10
226, Kuhler Bach	1

In den Großblöcken Villa Post und Dieckstraße waren es 2002 zwar nur jeweils 15,6% Ausländer, zählt man jedoch die Doppelstaatler hinzu, kommt man auf 62% bzw. 51% Menschen mit Migrationshintergrund. Diese 62% Doppelstaatler und Ausländer sind Rekord in Hagen. Fast zwei Drittel der Menschen um die Villa Post herum haben einen Migrationshintergrund. Aber nur 15,6% hatten keinen deutschen Pass!

Am Bodelschwingplatz lebten 2002 7,6% Ausländer, mit den Doppelstaatlern kommt man auf 52% oder Platz 7, in der Cunosiedlung waren es 10,2% zu 24%.

Doppelstaatler+Ausländer, sowie nur Ausländer in % 2002

131, Villa Post	62	15,6
132, Bodelschwingplatz	52	7,6
133, Schlachthofstraße	0	0
134, Dieckstraße	51	15,6
221, Georgstraße	7	3,9
222, Cunosiedlung	24	10,2
223, Tückinger Höhe	8	5,5
226, Kuhler Bach	5	2,9

Fazit: Am Kuhlerkamp gibt es ein leicht überdurchschnittliches Armutsrisiko, betrachtet man jedoch nur die Gebiete z.B. rechts und links der Wehringhauser Straße, gibt es dort ein hohes Armutsrisiko. Hier leben viele arme Menschen.

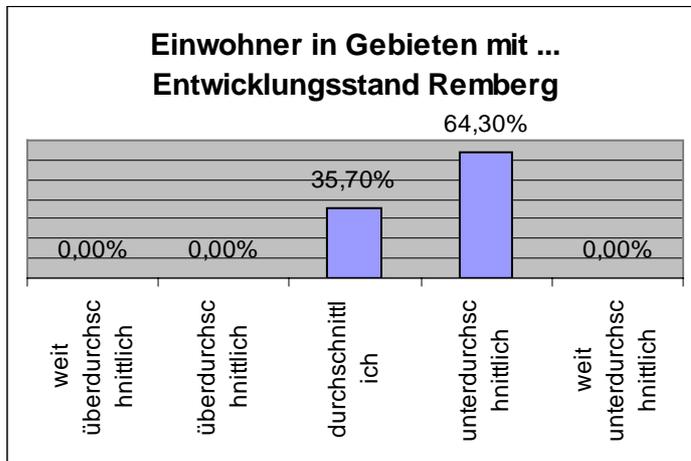
11.9. Wohnbezirk Remberg

Auch beim Remberg handelt es sich ähnlich wie beim Zentrum um ein hochverdichtetes Innenstadtgebiet mit gar 8.901 Einwohnern/qkm bei 9.791 Einwohnern insgesamt. Dies, obwohl sich im Bezirk mit dem Rembergfriedhof eine große Grünfläche befindet.

Die Altersstruktur ähnelt der im Zentrum. Auch hier sind die 0 bis 2 jährigen (3,1 zu 2,6%) und die 3 bis 5 jährigen (2,9 zu 2,8%) Kinder (leicht) überrepräsentiert, genau wie die jüngeren Erwachsenen von 20 bis 39 Jahren (32,1 zu 25,2%). Dagegen sind die Schulkinder von 6 bis 14 Jahren (8,2 zu 9,6%), die Jugendlichen von 15 bis 19 Jahren (4,8 zu 5,5%), die Mittelalten von 40 bis 59 Jahren (25,6 zu 27,1%) und die jungen Senioren von 60 bis 79 Jahren (18,9 zu 22,6%) unterrepräsentiert. Dies sind im Unterschied zum Zentrum auch die Hochbetagten ab 80 Jahren (4,4 zu 4,6%).

Auch am Remberg selbst fehlen, wenn auch nicht in so großer Zahl wie im Zentrum, Kindergartenplätze.

Der Wohnwert ist etwas besser als im Zentrum: Hier wohnen immerhin 35,7% der Menschen in Gebieten mit durchschnittlichem Wohnwert und 64,3% in solchen mit unterdurchschnittlichem. Gebiete mit weit unterdurchschnittlichem Wohnwert existieren gar nicht.



Pro Einwohner stehen im Schnitt 34,4 qm Wohnfläche zur Verfügung, 3 qm weniger als im städtischen Schnitt, damit steht der Remberg an 30. Stelle.

Am Remberg wird deutlich weniger verdient als in der Stadt insgesamt: 1998 versteuerten die Remberger je Steuerfall 24.700 € fast 8.500 € weniger als im Schnitt der Hagener Wohnbezirke, dies bedeutet im Vergleich zu den anderen Wohnbezirken Platz 34.

Die Betroffenheitsquote für Arbeitslosigkeit lag am Remberg 0,7 % höher als in Hagen, wenn auch mit 11,6% deutlich niedriger als im Zentrum. Ähnliches gilt für die Sozialhilfequote mit 9,4%.

Am Remberg sind 58,2% der Sozialhilfeempfänger Frauen und 39,7% jünger als 18 Jahre.

4 von 5 Großblöcken des Rembergs haben deutlich überdurchschnittliche Alleinerzogenen-Quoten, lediglich für den Großblock Rembergfriedhof gibt es keine verwertbaren Zahlen. Die Quote des Großblocks Rembrandtstraße mit 31,5% bedeutet Platz 10 aller Hagener Großblöcke, die 27,1% des Großblocks Arndtstraße ergeben noch Platz 17.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

161, Arndtstraße	27,10%	0,30%
162, Rembrandtstraße	31,50%	0,40%
163, Eppenhauser Straße	29%	7,50%
164, Rembergfriedhof	0	-50%
165, Kratzkopf	24,20%	2,80%

Mit Ausnahme des Großblocks Rembergfriedhof mit 21 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner liegen alle Großblöcke des Rembergs deutlich über der durchschnittlichen Sozialhilfequote. Der Kratzkopf mit 128 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner ist am Remberg der Spitzenreiter mit Platz 21 im Hagener Vergleich. Der Großblock Eppenhauser Straße liegt mit 106 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner auf Platz 33, der Großblock Rembrandtstraße mit 99 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner liegt auf Platz 38, die Arndtstraße mit 92 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner liegt noch auf Platz 44.

HzL-Empfänger je 1000 EW

161, Arndtstraße	92
162, Rembrandtstraße	99
163, Eppenhauser Straße	106
164, Rembergfriedhof	21
165, Kratzkopf	128

In den vier oben genauer analysierten Großblöcken liegt der Anteil Doppelstaatler mitsamt Ausländern deutlich über dem Schnitt, der Ausländeranteil allein dagegen liegt nur in den Großblöcken Arndtstraße und Rembrandtstraße etwas über dem Schnitt.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

161, Arndtstraße	36	9,9
162, Rembrandtstraße	29	10,2
163, Eppenhauser Straße	27	8,1
164, Rembergfriedhof	0	0
165, Kratzkopf	26	7,1

Fazit: Auch am Remberg existiert, mit Ausnahme des Großblocks Rembergfriedhof, ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko.

11.10. Wohnbezirk Wehringhausen-Ost

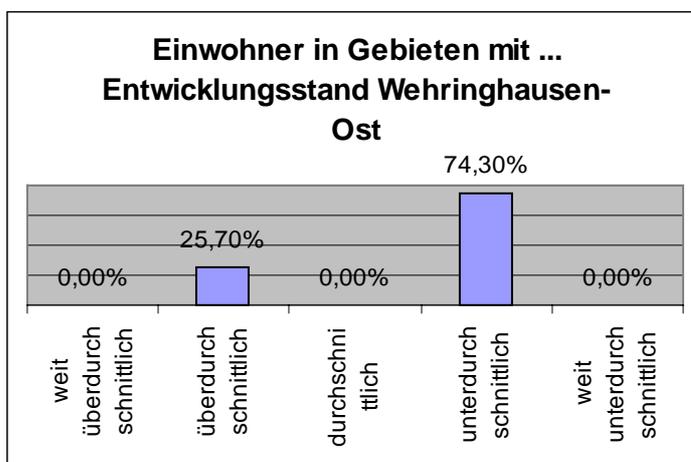
Auch die östlichen Wehringhauser sind mit 40,8 Jahren im Schnitt genau zwei Jahre jünger als alle Hagener.

Überrepräsentiert sind alle Altersgruppen unter 40 Jahren und die Hochbetagten ab 80 Jahren. Mit einem Ausländeranteil von 21,2% ist auch diese Bevölkerungsgruppe deutlich überrepräsentiert. Auch sind die Ausländer mit 40,8% bei den Sozialhilfeempfängern deutlich überrepräsentiert, unter den Arbeitslosen machen sie immerhin 29,3% aus.

Die Wehringhauser hatten 1998 je versteuertem Einkommen ein Durchschnittseinkommen von 28.750 € Platz 24 im Hagener Vergleich.

Von Arbeitslosigkeit betroffen sind insgesamt 15,3% und von Sozialhilfe 10,3%.

Die Wohnungen in diesem Stadtgebiet sind überdurchschnittlich alt, 51,4% sind vor 1948 gebaut worden.



Den östlichen Wehringhausern stehen mit 41,0 qm je Einwohner 3,6 qm mehr zur Verfügung als allen Hagenern. Dies bedeutet Platz 11 im Hagener Vergleich.

25,7% der Einwohner leben in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand und 74,3% in solchen mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

In den drei Großblöcken des östlichen Wehringhausens liegt die Alleinerzogenenquote 5-8% über dem städtischen Schnitt, wobei die Zahl der Alleinerzogenen gegen den städtischen Trend leicht zurückgegangen ist.

Alleinerzogene in % 2002/1997

121, Elfriedenhöhe	24,80%	-1,20%
122, Schumannstraße	26,10%	-4,20%
125, Wilhelmsplatz	28,70%	2,70%

In allen drei Großblöcken liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner höher als im Hagener Schnitt. Dabei liegt der Anteil im Großblock Schumannstraße gerade einmal 8,5 Personen über dem städtischen Schnitt, Platz 68. Dagegen liegt der entsprechende Anteil rund um den Wilhelmsplatz bei 117, Platz 25, und im Großblock Elfriedenhöhe bei 128, Platz 21.

HzL Empfänger je 1000 EW

121, Elfriedenhöhe	128
122, Schumannstraße	61
125, Wilhelmsplatz	117

Der Anteil der Ausländer inklusive der Doppelstaatler liegt nur am Wilhelmsplatz mit 32 % 11,5% über dem Schnitt der Hagener Großblöcke, die Großblöcke Elfriedenhöhe und Schumannstraße liegen dagegen knapp unter dem Schnitt. Dagegen liegt die eigentliche Ausländerquote nur im Großblock Schumannstraße knapp über dem Schnitt, die beiden anderen liegen darunter.

Ausländer + Doppelstaatler, sowie nur Ausländer in %

121, Elfriedenhöhe	19	5,9
122, Schumannstraße	18	9,2
125, Wilhelmsplatz	32	7,7

Fazit: Auch im Osten Wehringhausens existiert ein erhöhtes Armutsrisiko. Dabei halten die Zahlen nicht unbedingt einen Vergleich mit den katastrophalen Zahlen rund um den Bodelschwingplatz aus, statistisch ein Teil Kuhlerkamps, in der Lebenswirklichkeit ein Teil Wehringhausens.

11.11. Wohnbezirk Wehringhausen-West

Obwohl dieser Wohnbezirk mit 1.793 Einwohnern je qkm relativ dünn besiedelt zu sein scheint, handelt es sich um einen höher verdichteten innenstadtnahen Bezirk, da große Teile des Stadtwaldes zum Bezirk gehören.

Die 5.020 westlichen Wehringhauser sind im Schnitt mit 41,1 Jahren etwas jünger als alle Hagener mit 42,8 Jahren.

Leicht überrepräsentiert sind die Gruppen der 0-14jährigen und der jungen Erwachsenen von 20 bis 39 Jahren. Der Rest ist leicht unterrepräsentiert.

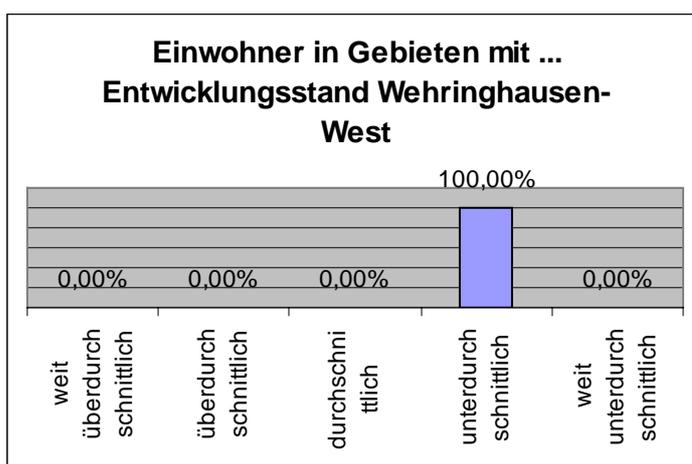
Mit 19,5% sind auch die Bürger ohne deutschen Pass überrepräsentiert.

Die westlichen Wehringhauser haben 1998 ein durchschnittliches Einkommen von 24.100 € versteuert, niedriger war nur noch das entsprechende Einkommen in Eckesey-Süd.

Die Betroffenheitsquote bei Arbeitslosigkeit liegt mit 14,7% 3,8% über dem Hagerer Durchschnitt. Mit 11,2% liegt die Sozialhilfequote um 4,89% über der Hagerer Quote. In Wehringhausen existiert ein recht alter Wohnbestand: 58,8% aller Wohnungen sind vor 1948 gebaut worden, gerade einmal 0,7% nach 1990.

Den Einwohnern stehen mit 38,1 qm je Einwohner 0,7 qm mehr zur Verfügung als allen Hagenern.

Das gesamte westliche Wehringhausen gilt als Gebiet mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.



Auch im Großblock Franklinstraße gibt es überdurchschnittlich viele alleinerzogene Kinder mit 27,7%.

Alleinerzogene in %

123, Im Deerth	0	-50%
124, Franklinstraße	27,70%	4,90%

116 von 1000 Einwohnern des Großblocks Franklinstraße leben von Sozialhilfe, dies macht im Hagerer Vergleich Platz 16.

HzL-Empfänger je 1000 Einwohner in Großblöcken

123, Im Deerth	1
124, Franklinstraße	116

Bei einem Ausländeranteil von 7,6% gibt es im Großblock Franklinstraße 29% Ausländer und Doppelstaatler, d.h. der Ausländeranteil liegt 1,3% unter dem Schnitt der Hagerer Großblöcke, der Anteil der Ausländer mitsamt der Doppelstaatler liegt dagegen 8,5% über dem Schnitt.

Doppelstaatler und Ausländer, sowie nur Ausländer in % Dezember 2002

123, Im Deerth	0	0
124, Franklinstraße	29	7,6

Fazit: Auch die westlichen Wehringhauser haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Der Sozialhilfeanteil liegt zwar nicht in der absoluten Hagerer Spitzenklasse, jedoch ist das Einkommen insgesamt recht gering.

11.12. Wohnbezirk Zentrum

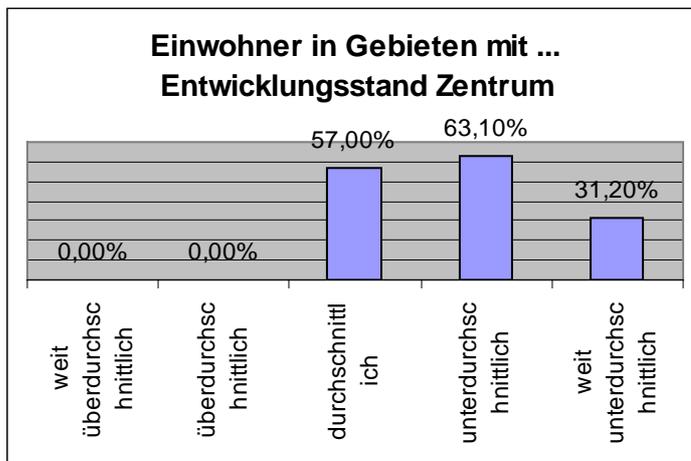
Das Hagener Zentrum ist mit 12.031 Einwohnern das bevölkerungsreichste Wohngebiet. Die dortigen Bewohner sind mit 42,0 Jahren etwas jünger als der städtische Durchschnitt mit 42,8 Jahren.

Im Zentrum leicht überdurchschnittlich vertreten sind die Gruppen der 0 bis 2-jährigen mit 3,0 zu 2,6% im städtischen Durchschnitt, der 3 bis 5-jährigen mit 3,1 zu 2,8%, der 20-39jährigen mit 29,5 zu 25,2% im städtischen Durchschnitt, sowie der Hochbetagten ab 80 Jahren mit 5,4 zu 4,6%.

Die Gruppen der Kinder von 6 bis 14 (8,7 zu 9,6%), der Jugendlichen von 15 bis 19 Jahren (5,0 zu 5,5%), der Mittelalten von 40 bis 59 (25,4 zu 27,1%) und der jungen Senioren von 60 bis 79 (19,9 zu 22,6%) sind dagegen leicht unterrepräsentiert.

Korrespondierend mit der Tatsache, dass es im Wohngebiet zu wenig Kindergartenplätze für die 3-5-jährigen gibt, könnte es sein, dass im Stadtgebiet viele Familien mit jungen Kindern leben, die so bald als möglich das Gebiet verlassen. Zumal die Wohnungen mit 34 qm je Einwohner recht klein sind (Platz 33 im Vergleich der Wohnbezirke), das Gebiet mit 7.519 Einwohner/qkm hoch verdichtet ist und auch der Wohnwert für 5,7% der Menschen durchschnittlich ist, während 63,1% mit unterdurchschnittlichem und 31,2% gar mit weit unterdurchschnittlichem Wohnwert zurechtkommen müssen.

Verdient wird im Zentrum relativ wenig. 1998 wurden je Steuerfall durchschnittlich 25.350 € fast 7.000 € weniger als im Hagener Schnitt, verdient. Damit steht das Zentrum im Vergleich zu den anderen Wohnbezirken an 33. Stelle.



Überdurchschnittlich hoch sind die Betroffenheitsquote bei Arbeitslosigkeit und die Sozialhilfequote.

16,9% der potenziell Berufstätigen sind arbeitslos gegen 10,9% in der Stadt Hagen.

Überdurchschnittlich betroffen sind Männer, Ausländer und Arbeiter.

Die Sozialhilfequote ist mit 12,5% fast doppelt so hoch wie in der gesamten Stadt mit 6,31%.

38,4% der Sozialhilfeempfänger ist minderjährig. Zusammen mit der um 10% höheren Sozialhilfebedürftigkeit bei Frauen auch dies ein Hinweis auf die besondere Armutproblematik bei Alleinerziehenden.

Im Zentrum liegt der Ausländeranteil mit 31,1% deutlich höher als in Hagen mit 13,8%.

Jedoch sind 38% der Sozialhilfeempfänger Ausländer.

Alleinerzogene Minderjährige gibt es im Zentrum recht häufig. Im Großblock Rathaus sind 34,8% der Minderjährigen Alleinerzogene, Platz 6 im Vergleich aller Großblöcke. Auch in

den Großblöcken Marienkirche und Schulstraße sind die Zahlen mit 29,8% (Platz 15) und 28,5 % (Platz 21) deutlich überdurchschnittlich. Ähnliches gilt für das Gebiet ums Theater mit 25%. Leicht überdurchschnittlich ist der Großblock Hauptbahnhof mit 21,4%. Leicht unterdurchschnittlich sind die Zahlen des Großblocks Elbersdrucke mit 20% und unterdurchschnittlich der Großblock Kaufmannsschule I mit 15,6%.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

111, Marienkirche	29,80%	3,50%
112, Theater	25%	4,50%
113, Hauptbahnhof	21,40%	-1%
114, Kaufmannsschule I	15,60%	-2,60%
115, Rathaus	34,80%	4,10%
116, Schulstraße	28,50%	5,60%
117, Elbersdrucke	20%	-8,20%
118, Stadthalle	0,00%	-50%

Alle Großblöcke des Hagener Zentrums (mit Ausnahme der Stadthalle, dort gibt es keine verwertbaren Zahlen) haben z.T. deutlich überdurchschnittliche Anteile an Sozialhilfeempfängern. Selbst der Block mit dem niedrigsten Anteil an Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner, Kaufmannsschule I, hat mit 88 Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohnern über 50 % mehr Sozialhilfeempfänger als im Schnitt aller Großblöcke. Die meisten Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner hat der Großblock Hauptbahnhof mit 188 Sozialhilfeempfängern. Im Hagener Vergleich der Großblöcke bedeutet dies Platz 4. Es folgen der Großblock Schulstraße mit 148 Sozialhilfeempfängern oder Platz 10, der Großblock Rathaus mit 116 Sozialhilfeempfängern oder Platz 26, der Großblock Marienkirche mit 113 Sozialhilfeempfängern oder Platz 28, die beiden Großblöcke Elbersdrucke und Theater mit je 94 Sozialhilfeempfängern oder Platz 42 und der Großblock Kaufmannsschule I mit 88 Sozialhilfeempfängern oder Platz 114.

HZL-Empfänger je 1000 EW

111, Marienkirche	113
112, Theater	94
113, Hauptbahnhof	188
114, Kaufmannsschule I	88
115, Rathaus	116
116, Schulstraße	148
117, Elbersdrucke	94
118, Stadthalle	0

Mit Ausnahme der Großblöcke Marienkirche mit 7,8% und Rathaus mit 6,8% liegt in allen bewertbaren Großblöcken des Zentrums der Ausländeranteil höher als im städtischen Schnitt. Deutlich höher liegt der Anteil der Ausländer zusammen mit den Doppelstaatlern. Der Großblock Hauptbahnhof hat hier zusammen mit dem Großblock Villa Post in Hagen mit 66% den höchsten Anteil. Es folgen der Großblock Kaufmannsschule I mit 42% oder Platz 20, der Großblock Elbersdrucke mit 41% oder Platz 21, der Großblock Theater mit 40% oder Platz 23, der Großblock Schulstraße mit 38% oder Platz 26, der Großblock Marienkirche mit 34% oder Platz 35 und der Großblock Rathaus mit 32% oder Platz 39.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

111, Marienkirche	34	7,8
112, Theater	40	10,2
113, Hauptbahnhof	62	10,2
114, Kaufmannschule I	42	13
115, Rathaus	32	6,8
116, Schulstraße	38	10,2
117, Elbersdrucke	41	9,7
118, Stadthalle	0	0

Fazit: Im gesamten Zentrum existiert ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko, dies gilt insbesondere für die Bereiche um den Hauptbahnhof, das Rathaus und den Oberhagener Anteil des Zentrums.

12. Stadtbezirk Hagen-Haspe

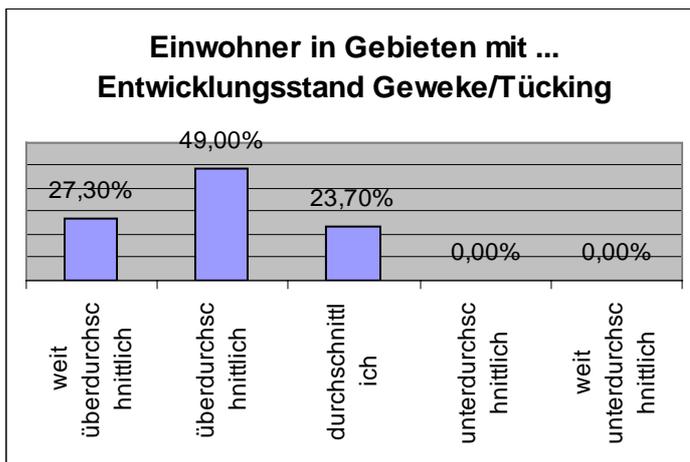
12.1. Wohnbezirk Geweke/Tücking

Die 3.397 Menschen in der Geweke und am Tücking sind im Schnitt mit 40,9 Jahren fast zwei Jahre jünger alle Hagener. Hier gibt es überdurchschnittlich viele Haushalte mit 3 Personen (19%) und mit vier und mehr Personen (22%).

In der Geweke und am Tücking wird überdurchschnittlich gut verdient. Je Steuerfall wurden 1998 44.350 € versteuert. Fast 12.000 € mehr als im Schnitt der Hagener Wohnbezirke. Auch innerhalb Haspes selbst liegt der Wohnbezirk Geweke/Tücking damit deutlich über dem Schnitt. Im nächsten Hasper Bezirk, Haspe-Süd, wurde 1998 je Steuerfall gerade 32.700 € verdient, also fast exakt der Durchschnitt der Hagener Wohnbezirke oder Platz 15 in Hagen. Mit 8,5% liegt der Ausländeranteil 5,3% unter dem städtischen Durchschnitt.

Betroffen von Arbeitslosigkeit sind mit 8,6% 2,3% weniger als im städtischen Schnitt. Auch die Sozialhilfequote ist mit 5,7% etwas unterdurchschnittlich.

Je Einwohner stehen 37,9 qm Wohnfläche zur Verfügung und damit 0,5 qm mehr als in Hagen.



In diesem Wohnbezirk lebt keiner in Gebieten mit unterdurchschnittlichem oder weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand. Mit 49% lebt fast die Hälfte der Menschen in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand, ein weiteres Viertel (27,3%) lebt in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand und 23,7% in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand.

Der Anteil Alleinerzogener liegt in den vier bewertbaren Großblöcken des Wohnbezirks zwischen 10,3 und 20,8% und damit in drei von vier Großblöcken deutlich unterdurchschnittlich und in einem, Auf dem Gelling, leicht überdurchschnittlich. Die Zahlen des Großblocks Römerhof - Anteil Alleinerzogene 15,4%, Anstieg von 1997 auf 2002 15% - erklären sich daraus, dass es sich um ein neu erschlossenes Baugebiet handelt.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

224, Höxterstraße	10,30%	-2,80%
225, Tückinger Wald	0	-50%
371, Auf dem Gelling	20,80%	11,50%
372, Warburger Straße	12%	-5,50%
373, Auf der Halle	0	-50%
374, Römers Hof	15,40%	15,40%

Der Anteil von Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner liegt mit 102 Sozialhilfeempfängern fast genau doppelt so hoch wie der Schnitt der Hagener Großblöcke, Platz 37 der Hagener Großblöcke. Auch im Großblock Römers Hof liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger mit 63 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner 10,5 Personen über dem Schnitt.

Im Großblock Auf dem Gelling liegt der Anteil bei 23 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, also um mehr als die Hälfte niedriger als im Schnitt der Hagener Großblöcke, und im Großblock Warburger Straße sind es gar nur 9 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner.

HzL-Empfänger je 1000 EW

224, Höxterstraße	102
225, Tückinger Wald	0
371, Auf dem Gelling	23
372, Warburger Straße	9
373, Auf der Halle	0
374, Römers Hof	63

In den beiden Großblöcken mit überdurchschnittlich vielen Sozialhilfeempfängern ist auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich erhöht. Im Großblock Höxterstraße liegt der Anteil der Ausländer bei 20,3%, Platz 12 im Vergleich der Hagener Großbezirke und der Anteil der Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern bei 31%, auch immer noch Platz 43. Im Großblock Römers Hof liegt der Ausländeranteil mit 16,1% zwar etwas niedriger, aber immer noch fast doppelt so hoch wie im Hagener Schnitt, und es reicht noch für Platz 19. Dagegen liegt der Anteil der Ausländer zusammen mit den Doppelstaatlern genauso hoch wie im Großblock Höxterstraße bei 31%. In Römers Hof leben also deutlich mehr Doppelstaatler.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

224, Höxterstraße	31	20,3
225, Tückinger Wald	0	0
371, Auf dem Gelling	9	5
372, Warburger Straße	8	3,3
373, Auf der Halle	0	0
374, Römers Hof	31	16,1

Fazit: Das Armutsrisiko in der Geweke und am Tücking liegt etwas unterdurchschnittlich. Dies gilt aber nicht für den Großblock Höxterstraße und auch nicht für den Großblock Römers Hof.

12.2. Wohnbezirk Haspe-Süd

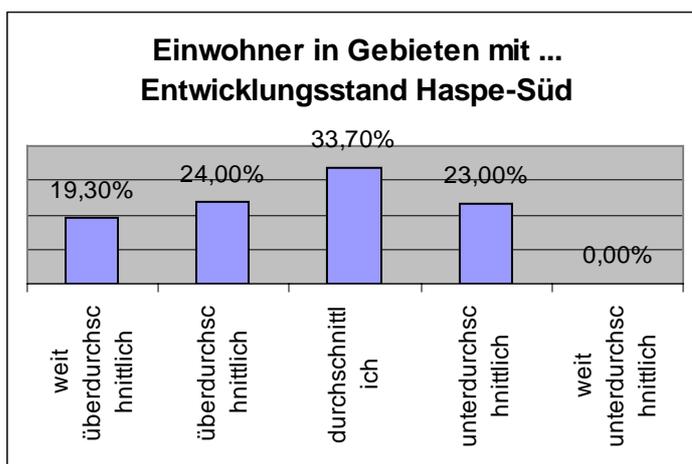
Die 6.067 südlichen Hasper sind im Schnitt mit 42,6 Jahren unwesentlich jünger als alle Hagener. Mit 13,4% liegt auch der Ausländeranteil nur unwesentlich (=0,4%) unter dem Hagener Schnitt.

Ähnliches gilt auch für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen, diese Quote liegt mit 10,5% ebenfalls 0,4% unter dem städtischen Schnitt. Die Sozialhilfequote liegt mit 4,8% etwas deutlicher oder 0,5% unter dem städtischen Schnitt.

Dagegen steht je Einwohner mit 41,1 qm deutlich oder 3,7 qm mehr Wohnfläche zur Verfügung als dem Hagener Schnitt. Dies ergibt im Vergleich der Hagener Wohnbezirke Platz 11.

Dementsprechend ist der Entwicklungsstand in diesem Wohnbezirk recht differenziert: Ein Drittel oder 33,7% der südlichen Hasper lebt in Bezirken mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand lebt mit 24% ein weiteres knappes Viertel und ein knappes Fünftel, 19,3% lebt in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Das letzte knappe Viertel mit 23% muss sich mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand zufrieden geben.



Im Wohnbezirk Haspe-Süd wurde 1998 durchschnittlich verdient, je Steuerfall 32.700 € also fast exakt der Durchschnitt der Hagener Wohnbezirke oder Platz 15 in Hagen.

In sechs der acht bewertbaren Großblöcke ist der Anteil der Alleinerzogenen unterdurchschnittlich. Am Karweg ist der Anteil mit 20,7% leicht überdurchschnittlich und Am Postkopf mit 26,1% deutlicher überdurchschnittlich, Platz 32 in Hagen.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

201, Schlackenmühle	0	-50%
202, Im Hördenbruch	9,50%	-4%
203, Sachsenstraße	13,90%	-5,20%
204, Freibad Hestert	17%	-2,90%
321, Am Schützenhof	9,30%	-14,30%
322, Am Ahlberg	12,50%	-14,60%
323, Auf dem Piepenstöcken	7,50%	5,80%
324, Am Postkopf	26,10%	9%
325, Hasper Talsperre	0	-50%
331, Am Karweg	20,70%	-1,50%

Am Postkopf ist mit 107 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger mehr als doppelt so hoch wie im Schnitt aller Großblöcke. Damit kommt dieser Großblock auf Platz 32. Auch am Karweg liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger über dem Schnitt, hier sind es mit 68 15,5 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner mehr. Die anderen Großblöcke liegen unter dem städtischen Schnitt. Dabei sind es im Großblock Auf dem Piepenstöckchen gerade einmal 7,5 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner weniger als im Hagener Schnitt.

HzL-Empfänger je 1000 EW

201, Schlackenmühle	0
202, Im Hördenbruch	10
203, Sachsenstraße	12
204, Freibad Hestert	38
321, Am Schützenhof	28
322, Am Ahlberg	22
323, Auf dem Piepenstöcken	45
324, Am Postkopf	107
325, Hasper Talsperre	0
331, Am Karweg	68

In vier Großblöcken leben überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund. Am Postkopf, dem Großblock mit dem hohen Anteil Sozialhilfeempfänger, sind 48% der Menschen Doppelstaatler oder Ausländer, Platz 10 der Großblöcke. Der Ausländeranteil liegt hier mit 9,6% jedoch nur wenig über dem Schnitt. D.h. fast 30% der Menschen Am Postkopf sind Doppelstaatler. Am Karweg leben 28% Doppelstaatler und Ausländer, sowie 15,6% Ausländer und am Schützenhof sind es 25% Doppelstaatler und Ausländer, sowie 10,2% Ausländer.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

201, Schlackenmühle	0	0
202, Im Hördenbruch	6	3,5
203, Sachsenstraße	8	3,8
204, Freibad Hestert	16	3,8
321, Am Schützenhof	25	10,2
322, Am Ahlberg	9	6,4
323, Auf dem Piepenstöcken	18	7,5
324, Am Postkopf	48	9,6
325, Hasper Talsperre	0	0
331, Am Karweg	28	15,6

Fazit: Das Armutsrisiko in Haspe-Süd ist leicht unterdurchschnittlich, jedoch gilt dies nicht für alle Großblöcke, insbesondere nicht für Am Karweg und Am Postkopf.

12.3. Wohnbezirk Haspe-Zentrum

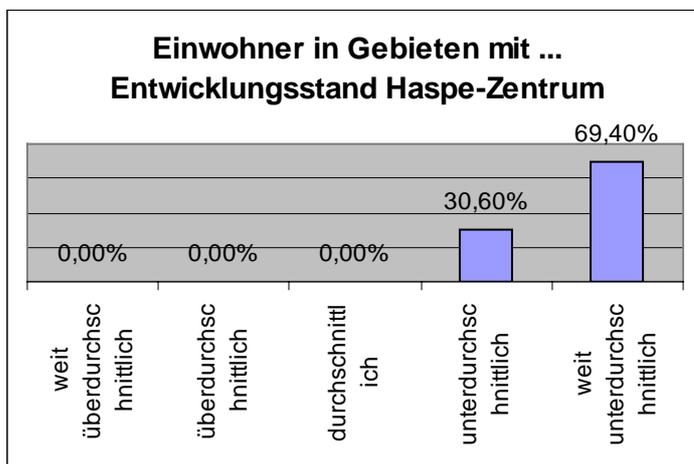
Mit 38,7 Jahren sind die Menschen im Hasper Zentrum im Schnitt gut 4 Jahre jünger als alle Hagener.

Überrepräsentiert sind alle Altersgruppen unter 40 Jahren, unterrepräsentiert die Altersgruppen der 40jährigen und Älteren.

Das Hasper Zentrum gehört zu den einkommensschwächeren Hagener Wohnbezirken. Je Steuerfall wurden hier 1998 im Schnitt lediglich 24.600 € verdient. Weniger verdienten im Schnitt nur noch die Menschen im Vorhaller Norden, im Wehringhauser Westen und im Eckeseyer Süden.

Der Ausländeranteil liegt mit 32,2% außergewöhnlich hoch, es ist der höchste Ausländeranteil in Hagen. Trotzdem sind „nur“ 34,1% der Sozialhilfebezieher Ausländer.

Mit 15,5% sind die Menschen im Hasper Zentrum überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch die Sozialhilfequote liegt mit 11,2% sehr hoch. Mehr als zwei Drittel der Menschen dieses Bezirks lebt in Gebieten mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand (67%), das restliche Drittel mit 32,9% lebt in Gebieten mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.



Je Einwohner stehen lediglich 32,9 qm zur Verfügung, 4,5 qm weniger als im Hagener Schnitt. Lediglich in Eckesey (Nord und Süd) und in Vorhalle-Nord leben die Menschen auf weniger Wohnfläche.

Der größte Teil der Wohnungen ist mit 56,8% vor 1948 gebaut worden.

Die Zahl der Alleinerzogenen liegt in den sechs bewertbaren Großblöcken des Hasper Zentrums um den städtischen Durchschnitt, am niedrigsten liegt er rund um den Markanaplatz mit 16,3% und am höchsten im Großblock Hüttenplatz mit 23,4%.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

211, Rundturnhalle Haspe	18,50%	-14,90%
212, Swolinzkystraße	21,20%	0,90%
213, Hammerstraße	12,90%	-0,20%
214, Oedeweg	22%	0,10%
215, Markanaplatz	16,30%	-4,60%
216, Hüttenplatz	23,40%	5,40%
341, Ennepark	0,00%	-50%

In allen diesen Großbezirken liegt die Sozialhilfequote deutlich über dem Schnitt.

Im Großblock Hüttenplatz kommen 151 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner, der höchste Wert in Haspe und der achthöchste in Hagen. Es folgen der Großblock Swolinzkystraße mit 110 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, Platz 33, der Großblock Oedeweg mit 107 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, Platz 31, der Großblock Hammerstraße mit 106 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, Platz 33, der Großblock Markanaplatz mit 85 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, Platz 51, und der Großblock Rundturnhalle Haspe mit 81 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, Platz 53.

HzL-Empfänger je 1000 EW

211, Rundturnhalle Haspe	81
212, Swolinzkystraße	110
213, Hammerstraße	106
214, Oedeweg	107
215, Markanaplatz	85
216, Hüttenplatz	151
341, Ennepepark	0

Der Wohnbezirk Haspe-Zentrum hat den höchsten Ausländeranteil in Hagen. Dies wird auch deutlich bei den Zahlen zu den Menschen mit Migrationshintergrund. Drei Großblöcke haben einen Anteil an Doppelstaatlern zusammen mit Ausländern um die 50%: Der Großblock Swolinzkystraße mit 51% und die beiden Großblöcke Hammerstraße und Hüttenplatz mit 48%, im Großblock Oedeweg sind es noch 41% und rund um den Markanaplatz auch noch 38%.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

211, Rundturnhalle Haspe	33	8,7
212, Swolinzkystraße	51	7,2
213, Hammerstraße	48	9,9
214, Oedeweg	41	9,7
215, Markanaplatz	37	13,3
216, Hüttenplatz	48	19,4
341, Ennepepark	0	0

Fazit: Das Armutsrisiko ist in allen Großblöcken des Hasper-Zentrums überdurchschnittlich groß. Geringes Einkommen, geringe Wohnqualität, hoher Migrantenanteil und ein hoher Anteil Alleinerziehender kommen hier zusammen.

12.4. Wohnbezirk Spielbrink

Mit einem Altersdurchschnitt von 44,1 Jahren sind die 3.773 Bewohner des Spielbrinks etwas älter als alle Hagener mit 42,8 Jahren. Für einen geringeren Altersschnitt fehlen insbesondere Kinder unter 6 Jahren und 20 bis 39jährige.

Der Ausländeranteil liegt mit 4,5% deutlich unter dem Hagener Schnitt.

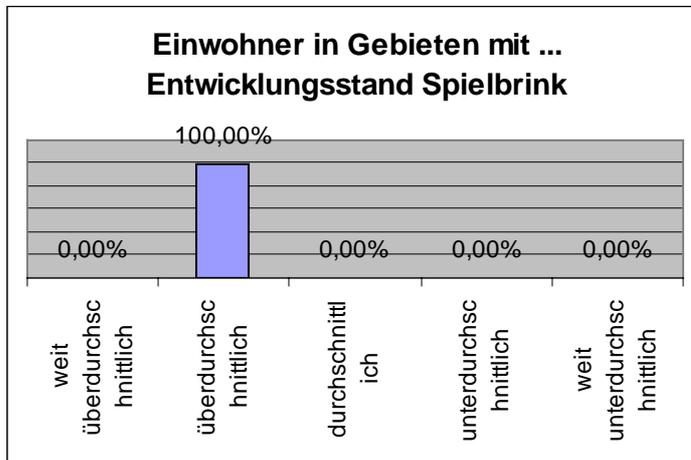
Von Arbeitslosigkeit betroffen sind die Menschen dieses Bezirks mit 9,9% 1% unter dem Hagener Schnitt. Ebenfalls 1% unter dem Hagener Schnitt liegt die Sozialhilfequote mit 5,3%. 60,7% der Sozialhilfeempfänger sind Frauen und 49,3% sind Minderjährige, dies weist auf eine hohe Zahl von Alleinerziehenden im Bezirk hin.

Trotz der relativ großen Gruppe an Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen leben alle Einwohner des Spielbrinks in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Trotzdem beträgt die je Einwohner zur Verfügung stehende Wohnfläche nur 33 qm, also 4,4

qm weniger als im Hagener Schnitt (Platz 35), auch die Wohnungen sind mit 71,7 qm 2,6 qm kleiner als im Hagener Schnitt.

Verdient wird am Spielbrink unterdurchschnittlich. 1998 wurden im Schnitt 27.300 € je Steuerfall verdient, Platz 27 im Hagener Vergleich und etwa 5.000 € weniger als im städtischen Schnitt.



In den drei bewertbaren Großblöcken des Spielbrinks liegt die Zahl der alleinerzogenen Minderjährigen zwischen 24,4% und 30%, also z.T. deutlich über dem Schnitt. Der Anteil der Alleinerzogenen im Großblock Talweg liegt nur in zwölf anderen Hagener Großblöcken höher.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

361, Innsbrucker Str.	25,30%	5
362, Spielbrinkstraße	24,40%	3,90%
363, Schülinghausen	0	-50%
364, Talweg	30%	4,30%

Nur im Großblock Spielbrinkstraße gibt es überdurchschnittlich viele Sozialhilfeempfänger, 69 auf 1.000 Einwohner, Platz 61 im Vergleich oder 16,5 mehr als im gesamtstädtischen Vergleich. In den beiden anderen Großblöcken liegt die Zahl der Sozialhilfeempfänger 20,5 bzw. 35,5 Personen unter dem Schnitt.

HzL-Empfänger je 1000 EW

361, Innsbrucker Str.	17
362, Spielbrinkstraße	69
363, Schülinghausen	0
364, Talweg	32

Ebenfalls nur im Großblock Spielbrinkstraße, in dem es auch leicht überdurchschnittlich Sozialhilfeempfänger gibt, liegt die Zahl der Ausländer mit 11,1% etwas überdurchschnittlich.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

361, Innsbrucker Str.	9	6,3
362, Spielbrinkstraße	17	11,1
363, Schülinghausen	0	0
364, Talweg	10	6,9

Fazit: Das Armutsrisiko am Spielbrink ist leicht unterdurchschnittlich. Nur im Großblock Spielbrinkstraße liegt das Armutsrisiko leicht über dem Schnitt.

12.5. Wohnbezirk Westerbauer-Nord

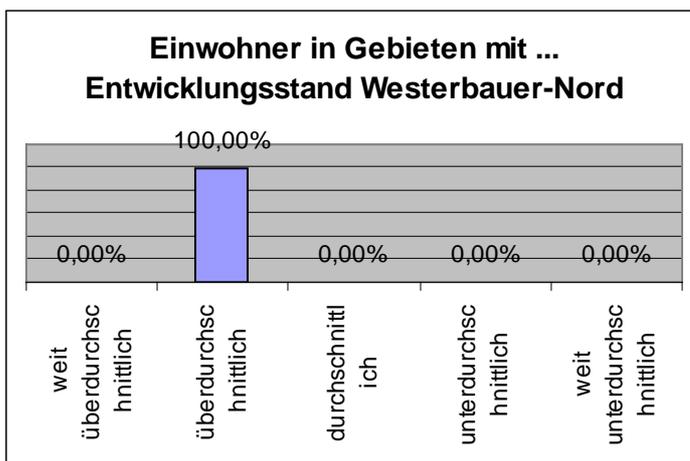
Die 5.393 Bewohner des Wohnbezirks Westerbauer Nord sind mit 43,3 Jahren im Schnitt etwas älter als der Schnitt aller Hagener. Unterrepräsentiert sind vor allem die unter dreijährigen und die 20 bis 39jährigen.

Der Ausländeranteil ist mit 6% um mehr als die Hälfte niedriger als in Hagen insgesamt. Trotz dieser geringen Quote beträgt der Anteil der Ausländer an den Sozialhilfeempfängern immerhin 24,5%.

Niedriger als in Hagen, wenn auch nur 1,2%, ist mit 9,7% die Betroffenheitsquote bei Arbeitslosigkeit. Ähnliches gilt für die Sozialhilfequote mit 4,5% zu gesamtstädtischen 6,31%.

1998 wurden in diesem Wohnbezirk je Steuerfall im Schnitt 29.300 € verdient, etwa 3.000 € weniger als im Schnitt der 39 Wohnbezirke. Dies bedeutete Platz 23.

Im Bezirk gibt es mit 33% 7% weniger 1-Personen-Haushalte als in Hagen. Dafür leben mehr Menschen in Haushalten mit 4 und mehr Personen. 20% der Haushalte entsprechen dieser Kategorie gegen 16% in Hagen.



Alle Bewohner des Wohnbezirks leben in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand. Die beiden großen Wohngebiete dieses Bezirks, Quambusch und Baukloh, sind lange nach dem Krieg als komplette Neubaugebiete entwickelt worden, inklusive der zugehörigen Infrastruktur.

Den Bewohnern stehen hier mit 35 qm 2,4 qm weniger je Einwohner zur Verfügung als im städtischen Schnitt.

Nur im Großblock Klagenfurtstraße liegt die Zahl der alleinerzogenen Minderjährigen mit 27,2% deutlich über dem Schnitt der Hagener Großblöcke. Ebenfalls überdurchschnittlich ist hier auch der Ausländeranteil mit 15,1%. Insofern ist es auch nicht unerwartet, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner hier mit 106 deutlich über dem Schnitt liegt. Nur in 32 weiteren Großblöcken liegt dieser Anteil höher. Auch in der Harkortstraße korrespondiert ein überdurchschnittlicher Ausländeranteil von 13 % mit höheren, wenn auch leicht unterdurchschnittlichen Sozialhilfeempfängerzahlen. Hier sind es 46 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

351, Harkortstraße	14,80%	-4,80%
352, Klagenfurtstraße	27,20%	12,80%
353, Am Baukloh	17,10%	10,50%
354, Silscheder Straße	20,30%	-3,80%
355, Käsbergstraße	14,70%	5,30%

HzL-Empfänger je 1000 EW

351, Harkortstraße	46
352, Klagenfurtstraße	106
353, Am Baukloh	1
354, Silscheder Straße	1
355, Käsbergstraße	1

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

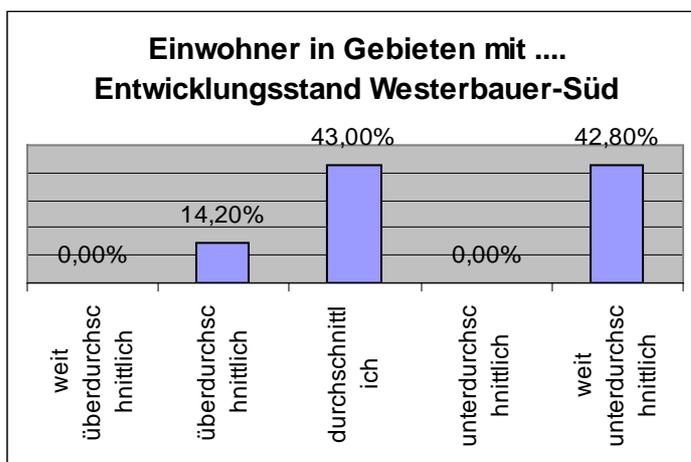
351, Harkortstraße	20	13
352, Klagenfurtstraße	22	15,1
353, Am Baukloh	6	4,4
354, Silscheder Straße	7	4,9
355, Käsbergstraße	0	0

Fazit: Das Armutsrisiko ist in einem der fünf Großblöcke, der Klagenfurtstraße, deutlich erhöht und in einem zweiten, der Harkortstraße, eher durchschnittlich. In den anderen drei Großblöcken ist das Armutsrisiko nicht nennenswert.

12.6. Wohnbezirk Westerbauer-Süd

Die 3.917 Bewohner des südlichen Westerbauers sind im Schnitt mit 41,2 Jahren etwa anderthalb Jahre jünger als alle Hagener.

Der Ausländeranteil liegt mit 12,9% 0,9% unter dem Hagener Schnitt. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind 12,1%, also 1,2% mehr als in Hagen. Die Sozialhilfequote liegt mit 6,4% 0,09% höher als in Hagen.



Eine knappe relative Mehrheit der Menschen dieses Gebiets mit 43% wohnt in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, aber schon 42,8% leben in Gebieten mit weit

unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand. Die restlichen 14,2% leben in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Je Einwohner stehen 35,6 qm Wohnfläche zur Verfügung, 1,8 qm weniger als in Hagen. 1998 wurden hier im Schnitt aller Steuerfälle 27.200 € verdient, etwa 5.000 € weniger als im gesamtstädtischen Schnitt. Damit steht dieses Wohngebiet im Vergleich der Großblöcke an 28. Stelle.

Die Zahl der alleinerzogenen Kinder liegt hier z.T. deutlich unterdurchschnittlich. Nur im Großblock Dickenbruchstraße beträgt der Anteil 28,3% und liegt damit 9% über dem Durchschnitt. In der Dickenbruchstraße liegt dann auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger mit 75 Empfängern auf 1.000 Einwohner 22,5 Personen über dem Schnitt aller Großblöcke. Überdurchschnittlich hoch ist auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger im Großblock Enneper Straße. Hier sind es 69 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner. Dies korrespondiert in diesem Fall mit einer höheren Zahl an Doppelstaatlern zusammen mit den Ausländern: 30%, Platz 48.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

332, Dickenbruchstraße	28,30%	3,90%
333, Agnes-Miegel-Straße	10,20%	-3,10%
342, Neue Straße	3%	-3%
343, Enneper Straße	18,30%	1,20%

HzL-Empfänger je 1000 EW

332, Dickenbruchstraße	75
333, Agnes-Miegel-Straße	25
342, Neue Straße	22
343, Enneper Straße	69

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

332, Dickenbruchstraße	14	6,7
333, Agnes-Miegel-Straße	11	6,2
342, Neue Straße	0	0
343, Enneper Straße	30	8,3

Fazit: Auch im Süden Westerbauers gibt es ein leicht erhöhtes Armutsrisiko, aber auch hier unterschiedlich in den Großblöcken. Im Wohnbezirk Westerbauer-Süd sind es vor allem die Großblöcke Dickenbruchstraße und Enneper Straße, in denen das Armutsrisiko höher ist.

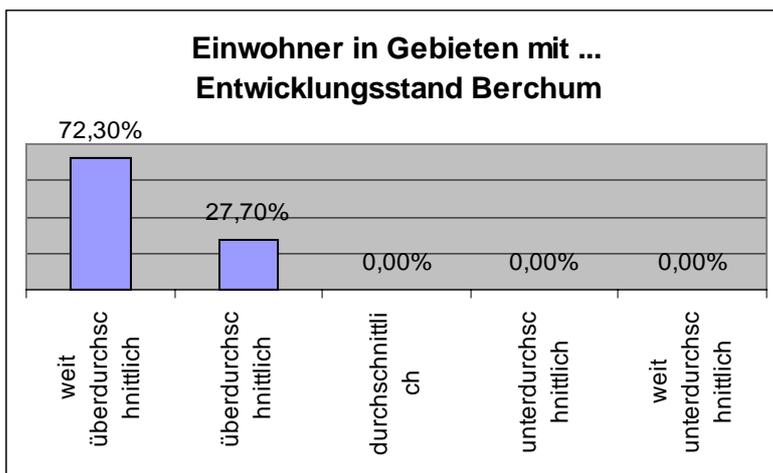
13. Stadtbezirk Hohenlimburg

13.1. Wohnbezirk Berchum

Die 2.507 Berchumer sind im Schnitt nur 0,1 Jahre älter als alle Hagener. Der Ausländeranteil beträgt gerade einmal 3,2%, und von Sozialhilfe leben lediglich 0,5% der Berchumer. Arbeitslos sind 6,1%. Den Berchumern stehen je Einwohner 44,1 qm Wohnfläche zur Verfügung und damit 6,7 qm mehr als allen Hagenern. Mehr Quadratmeter je Einwohner haben nur die Bewohner des westlichen Emst, Garenfelds und des Fleyerviertels zur Verfügung.

In Berchum wird überdurchschnittlich gut verdient. Im Jahr 1998 versteuerten die Berchumer je Steuerfall 44.800 € fast 12.500 € mehr als im Schnitt der Hagener Wohnbezirke. Mehr versteuerten nur die Bewohner zweier weiterer Bezirke.

Fast drei Viertel, nämlich 72,3% der Berchumer, leben in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand. Ein weiteres Viertel, 27,7 %, in solchen mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand. Durchschnittlich oder unterdurchschnittlich entwickelte Wohngebiete gibt es hier nicht.



Die Zahl der alleinerzogenen Minderjährigen liegt in den drei bewertbaren Berchumer Großblöcken zwischen 10,5 und 11,9%, also deutlich unter dem Schnitt. Auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger geht entweder gegen Null oder liegt im Großblock Dreischengarten bei 17 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner gerade einmal bei einem Drittel des Schnitts aller Großblöcke. Auch die Zahl der Doppelstaatler und der Ausländer liegt deutlich bis leicht unter dem Hagener Schnitt.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

515, Unter dem Rodufer	0	-50%
521, Zum Kahlen Berg	0	-50%
522, Auf dem Hövel	10,50%	-3,10%
523, Dreischengarten	11,90%	2,60%
524, Berchumer Heide	0	-50%
525, Tiefendorf	0	-50%
526, Auf dem Burhof	10,50%	-1,50%

HzL-Empfänger je 1000 EW

515, Unter dem Rodufer	0
521, Zum Kahlen Berg	0
522, Auf dem Hövel	17
523, Dreischengarten	2
524, Berchumer Heide	0
525, Tiefendorf	0
526, Auf dem Burhof	3

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

515, Unter dem Rodufer	0	0
521, Zum Kahlen Berg	0	0
522, Auf dem Hövel	8	5
523, Dreischengarten	5	3,1
524, Berchumer Heide	0	0
525, Tiefendorf	0	0
526, Auf dem Burhof	14	7,8

Fazit: Die Berchumer haben ein deutlich unterdurchschnittliches Armutsrisiko.

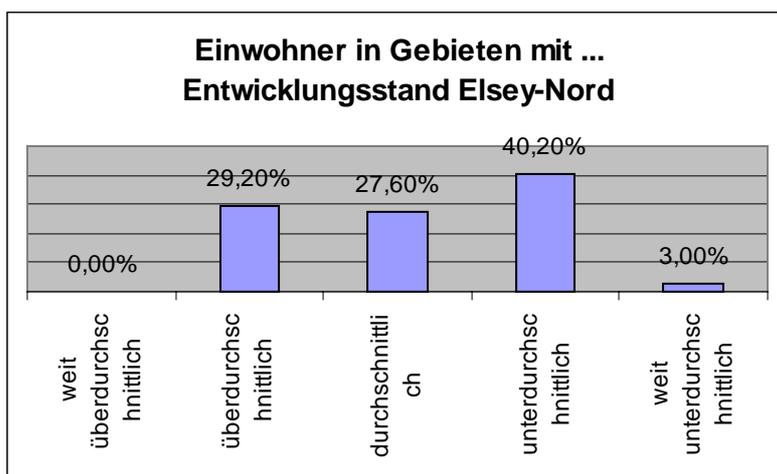
13.2. Wohnbezirk Elsey-Nord

Die 6.564 Bewohner des Elseyer Nordens sind im Schnitt mit 44,5 Jahren etwas älter als alle Hagener.

Der Ausländeranteil beträgt hier 14,5%.

Von Arbeitslosigkeit betroffen sind 9,3% der potentiell Erwerbstätigen, 1,6% weniger als in Hagen. Sozialhilfe beziehen 2,6%, aber zu 63% Frauen und wieder viele Minderjährige, aber mit 19,7% nur im Vergleich wenige Ausländer.

Je Einwohner stehen 35,1 qm Wohnfläche zur Verfügung, 2,3 qm weniger als in Hagen.



Mit 40,2% lebt eine relative Mehrheit in Gebieten mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand, weitere 3% müssen sich mit einem weit unterdurchschnittlichen Entwicklungsstand begnügen. Dagegen leben 27,6% in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand und 29,2% in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

1998 verdienten die nördlichen Elseyer je Steuerfall 29.350 € etwa 3.000 € weniger als im Schnitt der Wohnbezirke, Platz 22.

In den fünf Großblöcken des Wohnbezirks leben zwischen 9,5 und 27,1% alleinerzogene Kinder und Jugendliche. Deutlich überdurchschnittlich sind sie nur in dem Großblock Im Spieck vertreten. Im Großblock Trappenweg sind sie mit 20,8% nur leicht überdurchschnittlich, ansonsten unterdurchschnittlich vertreten.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

551, Im Spieck	27,10%	9,50%
552, Im Stift	9,50%	-3,50%
553, Gotenweg	17,40%	-3,50%
554, Königsberger Straße	14%	-8,20%
555, Trappenweg	20,80%	5,70%

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner liegt in allen Großblöcken des Elseyer Nordens unter dem Schnitt aller Großblöcke. Im Großblock Gotenweg liegt ihr Anteil mit 50 Personen nur 2,5 Personen unter dem Schnitt aller Großblöcke. Schon im Großblock Im Spieck sind es nur noch 34 Personen.

HzL-Empfänger je 1000 EW

551, Im Spieck	34
552, Im Stift	28
553, Gotenweg	50
554, Königsberger Straße	23
555, Trappenweg	16

Der höchste Ausländeranteil mit 8,5% liegt in jenem Großblock, der auch den höchsten Sozialhilfeempfängeranteil hat.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

551, Im Spieck	22	6,7
552, Im Stift	11	3,9
553, Gotenweg	22	8,5
554, Königsberger Straße	19	5,5
555, Trappenweg	25	12

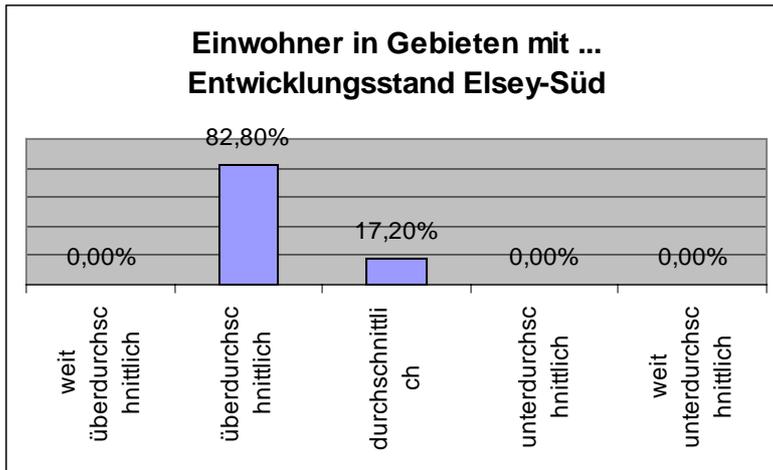
Fazit: Im Norden Elseys gibt es ein eher geringeres Armutsrisiko, selbst im „riskantesten“ Großblock ist das Armutsrisiko eher durchschnittlich.

13.3. Wohnbezirk Elsey-Süd

Die 3.693 südlichen Elseyer sind im Schnitt mit 44,7 Jahren etwas älter alle Hagener. Der Ausländeranteil beträgt gerade 6%. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind 6,6% und von Sozialhilfe leben müssen 1,6%. Entsprechend steht den Menschen dort eine Wohnfläche je Einwohner von 42 qm, also 4,6 qm mehr als in Hagen, zur Verfügung

Auch der Wohnwert ist recht hoch: 82,8% der südlichen Elseyer leben in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand, die restlichen 17,2% in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand.

Mit 42.800 €je Steuerfall verdienten die südlichen Elseyer fast 10.000 €mehr als im Schnitt der Hagener Wohnbezirke verdient wurde, Platz 6 der Hagener Wohnbezirke.



Sowohl die Zahl der Alleinerzogenen, als auch der Ausländer und Doppelstaatler liegt um die Hälfte bis ein Drittel niedriger als im Schnitt der Hagener Großblöcke. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger beträgt etwa nur ein Fünftel des Hagener Anteils.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

556, Am Hange	13,10%	1,10%
558, Lievinstraße	17,70%	1,50%

HzL-Empfänger je 1000 EW

556, Am Hange	9
558, Lievinstraße	10

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

556, Am Hange	10	6,9
558, Lievinstraße	12	6,7

Fazit: Im südlichen Elsey existiert ein deutlich unterdurchschnittliches Armutsrisiko

13.4. Wohnbezirk Holthausen

Die 1.895 Holthausener sind mit im Schnitt 42,1 Jahren etwas jünger als alle Hagener.

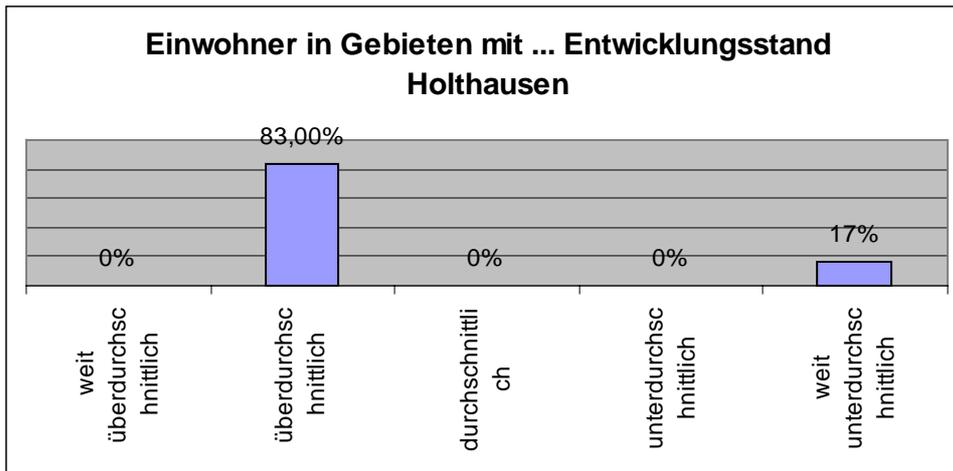
Der Ausländeranteil beträgt gerade einmal 5 %.

Von Arbeitslosigkeit betroffen sind 5,1% der Holthausener, Sozialhilfe beziehen 0,9%, dies sind 18 Personen.

Mit 39,8 qm je Einwohner stehen den Holthausern 2,4 qm mehr zur Verfügung als dem Schnitt aller Hagener.

83% der Holthausener leben in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Aber 322, dies sind 17%, auch in solchen mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.



In keinem anderen Hager Wohnbezirk wurde 1998 so viel verdient wie in Holthausen: Je Steuerfall wurden 46.400 € versteuert.

In den beiden bewertbaren Großblöcken Holthausen und Sundernstraße lag die Zahl der Alleinerzogenen unter dem Schnitt. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger liegt ausgesprochen niedrig. Auch der Ausländeranteil liegt deutlich unter dem Schnitt. Nur im Großblock Sundernstraße gibt es mit 20% einen durchschnittlichen Wert Doppelstaatler und Ausländer, ein Hinweis auf viele eingebürgerte und integrierte Menschen nicht deutscher Herkunft, zumal es hier nur einen Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner gibt.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

503, Friedhof Holthausen	0	-50%
504, Holthausen	15%	5,50%
534, Sundernstraße	9,50%	-7,70%

HzL-Empfänger je 1000 EW

503, Friedhof Holthausen	0
504, Holthausen	12
534, Sundernstraße	1

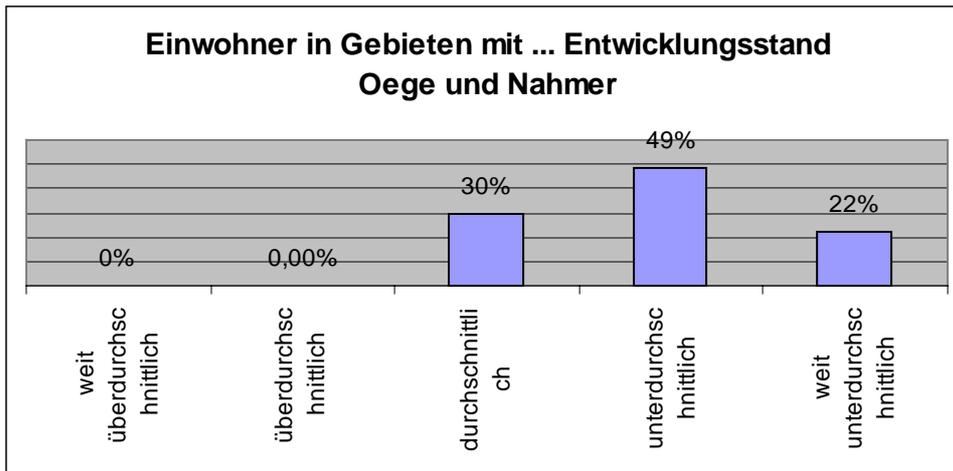
Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

503, Friedhof Holthausen	0	0
504, Holthausen	6	3,8
534, Sundernstraße	20	5

Fazit: Die Holthausener haben ein deutlich niedrigeres Armutsrisiko.

13.5. Wohnbezirk Oege und Nahmer

Die 5.372 Menschen, die entlang Hagens östlicher Stadtgrenze leben, sind im Schnitt mit 41,0 Jahren jünger als alle Hagerer. Der Ausländeranteil ist mit 24,9% recht hoch. Mit 34,1 qm je Einwohner steht den Menschen in diesen industriell geprägten Bezirken recht wenig Wohnfläche zur Verfügung, 3,4 qm weniger als in ganz Hagen oder Platz 32.



Mehrheitlich leben die Menschen hier in Gebieten mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand, nämlich 48,6%, weitere 21,8% leben in den Bezirken mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand. Die restlichen 29,6% haben es mit einem durchschnittlichen Entwicklungsstand zu tun.

Trotzdem sind etwas weniger Menschen als in Hagen von Arbeitslosigkeit betroffen, 9,8%, und „nur“ 3,5% leben von Sozialhilfe.

Im Wohnbezirk Oege und Nahmer wurde leicht unterdurchschnittlich verdient. Die Bewohner dieses Stadtbezirkes versteuerten 1998 je Steuerfall im Schnitt 30.500 € nicht ganz 2.000 € weniger als im Schnitt der Wohnbezirke Hagens, immerhin noch Rang 19 im Vergleich der 39 Hagener Wohnbezirke.

In den sechs bewertbaren Großblöcken des Wohnbezirks Oege und Nahmer liegt der Anteil der Alleinerzogenen in fünf Großblöcken im Schnitt oder unter dem Schnitt der Hagener Großblöcke, lediglich im Großblock Niederstraße liegt dieser Anteil mit 31,2% sehr hoch, im Hager Vergleich Platz 12. Im selben Großblock ist auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner mit 83 Personen überdurchschnittlich hoch, Platz 52 im Vergleich der Hagener Großblöcke und der zweithöchste Anteil in Hohenlimburg. In den anderen Großblöcken liegt dieser Anteil unter dem Durchschnitt, wenn auch im Großblock Obernahmer mit 48 nur 4,5 Personen.

Der Ausländeranteil liegt in allen Großblöcken unter dem Schnitt der Hagener Großblöcke von 8,9%. Jedoch liegt der Anteil der Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern in den Großblöcken Niederstraße mit 44%, Am Sonnenberg mit 40% und Obernahmer mit 39% deutlich über dem Schnitt, immerhin die Plätze 16, 23 und 25.

Auch dies ist ein Hinweis auf viele, lang in Deutschland lebende und zumindest über die Staatsbürgerschaft integrierte Menschen mit Migrationshintergrund.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

561, Am Falkenhof	0	-50%
562, Am Sonnenberg	12,70%	0,80%
563, Niederstraße	31,20%	4,30%
581, An der Stahlschmiede	15,70%	3,90%
582, Obernahmer	17,50%	-2%
583, Wilhelmstraße	20%	5,70%
584, Nahmerbach	9,10%	-2%
585, Nahmertal	0	-50%

HzL-Empfänger je 1000 EW

561, Am Falkenhof	0
562, Am Sonnenberg	23
563, Niederstraße	83
581, An der Stahlschmiede	19
582, Obernahmer	48
583, Wilhelmstraße	43
584, Nahmerbach	28
585, Nahmertal	0

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

561, Am Falkenhof	0	0
562, Am Sonnenberg	40	7,8
563, Niederstraße	44	5,6
581, An der Stahlschmiede	18	7,2
582, Obernahmer	39	5,9
583, Wilhelmstraße	17	7,5
584, Nahmerbach	26	7,9
585, Nahmertal	0	0

Fazit: Etwas überraschend haben die Bewohner Oeges und der Nahmer ein etwas geringeres Armutsrisiko als alle Hagener. Dies scheint auf die über die Arbeit erfolgte Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zurückzuführen sein.

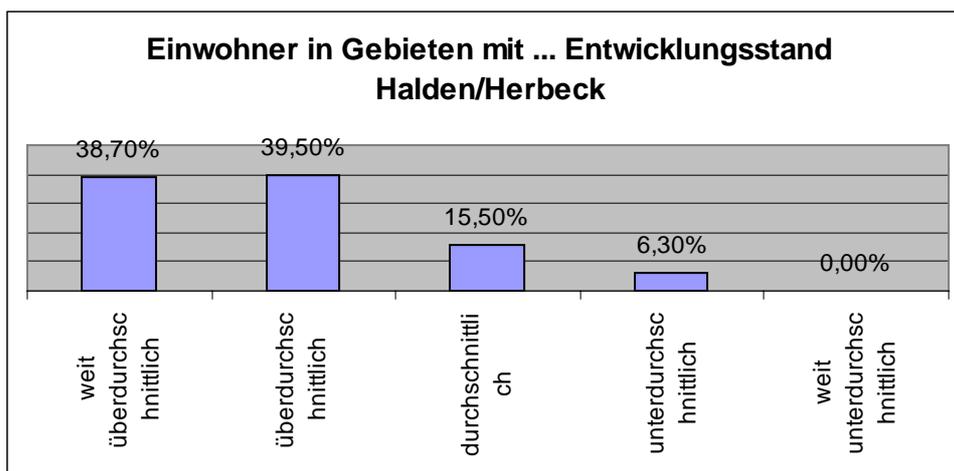
Nur im Großblock Niederstraße liegt das Armutsrisiko deutlich höher als in Hagen insgesamt.

13.6. Wohnbezirk Halden und Herbeck

Die 3.608 Haldener und Herbecker sind im Schnitt mit 41,5 Jahren etwas jünger als alle Hagener. Wobei die Kinder bis 5 Jahren und die jüngeren Erwachsenen von 20 bis 39 Jahren unterrepräsentiert sind, während die Schulkinder, die Jugendlichen und die Mittelalten von 40 bis 59 Jahren überrepräsentiert sind. Die Gruppen ab 60 sind wieder unterrepräsentiert. In Zusammenhang mit dem Fakt, dass 19% der Wohnungen nach 1990 gebaut wurden und dem mit 24% hohen Anteil an Haushalten von 4 und mehr Personen, weist dies auf einen Zuzug von jungen Familien in Neubaugebieten in jüngerer Zeit hin.

Menschen ohne deutschen Pass haben in Halden und Herbeck lediglich einen Anteil von 4,9% an der Gesamtbevölkerung. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind anteilig weniger als die Hälfte als in Hagen, 5,2% zu 10,9%. Von Sozialhilfe müssen 1,5% leben.

Je Einwohner stehen 43,1 qm Wohnfläche zur Verfügung (Platz fünf im Vergleich der Wohnbezirke) und die durchschnittliche Wohnungsgröße beträgt mit 91,4 qm 17,7 qm mehr als in Hagen.



6,3% der Menschen Haldens und Herbecks leben in Gebieten mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand, weitere 15,5% leben in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, 39,5% in solchen mit überdurchschnittlichem und 38,7% in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

In den sieben bewertbaren Großblöcken liegt der Anteil Alleinerzogener lediglich in zwei Großblöcken, Kleingärten Lennestraße und Taunusstraße, mit 20,3% 1% über dem Schnitt der Hagener Großblöcke. Ansonsten liegt der Anteil deutlich unter dem Schnitt.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

471, Kleingärten Lennestraße	20,30%	-2,60%	Der Sozialhilfeempfängeranteil in Halden und Herbeck ist sehr niedrig. Nur im Großblock Kleingärten Lennestraße beträgt er 142 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner, ein auch im gesamtstädtischen Vergleich hoher Wert. Nur 12 weitere Großblöcke haben einen höheren Sozialhilfeempfängeranteil. In diesem Großblock leben auch für Halden und Herbeck überdurchschnittlich viele
472, Bungstockstraße	6,90%	-4,80%	
473, Taunusstraße	20,30%	-7,30%	
474, Odenwaldstraße	13,60%	6,10%	
475, Werkzeugstraße	0	-50%	
476, Rüggeweg	6,20%	-6,70%	
481, Unterberchum	0	-50%	
482, Gründelbusch	0	-50%	
483, Lenneau Berchum	0	-50%	
484, Dolomitwerke	0	-50%	
485, Walzenstraße	0	-50%	
491, Sudfeld	0	-50%	
492, Gut Herbeck	7,70%	-12,80%	
493, Sennbrink	12%	2,70%	
494, Donnerkuhle	0	-50%	
495, Autobahnkreuz Hagen	0	-50%	

Menschen mit Migrationshintergrund. Doppelstaatler und Ausländer sind hier 47%, „nur“ Ausländer 29,1%. Einen höheren Ausländeranteil gibt es nur noch im Großblock Brockhausen. Auch für den Anteil Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern reicht es noch für Platz 13.

HzL-Empfänger je 1000 EW

471, Kleingärten Lennestraße	142
472, Bungstockstraße	9
473, Taunusstraße	1
474, Odenwaldstraße	4
475, Werkzeugstraße	0
476, Rüggeweg	3
481, Unterberchum	0
482, Gründelbusch	0
483, Lenneau Berchum	0
484, Dolomitwerke	0
485, Walzenstraße	0
491, Sudfeld	0
492, Gut Herbeck	51
493, Sennbrink	2
494, Donnerkuhle	0
495, Autobahnkreuz Hagen	0

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

471, Kleingärten Lennestraße	47	29,1
472, Bungstockstraße	10	6,3
473, Taunusstraße	10	4,6
474, Odenwaldstraße	7	3,8
475, Werkzeugstraße	0	0
476, Rüggeweg	6	5
481, Unterberchum	0	0
482, Gründelbusch	0	0
483, Lenneau Berchum	0	0
484, Dolomitwerke	0	0
485, Walzenstraße	0	0
491, Sudfeld	0	0
492, Gut Herbeck	19	7,2
493, Sennbrink	6	3
494, Donnerkuhle	0	0
495, Autobahnkreuz Hagen	0	0

Fazit: In Halden und Herbeck existiert prinzipiell nur ein geringes Armutsrisiko. Dies gilt in keiner Weise für den Großblock Kleingärten Lennestraße. Hier existiert ein – auch im städtischen Vergleich – deutlich überdurchschnittliches Armutsrisiko.

13.7. Wohnbezirk Henkhausen/Reh

In Henkhausen und Reh leben 6.219 Menschen, die mit 41,1 Jahren im Schnitt etwas jünger als alle Hagener sind.

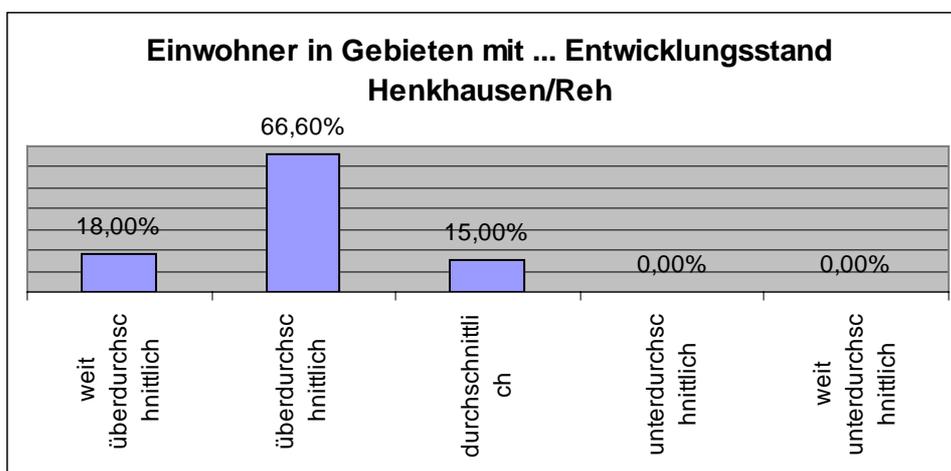
Hier leben anteilig mehr Kinder und Jugendliche als im Rest Hagens, worauf auch die überdurchschnittlich hohe Zahl von Haushalten mit 3 oder 4 und mehr Personen hinweist.

Der Ausländeranteil liegt mit 12,8% 1% unter dem Durchschnitt.

Mit 9% sind 1,9% potenziell Erwerbstätige weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als in Hagen, die Sozialhilfequote liegt mit 5,9% etwa 0,4% unter dem Schnitt. Erschreckend ist hier der hohe Anteil minderjähriger Sozialhilfeempfänger, die 50,5% aller Sozialhilfeempfänger ausmachen.

Die Bewohner des Bezirks versteuerten 1998 mit 34.750 € je Steuerfall über 2.000 € mehr als im Schnitt der Hagener Wohnbezirke, Platz 12.

Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner liegt bei 35,6 qm und damit 1,8 qm unter dem städtischen Schnitt. Auch hier verweist die überdurchschnittliche Wohnungsgröße von 86,5 qm auf viele Familien.



In Henkhausen und Reh lebt es sich recht gut. 15% der Menschen wohnen in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, genau zwei Drittel, 66%, in solchen mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand und weitere 18,4% in solchen mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Auch wenn der Anteil Alleinerzogener im Großblock Bauhof Hohenlimburg mit 36,4% immerhin der viertgrößte Anteil der Hagener Großblöcke ist, liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner mit 20 hier um deutlich mehr als die Hälfte unter dem Hagener Schnitt. In den anderen bewertbaren Großblöcken ist der Anteil der Alleinerzogenen mit 11,8 bis 17,6% unterdurchschnittlich.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

531, Spannstiftstraße	0	-50%
532, Am Paulshof	0	-50%
533, Bauhof Hohenlimburg	36,40%	9,30%
541, Freibad Henkhausen	12,20%	0,70%
542, Reher Heide	0	-50%
543, Am Kronocken	0	-50%
544, Im Kirchenberg	17,40%	7,30%
545, Am Schellbrink	11,80%	-0,40%
546, Mozartstraße	17,60%	2,50%

Der Anteil der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner beträgt in den bewertbaren Großblöcken 2 bis 20 Personen. Lediglich im Großblock Mozartstraße leben 123 von 1.000 Einwohnern von Sozialhilfe, Platz 24 im Vergleich der Großblöcke und der höchste Anteil im Stadtbezirk Hohenlimburg. In der Mozartstraße liegt denn auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund besonders hoch. 47% sind hier Doppelstaatler oder Ausländer und 24,6% Ausländer. Bei den Doppelstaatlern und Ausländern bedeutet dies Platz 13, bei den Ausländern Platz fünf im Vergleich der Großblöcke.

HzL-Empfänger je 1000 EW

531, Spannstiftstraße	0
532, Am Paulshof	0
533, Bauhof Hohenlimburg	20
541, Freibad Henkhausen	9
542, Reher Heide	3
543, Am Kronocken	2
544, Im Kirchenberg	17
545, Am Schellbrink	2
546, Mozartstraße	123

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

531, Spannstiftstraße	0	0
532, Am Paulshof	0	0
533, Bauhof Hohenlimburg	21	6,5
541, Freibad Henkhausen	5	2,7
542, Reher Heide	6	3,3
543, Am Kronocken	9	6,6
544, Im Kirchenberg	23	7,4
545, Am Schellbrink	8	5,4
546, Mozartstraße	47	24,6

Fazit: In Henkhausen und Reh gibt es ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko, jedoch gilt dies nicht für den Großblock Mozartstraße. Hier ist das Armutsrisiko deutlich erhöht.

13.8. Wohnbezirk Hohenlimburg-Zentrum und Wesselbach

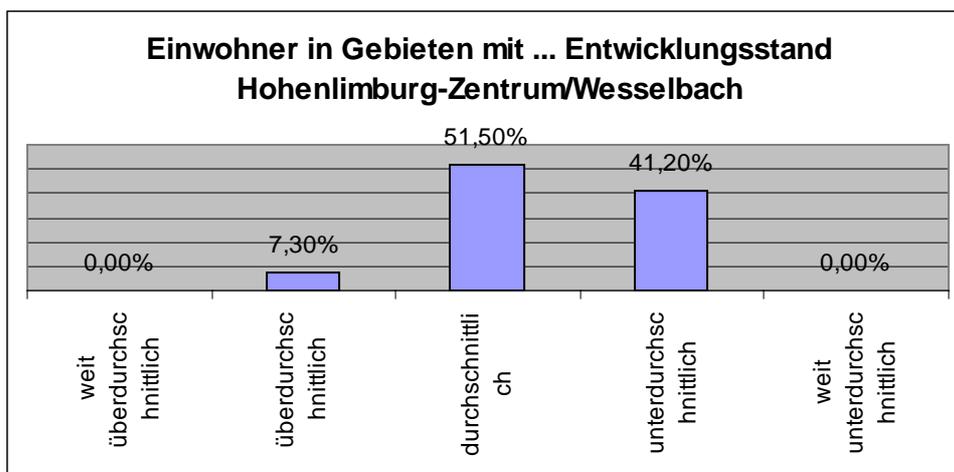
Die 3.640 Hohenlimburg rund ums Schloss und im Zentrum sind im Schnitt mit 41,7 Jahren etwas jünger als alle Hagener.

Je Steuerfall wurden hier 1998 etwa 2.000 € mehr versteuert als im städtischen Schnitt, nämlich 34.450 €, Platz 13.

Mit einem Anteil von 16,2% leben hier mehr Ausländer als im städtischen Schnitt.

(18,7% der Sozialhilfeempfänger sind in diesem Wohngebiet Ausländer, eine ungewöhnlich niedrige Quote).

Von Arbeitslosigkeit sind die Menschen unterm Schloss mit 7,7% etwas weniger betroffen als in Hagen, auch die Sozialhilfequote liegt mit 3,7% unter der Hagener Quote.



Eine Mehrheit der Menschen lebt in Wohngebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, nämlich 51,5%. 7,3% haben ihre Wohnung in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand und die restlichen 41,2% müssen mit einem unterdurchschnittlichen Entwicklungsstand zufrieden sein. Mit 38,9 qm je Einwohner stehen den Menschen unterm Schloss 1,5 qm mehr zur Verfügung als den Hagenern insgesamt. Der Anteil der Alleinerzogenen im Wohnbezirk liegt im mittleren Bereich zwischen 12,5 und 23,7%.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

557, Kaufmannschule II	19,60%	4,10%
571, Fabrikstraße	14,80%	2,80%
572, Jahnstraße	23,70%	13,70%
573, Freiheitstraße	17,80%	4,10%
574, Unterm Hagen	20,10%	5,20%
575, Röhrenweg	0,00%	-50%
576, Am Dubberg	12,50%	-2,10%

Der Anteil der Sozialhilfeempfänger liegt in allen Großblöcken unter dem Schnitt. In dem Großblock mit dem höchsten Anteil an Alleinerzogenen, der Jahnstraße, liegt auch der mit 49 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner höchste Sozialhilfeanteil im Wohnbezirk. In den beiden Großblöcken mit den nächst höchsten Zahlen, der Freiheitstrasse mit 40 und Unterm Hagen mit 38 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner, liegt der Anteil der Doppelstaatler und Ausländer mit jeweils 26% leicht über dem Schnitt der Großblöcke von 20,5%.

Ansonsten liegen diese Quoten, aber auch der reine Ausländeranteil in allen Großblöcken unter dem Schnitt der Hagener Großblöcke.

HzL-Empfänger je 1000 EW

557, Kaufmannschule II	23
571, Fabrikstraße	35
572, Jahnstraße	49
573, Freiheitstraße	40
574, Unterm Hagen	38
575, Röhrenweg	0
576, Am Dubberg	1

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

557, Kaufmannschule II	13	5,8
571, Fabrikstraße	13	4,6
572, Jahnstraße	18	5,5
573, Freiheitstraße	26	6,8
574, Unterm Hagen	26	4,9
575, Röhrenweg	0	0
576, Am Dubberg	9	4,3

Fazit: Im Hohenlimburger Zentrum und in der Wesselbache existiert ein etwas geringeres Armutsrisiko als in Hagen.

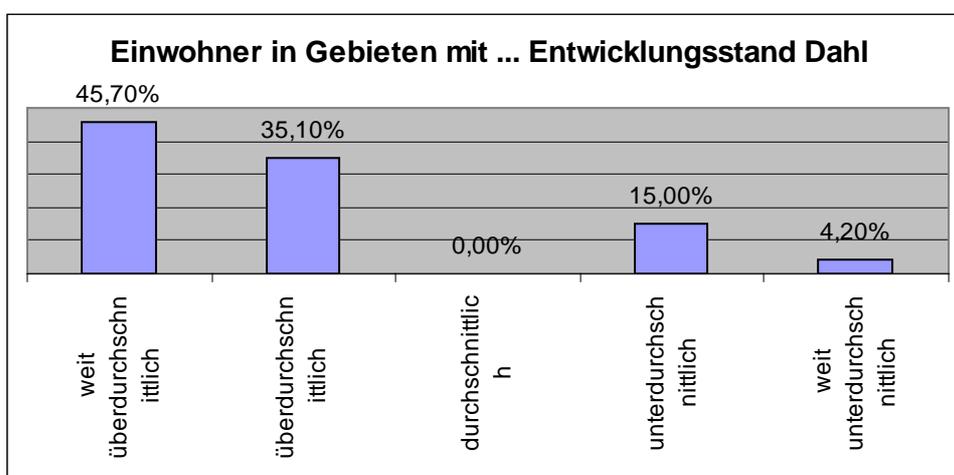
14. Stadtbezirk Hagen-Süd

14.1. Wohnbezirk Dahl

Die 2.928 Dahler sind mit 44,8 Jahren im Schnitt zwei Jahre älter als alle Hagener. Dahl gehört zu jenen Stadtteilen, in denen die Altersgruppen der unter 40jährigen unterrepräsentiert sind, während die Gruppen der Älteren überrepräsentiert sind.

Mit 8,7% ist der Ausländeranteil in Dahl um 5,1% niedriger als in Hagen.

Mit einer Betroffenheitsquote von 5,2% ist die Arbeitslosigkeit in Dahl um mehr als die Hälfte geringer als in Hagen. Die Sozialhilfequote beträgt 1,4%, betroffen sind gerade einmal 41 Personen.



Eine deutliche Mehrheit der Dahler lebt in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand (45,7%) und mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand (35,1%). Durchschnittlich lebt hier niemand, während 15% in Gebieten mit unterdurchschnittlichem und 4,2% in solchen mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand leben.

Die je Einwohner zur Verfügung stehende Wohnfläche liegt mit 41,2 qm deutliche 3,8 qm über dem Hagener Durchschnitt. Dies macht im Vergleich der Hagener Wohnbezirke Platz 9. 1998 wurde in Dahl recht gut verdient: Je Steuerfall wurden 41.000 € verdient, fast 9.000 € mehr als im Schnitt der Wohnbezirke, Platz 9 im Vergleich der Hagener Wohnbezirke.

Von den drei bewertbaren Großblöcken liegt lediglich der Großblock Finking mit 21,5% alleinerzogenen Minderjährigen leicht über dem Durchschnitt aller Großblöcke. Die beiden anderen Großblöcke Hoffnungstaler Straße und Schliggenstraße liegen um etwa die Hälfte niedriger als der Schnitt der Hagener Großblöcke, der eine etwas mehr, der andere etwas weniger.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

312, Marienhof	0	-50%
313, Klinik Ambrock	0	-50%
591, Stube	0	-50%
592, Hunsdiek	0	-50%
593, Bölling	0	-50%
594, Selkinghausen	0	-50%
601, Hoffnungstaler Straße	8,20%	-2,90%
602, Finking	21,50%	9,60%
603, Schliggenstraße	11,60%	-3,60%
604, Bietinghausen	0	-50%

Alle vier bewertbaren Großblöcke Dahls liegen überwiegend deutlich unter dem Schnitt aller Hagener Großblöcke, nur der Großblock Finking liegt mit 43 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohnern nur 9,5 Personen unter dem Schnitt. Dies bedeutet im Vergleich der Großblöcke Platz 90.

HzL-Empfänger je 1000 EW

312, Marienhof	0
313, Klinik Ambrock	0
591, Stube	0
592, Hunsdiek	7
593, Bölling	0
594, Selkinghausen	0
601, Hoffnungstaler Straße	16
602, Finking	43
603, Schliggenstraße	6
604, Bietinghausen	0

Ausländer und Doppelstaatler sind in Dahl deutlich unterrepräsentiert. Lediglich im Großblock Finking sind die Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern mit 43% mehr als doppelt so stark vertreten wie im Hagener Schnitt, dies bedeutet immerhin Platz 18. Dagegen liegt die Zahl der Ausländer mit 3,7% in diesem Bezirk mehr als 50% unter dem Schnitt.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

312, Marienhof	0	0
313, Klinik Ambrock	0	0
591, Stube	0	0
592, Hunsdiek	0	0
593, Bölling	0	0
594, Selkinghausen	0	0
601, Hoffnungstaler Straße	7	4,3
602, Finking	43	3,7
603, Schliggenstraße	5	2,7
604, Bietinghausen	0	0

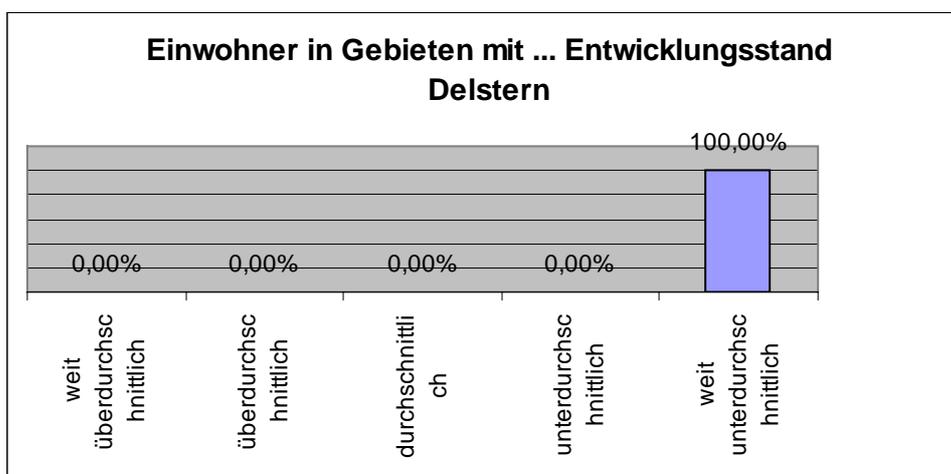
Fazit: Das Armutsrisiko in Dahl ist deutlich kleiner als in Hagen. Lediglich im Großblock Finking gibt es einige „Armutinseln“.

14.2. Wohnbezirk Delstern

Die 1.462 Delsterner sind im Schnitt mit 41,6 Jahren etwas über ein Jahr jünger als die Hagener insgesamt. Mit 7,8% liegt der Ausländeranteil 5% unter dem Hagener Durchschnitt. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind 11,3% der potenziell erwerbstätigen Delsterner und damit 0,4% mehr als die Hagener im Schnitt, auch die Sozialhilfequote liegt mit 9% etwa 2,7% über dem Schnitt.

1998 versteuerten die Bewohner Delsterns je Steuerfall im Schnitt 26.700 € über 5.500 € weniger als im Schnitt aller Wohnbezirke oder Platz 30.

Den Einwohnern stehen mit 39,1 qm je Person etwa 1,5 qm mehr als in Hagen zur Verfügung. Delstern gilt insgesamt als Gebiet mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.



Insbesondere im Großblock Staplackstraße ist der Anteil alleinerzogener Minderjähriger deutlich höher als im Schnitt. 36,2% bedeuten hier Platz 5 im Vergleich der Hagener Großblöcke. Der zweite bewertbare Großblock liegt mit 23,3% nur 3% über dem Schnitt.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

311, Staplackstraße	36,20%	14,20%
314, Hampe	0	-50%
315, Im Werth	23,30%	0,20%
505, Waterhövel	0	-50%

Umgekehrt sieht das Verhältnis bei den Sozialhilfeempfängern aus. Hier liegt im Großblock Im Werth der Anteil der Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohnern mit 135 deutlich über demselben Anteil im Großblock Staplackstraße mit 70. Jedoch liegen beide Großblöcke über dem Hagener Schnitt. Der Großblock Im Werth liegt auf dem 19. Platz und der Großblock Staplackstraße auf dem 60. Platz.

HzL-Empfänger je 1000 EW

311, Staplackstraße	70
314, Hampe	0
315, Im Werth	135
505, Waterhövel	0

Der Anteil der Ausländer, aber auch der Anteil der Ausländer zusammen mit den Doppelstaatlern, liegt im Großblock Im Werth fast genau so hoch wie im Schnitt aller Hagener Großblöcke, die entsprechenden Anteile liegen im Großblock Staplackstraße etwa ein Drittel geringer als im Schnitt der Hagener Großblöcke.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

311, Staplackstraße	13	6,1
314, Hampe	0	0
315, Im Werth	20	8,9
505, Waterhövel	0	0

Fazit: Das Armutsrisiko liegt in Delstern überdurchschnittlich hoch.

14.3. Wohnbezirk Eilpe-Nord

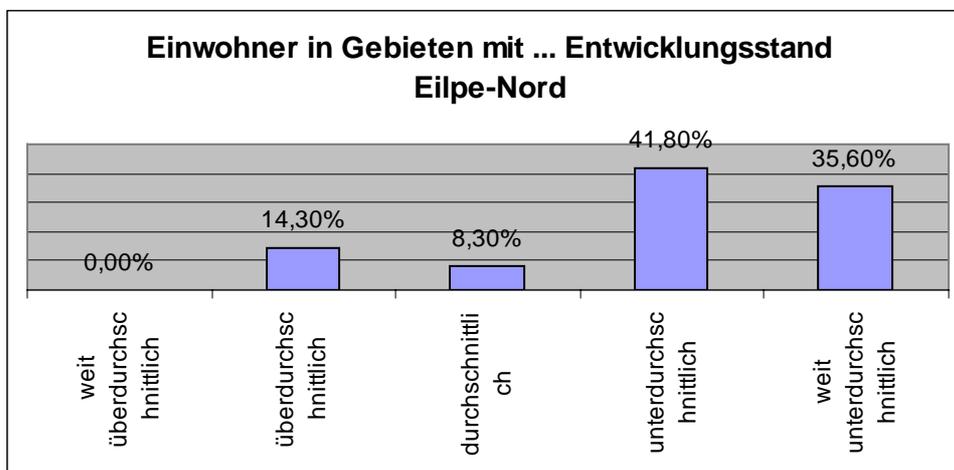
Die 5.536 Einwohner des Eilper Nordens sind im Schnitt mit 42,4 Jahren nur 4 Monate jünger als der Schnitt aller Hagener.

Mit geringen Abweichungen entsprechen die Quoten der verschiedenen Altersgruppen auch den Hagener Quoten.

Der Ausländeranteil liegt mit 14,3% 0,5% über dem Hagener Schnitt. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind 14,4% der potentiell erwerbsfähigen Bewohner des Bezirks und damit 3,5% mehr als im Hagener Schnitt. Auch Sozialhilfeempfänger gibt es mit 9,7% etwa 3,4% mehr als im Hagener Schnitt.

47% der Haushalte sind Single-Haushalte, 7% mehr als in Hagen. Entsprechend sind die Mehrpersonenhaushalte, also die Familien, unterrepräsentiert.

Obwohl die durchschnittliche Wohnungsgröße mit 65,9 qm 8,2 qm unter dem Hagener Schnitt liegt, steht je Einwohner mit 39,2 qm 1,8 qm mehr Wohnfläche als in Hagen insgesamt zur Verfügung. Dies dürfte dem hohen Singleanteil geschuldet sein.



Die Mehrheit (41,8%) der nördlichen Eilper leben in Gebieten mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand, weitere 35,6% in solchen mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand, durchschnittlich leben 8,3% und in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand leben weitere 14,3%. Dementsprechend lebt niemand in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Das versteuerte Durchschnittseinkommen je Steuerfall betrug 1998 26.150 €, über 6.000 € weniger als im Schnitt der Hagener Großblöcke oder Platz 32.

Der Anteil alleinerzogener Kinder beträgt in den sieben Großblöcken des Wohnbezirks zwischen 12,7% und 31,7%. Deutlich überdurchschnittlich liegen hier die Großblöcke Kniestraße (Platz 9), Staudenweg (Platz 14) und Flurstraße (Platz 18).

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

171, Staudenweg	30%	12,50%
172, Flurstraße	28,80%	5,50%
173, Kniestraße	31,70%	10%
174, Hasselstraße	22,90%	8,90%
175, Felsenstraße	23,20%	4,20%
176, Hubertusstraße	12,70%	-6,80%
177, Eilper Hangstieg	25,80%	2%

Zwei der sieben Großblöcke liegen unter dem Sozialhilfeschnitt der Hagener Großblöcke, einer, Hubertusstraße mit 30 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, deutlich, ein zweiter, die Hasselstraße mit 51 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, knapp. Den höchsten Sozialhilfeempfängeranteil mit 150 je 1.000 Einwohner hat der Großblock Flurstraße, im Vergleich der städtischen Großblöcke Platz 9, es folgt der Großblock Staudenweg mit 126 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner, Platz 23, der Großblock Kniestraße mit 112 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, Platz 29, der Großblock Felsenstraße mit 90 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, Platz 45 und der Großblock Eilper Hangstieg mit 87 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, Platz 48.

HZL-Empfänger je 1000 EW

171, Staudenweg	126
172, Flurstraße	150
173, Kniestraße	112
174, Hasselstraße	51
175, Felsenstraße	90
176, Hubertusstraße	30
177, Eilper Hangstieg	87

Wie zu erwarten liegt der Ausländeranteil mit und ohne Doppelstaatler im Eilper Norden leicht unterdurchschnittlich bis deutlich überdurchschnittlich, auch wenn die Rekordzahlen des Hauptbahnhofs, der Villa Post oder des Hasper Zentrums nirgends auch nur annähernd erreicht werden.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

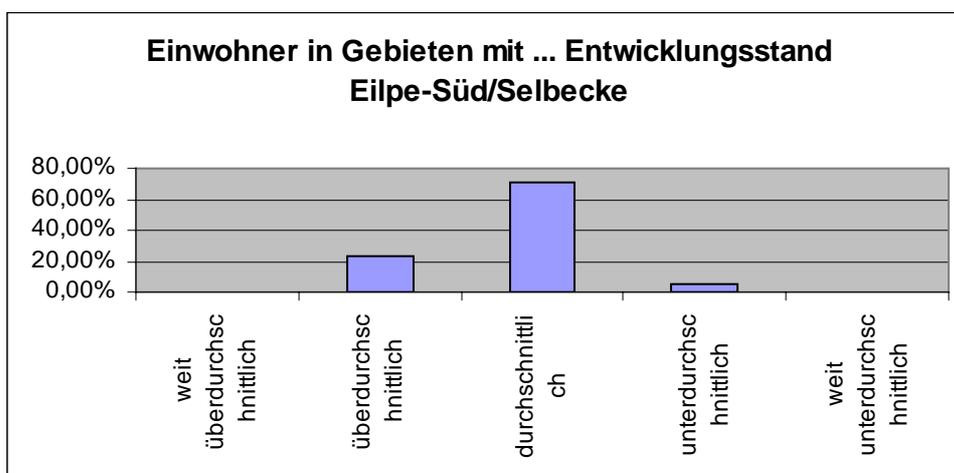
171, Staudenweg	24	13,2
172, Flurstraße	33	12
173, Kniestraße	31	12,2
174, Hasselstraße	17	8,6
175, Felsenstraße	22	7
176, Hubertusstraße	11	7,5
177, Eilper Hangstieg	20	9,2

Fazit: Das Armutsrisiko ist im Eilper Norden insgesamt überdurchschnittlich, nur in zwei Bezirken ist es durchschnittlich oder leicht unterdurchschnittlich.

14.4. Wohnbezirk Eilpe-Süd und Selbecke

Die 5.325 Menschen dieses Bezirks sind im Schnitt mit 43,3 Jahren etwas älter als alle Hagener.

Unterrepräsentiert sind hier die Kinder bis 14 Jahren und die jüngeren Erwachsenen von 20 bis 39 Jahren sowie die Hochbetagten, während die Jugendlichen von 15 bis 19 Jahren und die Altersgruppen der 40 bis 79 Jahren überrepräsentiert sind. Die Bewohner dieses Bezirks haben 1998 etwas unter dem Durchschnitt verdient: Je Steuerfall wurden hier 31.150 € verdient, Rang 18 im Vergleich der Hagener Großblöcke. Der Ausländeranteil ist mit 6% recht gering. Leicht unterdurchschnittlich ist der Anteil der von Arbeitslosigkeit Betroffenen mit 10,5% und der Bezieher von Sozialhilfe mit 4,8%. Die je Einwohner zur Verfügung stehende Wohnfläche ist mit 38,1 qm um 0,8 qm größer als im städtischen Schnitt.



Eine große Mehrheit der südlichen Eilper und der Selbecker lebt in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, nämlich 70,4%, weitere 23,8% leben in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand und die restlichen 5,8% müssen sich mit einem unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand begnügen. Weit über- oder unterdurchschnittlich entwickelte Gebiete gibt es hier nicht.

Lediglich in einem der sechs Großblöcke des Wohnbezirks mit verwertbaren Zahlen liegt der Anteil der alleinerzogenen Minderjährigen unter dem Hagener Schnitt, im Großblock Struckenberg. In den anderen fünf Großblöcken beträgt dieser Anteil zwischen 19,8% und 28,2%. Mit der letzten Zahl landet der Großblock Zur Höhe auf dem 23. Platz der Hagener Großblöcke. Der Großblock Aug.-H.-Francke-Schule liegt mit 25,5% noch auf dem 37. Platz.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

181, Struckenberg	17,50%	8,40%
182, Gesamtschule Eilpe	0	-50%
183, Schlössersbusch	21,80%	7,20%
184, Hohenfor	19,80%	2,60%
185, In der Welle	23,40%	0,20%
191, Aug.-H.-Francke-Schule	25,50%	7,30%
192, Eilper Berg	0	-50%
193, Freilichtmuseum	0	-50%
194, Zur Höhe	28,20%	-8,70%
195, Riegerberg	0	-50%

In zwei der sechs bewertbaren Großblöcke liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner deutlich über dem Schnitt. Im Großblock Hohenfor sind es 99 Sozialempfänger

auf 1.000 Einwohner, aber „nur“ Platz 38 im Vergleich. Im Großblock Struckenberg sind es dann 76 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner, Platz 56.

Leicht unterdurchschnittlich sind die Großblöcke Aug.-H.-Francke-Schule mit 47 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, 5,5 unter dem Schnitt, und In der Welle mit 44 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner, 8,5 unter dem Schnitt. Die Großblöcke Schlössersbusch und Zur Höhe haben dagegen recht wenig Sozialhilfeempfänger.

HzL-Empfänger je 1000 EW

181, Struckenberg	76
182, Gesamtschule Eilpe	0
183, Schlössersbusch	32
184, Hohenfor	99
185, In der Welle	44
191, Aug.-H.-Francke-Schule	47
192, Eilper Berg	0
193, Freilichtmuseum	0
194, Zur Höhe	19
195, Riegerberg	0

Der Ausländeranteil liegt im Großblock Struckenberg um das Zweieinhalbfache über dem Schnitt, dies ist der siebthöchste Anteil in Hagens Großblöcken. Dagegen liegt dort der Anteil der Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern bei lediglich 24%. Dieser geringe Anteil Doppelstaatler im Verhältnis zum Anteil der Ausländer bedarf noch einer weiteren Erklärung. Der Ausländeranteil liegt auch in den Großblöcken In der Welle, Schlössersbusch und Hohenfor deutlich über dem Hagener Schnitt, während der Anteil der Ausländer zusammen mit den Doppelstaatlern eher leicht überdurchschnittlich bis durchschnittlich ist.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

181, Struckenberg	24	22,1
182, Gesamtschule Eilpe	0	0
183, Schlössersbusch	20	14,5
184, Hohenfor	24	12,5
185, In der Welle	21	15
191, Aug.-H.-Francke-Schule	9	5,2
192, Eilper Berg	0	0
193, Freilichtmuseum	0	0
194, Zur Höhe	11	6,4
195, Riegerberg	0	0

Fazit: Die Bewohner des statistischen Bezirks Eilpe-Süd/Selbecke haben insgesamt ein leicht unterdurchschnittliches Armutsrisiko, während das Armutsrisiko in zwei Großblöcken – Struckenberg und Hohenfor - deutlich höher liegt. Dort ist auch der Ausländeranteil relativ hoch.

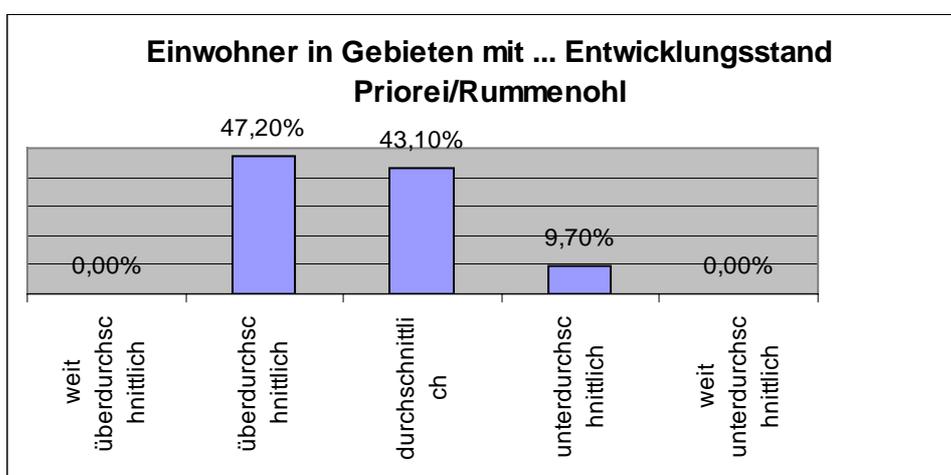
14.5. Wohnbezirk Priorei und Rummenohl

Die 2.592 Einwohner Rummenohls und Prioreis sind im Schnitt mit genau 42 Jahren etwas jünger als alle Hagener. Der Ausländeranteil beträgt 8,8%.

In Priorei und Rummenohl wird recht gut verdient. Im Schnitt versteuerten die Menschen hier 1998 je Steuerfall 36.100 € fast 4.000 € mehr als im Hagener Schnitt. Dies war das elfthöchste Durchschnittseinkommen der Hagener Bezirke.

Von Arbeitslosigkeit betroffen sind mit 7,4% im Schnitt weniger Menschen als in Hagen insgesamt. Von Sozialhilfe leben gerade 1,6% der Menschen.

Die Wohnfläche je Einwohner liegt mit 41,6 qm 4,2 qm über dem Hagener Durchschnitt. Nur die Menschen in sechs weiteren Großblöcken haben mehr Wohnfläche zur Verfügung.



Eine relative Mehrheit der Menschen hier lebt in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand (47,2%), weitere 43,1% leben in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand. Die restlichen 9,7% der Bewohner Rummenohls und Prioreis leben in Gebieten mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Die Zahl der alleinerzogenen Kinder liegt in den sechs Großblöcken mit verwertbaren Zahlen unter dem Hagener Schnitt zwischen 11,1% und 17,1%. Nur im Großblock Zur Priorlinde liegt der Anteil mit 53,1% außergewöhnlich hoch. Nach dem Vorhaller Großblock Zur Halle ist dies die höchste Hagener Quote!

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

611, Zur Priorlinde	53,10%	-50%
612, Oberkattwinkel	17,10%	2,40%
613, Am Volmeblick	0	-50%
621, Bührener Weg	15,20%	-0,10%
622, Sterbecker Tal	11,10%	-3%
623, Oelmühler Weg	16,50%	-2,40%
631, Werninghausen	0	-50%
632, Linscheid	0	-50%
633, Reckhammer	0	-50%
634, Rüggeberg	0	-50%

Ähnliches gilt auch für die Sozialhilfequote: In diesem Wohnbezirk liegt die Sozialhilfequote deutlich unter dem Schnitt, zwischen 7 und 19 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner. Nur rund um die Priorlinde leben mit 74 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner

überdurchschnittlich viele Sozialhilfeempfänger, wenn es auch „nur“ für den 58. Platz der Hagerer Großblöcke reicht.

HzL-Empfänger je 1000 EW

611, Zur Priorlinde	74
612, Oberkattwinkel	10
613, Am Volmeblick	19
621, Bührener Weg	11
622, Sterbecker Tal	12
623, Oelmühler Weg	7
631, Werninghausen	0
632, Linscheid	0
633, Reckhammer	0
634, Rüggeberg	0

Auch die Zahl der Doppelstaatler und der Ausländer ist im Wohnbezirk eher unterdurchschnittlich. Nur im Großblock Zur Priorlinde liegt die Zahl der Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern 5,5% über dem Schnitt, die Zahl der Ausländer ist dagegen knapp unterdurchschnittlich. Im Großblock Oelmühler Weg liegt dagegen die Zahl der Ausländer knapp überdurchschnittlich, die der Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern dagegen knapp unterdurchschnittlich.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

611, Zur Priorlinde	26	8,7
612, Oberkattwinkel	8	2,7
613, Am Volmeblick	0	0
621, Bührener Weg	12	1,7
622, Sterbecker Tal	15	8,1
623, Oelmühler Weg	18	9,7
631, Werninghausen	0	0
632, Linscheid	0	0
633, Reckhammer	0	0
634, Rüggeberg	0	0

Fazit: Das Armutsrisiko in Rummenohl und Priorei ist unterdurchschnittlich groß. Nur im Großblock Zur Priorlinde existieren Armutsinseln, die aus einer Kombination aus überdurchschnittlichen vielen Alleinerziehenden und aus recht vielen Menschen mit Migrationshintergrund herrühren.

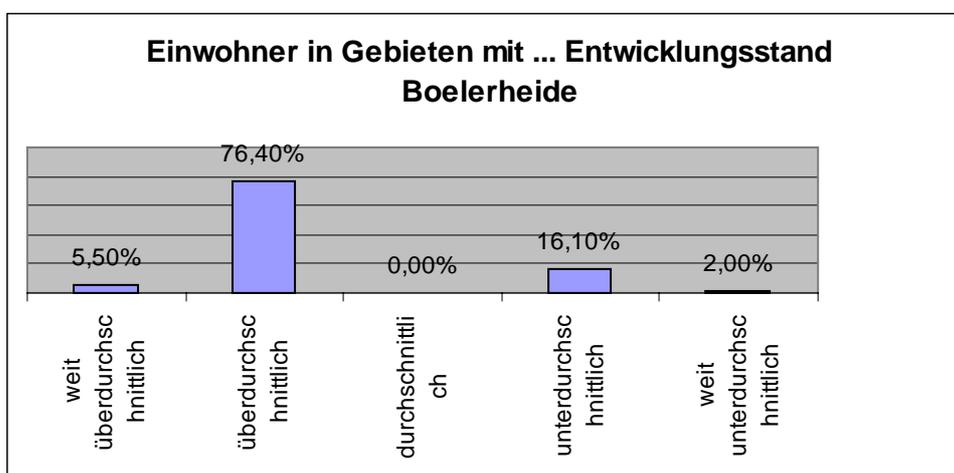
15. Stadtbezirk Hagen-Nord

15.1. Wohnbezirk Boelerheide

Auch die 7.074 Boelerheider sind im Schnitt mit 44,3 Jahren älter als alle Hagener. Leicht überrepräsentiert sind alle Altersgruppen über 40, die Jüngeren sind leicht unterrepräsentiert. Lediglich 6,9% der Boelerheider sind Ausländer.

In der Boelerheide sind mit 8,2% 2,5% Menschen weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als in Hagen. Bei der Sozialhilfe sind es 3% weniger, also 3,3% statt 6,31%.

Auch hier sind Sozialhilfeempfänger eher weiblich, minderjährig und ohne deutschen Pass. Zwar sind die Wohnungen mit 75,5 qm etwas größer als der Durchschnitt aller Hagener Wohnungen, jedoch steht in der Boelerheide je Einwohner mit 37,3 qm je Einwohner bis auf 0,1 qm fast exakt der Hagener Durchschnitt zur Verfügung.



Mit 76,4% lebt eine deutliche Mehrheit der Boelerheider in Wohngebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand, weitere 5,5% leben gar in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Durchschnittlich lebt kein Boelerheider, unterdurchschnittlich leben 16,1% und weit unterdurchschnittlich gerade 2%.

Die Boelerheider versteuerten 1998 im Schnitt 31.200 € je Steuerfall, etwas mehr als 1.000 € weniger als im Schnitt, Platz 17 der Hagener Wohnbezirke.

Der Anteil der alleinerzogenen Minderjährigen liegt in den acht bewertbaren Großblöcken der Boelerheide leicht über dem Schnitt oder leicht bis deutlich unterschiedlich, ja in zwei Großblöcken liegt er gar nur bei 2,5% und 1,1%. Es handelt sich um zwei Neubaugebiete mit hochwertigen Einfamilienhäusern.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

252, Windhang	19%	4%
253, Sonntagsstraße	16,20%	0,30%
254, Vereinsstraße (nördl.)	21,40%	3,10%
255, Pappenstück	2,50%	1,40%
256, Fontaneweg	10,90%	-6,90%

257, Stadion Boelerheide	20,70%	0,80%
258, Geschw.-Scholl-Straße	20,50%	8,50%
259, Heinrich-Heine-Straße	1,10%	-12,10%

Nur im Großblock Windhang leben mit 53 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner etwas mehr Sozialhilfeempfänger als im Schnitt der Hagener Großblöcke. In den Großblöcken Geschw.-Scholl-Straße und Sonntagsstraße liegt der jeweilige Anteil bei 44 bzw. 40 Personen.

HzL-Empfänger je 1000 EW

252, Windhang	53
253, Sonntagsstraße	40
254, Vereinsstraße (nördl.)	29
255, Papenstück	5
256, Fontaneweg	7
257, Stadion Boelerheide	18
258, Geschw.-Scholl-Straße	44
259, Heinrich-Heine-Straße	20

In drei Großblöcken liegt der Ausländeranteil mit 10% bis 11,1% über dem Schnitt. Es sind die drei erwähnten Großblöcke mit den in der Boelerheide höchsten Sozialhilfeempfängeranteilen.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

252, Windhang	18	10,1
253, Sonntagsstraße	18	10
254, Vereinsstraße (nördl.)	16	8,4
255, Papenstück	6	4,2
256, Fontaneweg	11	7,5
257, Stadion Boelerheide	11	6,1
258, Geschw.-Scholl-Straße	20	11,1
259, Heinrich-Heine-Straße	7	3,9

Fazit: Für die Boelerheider besteht ein geringeres Armutsrisiko. Dies gilt nicht für den Großblock Windhang, hier ist das Risiko leicht überdurchschnittlich. „Armutsinseln“ scheint es auch in den Großblöcken Geschw.-Scholl-Straße und Sonntagsstraße zu geben.

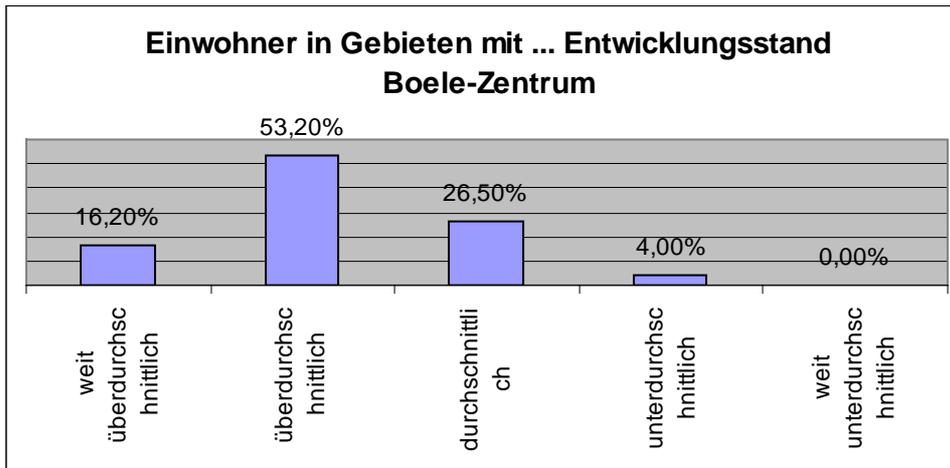
15.2. Wohnbezirk Boele-Zentrum

Auch die 7.567 Boeler (und mit ihnen die Hengsteyer) sind im Schnitt mit 44 Jahren älter als die Hagener mit 42,8 Jahren.

Neben den Altersgruppen der unter 40jährigen sind in Boele aber auch die Hochbetagten etwas unterrepräsentiert.

Im Boeler Zentrum wurden 1998 mit 31.500 € nur 800 € weniger als im Durchschnitt der Hagener Wohnbezirke verdient, ein durchschnittlicher Platz 16.

Von Arbeitslosigkeit betroffen sind 8,8% der Boeler, von Sozialhilfe abhängig sind 5,0%. Ohne deutschen Pass sind gerade einmal 6,6% der Boeler. An Wohnfläche steht ihnen je Einwohner mit 38,8qm 1,4 qm mehr als allen Hagenern zur Verfügung.



Fast alle Boeler leben in Gebieten mit durchschnittlichem (26,5%) bis weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand (16,2%). 53,3% leben in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand. Lediglich 4% müssen in ihrem Wohngebiet mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand auskommen.

Von den acht bewertbaren Großblöcken des Wohnbezirks Boele-Zentrum leben in sechs Großblöcken überdurchschnittlich viele Alleinerzogene, davon in zwei Großblöcken, Ruhreckstraße und Lütkenheider Straße, mit 29,4% und 31,5% etwa 10% mehr als im Schnitt, Platz 16 und Platz 10 im Vergleich der Großblöcke.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

242, Wasserwerk Hengstey	0	-50%
243, Ruhreckstraße	29,40%	12,30%
401, Lütkenheider Straße	31,50%	15,40%
402, Hilgenland	24,20%	1,50%
403, Memeler Straße	20,20%	3,60%
404, Hallenbad Boele	20,30%	0,80%
405, Rüttstraße	16,10%	-3,20%
406, Philipp-Nicolai-Kirche	26,10%	12,40%
411, Hengsteysee-Süd	0	-50%
412, Freibad Hengstey	0	-50%
413, Böhfeldstraße	0	-50%
414, Hengstey	13,70%	9,10%

In immerhin drei Boeler Großblöcken leben überdurchschnittlich viele Sozialhilfeempfänger. Im Großblock Memeler Straße kommen 81 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner, im Großblock Ruhreckstraße 63 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner und im Großblock Philipp-Nicolai-Kirche 53 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner. Im Großblock Hilgenland sind es dann noch - leicht unterdurchschnittlich - 44 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner.

HzL-Empfänger je 1000 EW

242, Wasserwerk Hengstey	0
243, Ruhreckstraße	63
401, Lütkenheider Straße	44
402, Hilgenland	30
403, Memeler Straße	81
404, Hallenbad Boele	37
405, Rüttstraße	13
406, Philipp-Nicolai-Kirche	53
411, Hengsteysee-Süd	0
412, Freibad Hengstey	0
413, Böhfeldstraße	0
414, Hengstey	20

Im Großblock Memeler Straße liegt der Ausländeranteil mit 22,1% deutlich über dem Schnitt, Platz 7 in Hagen, der Anteil Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern auch noch bei 30%, Platz 48. Überdurchschnittliche Ausländeranteile gibt es noch in den Großblöcken Hengstey mit 11,3%, Hallenbad Boele mit 9,8% und Ruhreckstraße mit 9,2%. Dies zeigt, dass bei weitem nicht in jedem Fall die Gleichung gilt, ein hoher Ausländeranteil ziehe automatisch einen hohen Sozialhilfeanteil nach sich.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

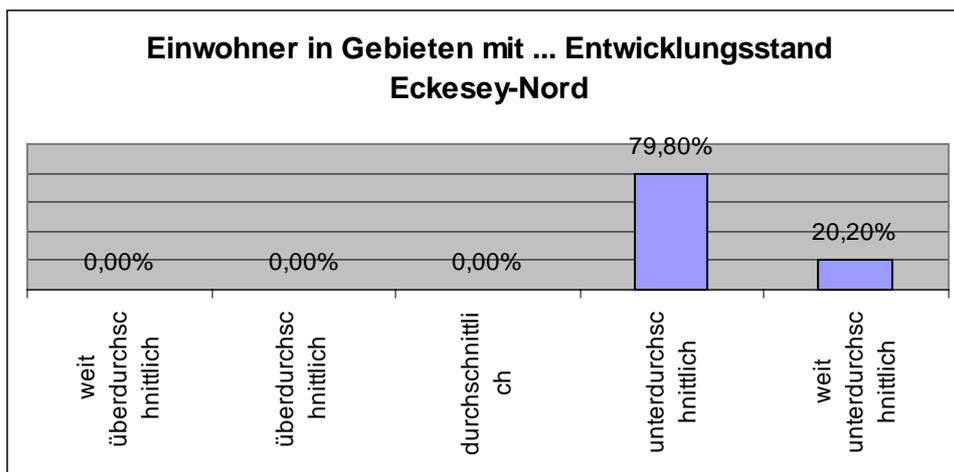
242, Wasserwerk Hengstey	0	0
243, Ruhreckstraße	17	9,2
401, Lütkenheider Straße	8	3,1
402, Hilgenland	14	8,2
403, Memeler Straße	30	22,1
404, Hallenbad Boele	16	9,8
405, Rüttstraße	6	2,7
406, Philipp-Nicolai-Kirche	15	6,8
411, Hengsteysee-Süd	0	0
412, Freibad Hengstey	0	0
413, Böhfeldstraße	0	0
414, Hengstey	13	11,3

Fazit: Auch in Boele gibt es ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko. Dies gilt nicht für die Großblöcke Ruhreckstraße und Rüttstraße.

15.3. Wohnbezirk Eckesey-Nord

Die 2.803 nördlichen Eckeseyer sind mit 37,6 Jahren überdurchschnittlich jung. Auch hier sind die älteren Jahrgänge ab 40 deutlich unter- und die jüngeren Jahrgänge bis 39 Jahren deutlich überrepräsentiert. In 20% der Haushalte leben 4 oder mehr Personen. Trotzdem beträgt die durchschnittliche Wohnungsgröße lediglich 62,3 qm gegenüber 74,3 qm in ganz Hagen.

Entsprechend stehen mit 31,4 qm Wohnfläche je Einwohner 6 qm weniger als im städtischen Durchschnitt zur Verfügung, nur den Menschen im Vorhaller Norden steht weniger Wohnfläche je Einwohner zur Verfügung.



Die Mehrheit der Eckeseyer mit 79,8% lebt in Gebieten mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand, weitere 20,2% gar in solchen mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Mit 32,1% ist der Ausländeranteil ausgesprochen hoch, nach dem Hasper Zentrum der zweithöchste Anteil. Auch die Betroffenheitsquote bei Arbeitslosigkeit liegt mit 16,1% recht hoch, dagegen beträgt die Sozialhilfequote mit 8,4% nur etwa 1,1% mehr als in Hagen. Auch in Eckesey sind die Sozialhilfeempfänger mehrheitlich weiblich, wenn auch nicht so ausgeprägt wie in ganz Hagen. Aber auch hier ist die Zahl der minderjährigen Sozialhilfebezieher mit 111, dies sind 47%, deutlich erhöht. 43,6% der Sozialhilfeempfänger besitzen keinen deutschen Pass.

Stärker als in Hagen ist Arbeitslosigkeit in Eckesey männlich.

Auch im Eckeseyer Norden wurde 1998 schlecht verdient. Je Steuerfall wurden im Schnitt 24.800 € versteuert, nur 700 € mehr als im einkommensärmsten Wohnbezirk, Eckesey-Süd, und immerhin fast 8.000 € weniger als im Schnitt der Hagener Großblöcke, Platz 34.

In den drei bewertbaren Großblöcken liegt der Anteil der Alleinerzogenen bei unauffälligen 17,7 bis 21,8%.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

241, Bechelte	0	-50%
244, Grundschule Eckesey	21,80%	2,30%
245, Wielandplatz	18,80%	3,30%
246, Droste-Hülshoff-Straße	17,70%	4,40%

In allen drei Großblöcken gibt es überdurchschnittlich viele Sozialhilfeempfänger. Im Großblock Droste-Hülshoff-Straße sind es 138 Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner, Platz 16, im Großblock Grundschule Eckesey 88, Platz 46 und im Großblock Wielandplatz auch noch 59, Platz 69.

HzL-Empfänger je 1000 EW

241, Bechelte	0
244, Grundschule Eckesey	88
245, Wielandplatz	59
246, Droste-Hülshoff-Straße	138

Der Ausländeranteil liegt in allen drei Großblöcken ebenso deutlich über dem Schnitt wie der Anteil der Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern. In der Droste-Hülshofstraße liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, hier der Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern, über 50%. Bei 58%, Platz 3, und bei 53% liegen die beiden Anteile rund um

die Grundschule Eckesey, Platz 6. Der Großblock Wielandplatz kommt dabei mit 44% noch auf Platz 16. Geringer sind die hier „erreichten“ Plätze allein für den Ausländeranteil. Hier sind es – in derselben Reihenfolge – 21,5% oder Platz 10, 19,2% oder Platz 15, 14,5% oder Platz 29. Auch dies ist ein Hinweis auf überdurchschnittlich viele Einbürgerungen und damit auch gesicherte und lange Aufenthalte in Deutschland.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

241, Bechelte	0	0
244, Grundschule Eckesey	53	19,2
245, Wielandplatz	44	14,5
246, Droste-Hülshoff-Straße	58	21,5

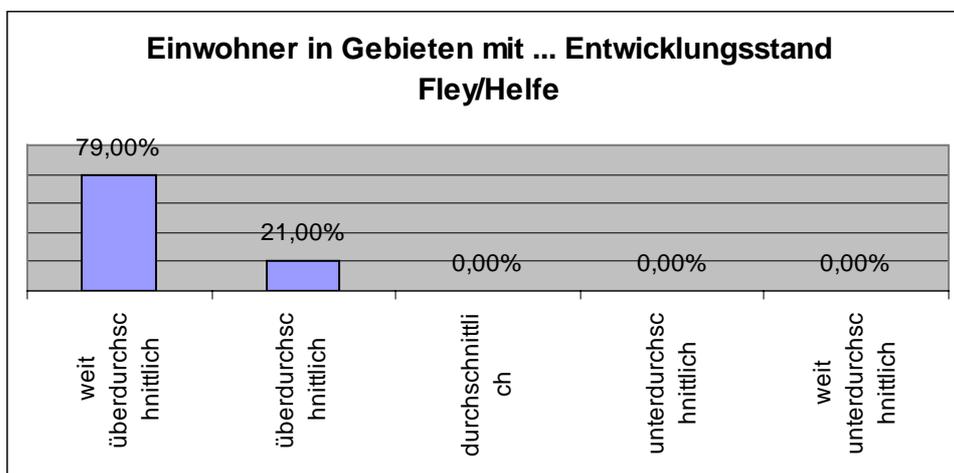
Fazit: Auch in Eckesey ist das Armutsrisiko deutlich erhöht, es geht einher mit großen Familien und vielen Menschen mit Migrationshintergrund.

15.4. Wohnbezirk Fley und Hilfe

Die 6.372 Bewohner der „Gartenvorstadt“ Hilfe und des Dorfes Fley sind im Schnitt mit 47 Jahren deutlich älter als alle Hagener. Hier sind alle Altersgruppen der unter 60jährigen unterrepräsentiert.

Lediglich 3,6% der dortigen Bewohner haben keinen deutschen Pass, jedoch lebt in Hilfe eine beträchtliche russlanddeutsche Minderheit.

Von Arbeitslosigkeit betroffen sind 10,1% der potenziell Erwerbstätigen, die Sozialhilfequote liegt mit 4,6% ebenfalls niedriger als im städtischen Durchschnitt. Je Einwohner stehen 35 qm Wohnfläche zur Verfügung, 2,4 qm weniger als in Hagen, Platz 25.



79% der Einwohner leben in Gebieten mit weit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand, weitere 21% in solchen mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand. Der deutlich überdurchschnittliche Entwicklungsstand der Wohngebiete dürfte der Tatsache geschuldet sein, dass Hilfe, ursprünglich eine Anhäufung von Bauernhöfen, erst vor 40 Jahren als Gartenvorstadt gebaut wurde.

Versteuert haben die Bewohner dieses Bezirks 1998 je Steuerfall 29.900 € etwa 2.500 € weniger als im Schnitt der Wohnbezirke, Platz 20.

Der Anteil der alleinerzogenen Minderjährigen liegt im Wohnbezirk mit 9,2 bis 21,8% unterdurchschnittlich bis durchschnittlich hoch.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

441, Wichernstraße	18,30%	1,90%
442, Pieperstraße	19,90%	7,90%
443, Louise-Schröder-Straße	11%	-0,30%
444, Lassallestraße	21,80%	6,50%
445, Altenheim Buschstraße	9,40%	-7,80%
446, Eschenweg	16%	2,80%
451, Röhrensprung (Nord)	0	-50%
452, Haus Busch	0	-50%
453, Autoreisezugbahnhof	0	-50%
454, Lenneaue Kabel	0	-50%
455, Kläranlage Fley	0	-50%
461, Waldfriedhof Loxbaum	0	-50%
462, Angerpfad	0	-50%
463, Wienbrauck	9,20%	1,80%
464, Feldbrache Fley	0	-50%
465, Fleyer Wald	0	-50%

Dagegen liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger in zwei Großblöcken ein wenig über dem Schnitt, im Eschenweg kommen auf 1.000 Einwohner 67 Sozialhilfeempfänger und in der Pieperstraße 66, Platz 64 und 65. Zwei weitere Großblöcke, Lassallestraße und Wichernstraße, liegen mit 49 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner nur geringfügig unter dem Schnitt aller Großblöcke mit 52,5.

HZL-Empfänger je 1000 EW

441, Wichernstraße	48
442, Pieperstraße	66
443, Louise-Schröder-Straße	27
444, Lassallestraße	49
445, Altenheim Buschstraße	1
446, Eschenweg	67
451, Röhrensprung (Nord)	0
452, Haus Busch	0
453, Autoreisezugbahnhof	0
454, Lenneaue Kabel	0
455, Kläranlage Fley	0
461, Waldfriedhof Loxbaum	0
462, Angerpfad	20
463, Wienbrauck	7
464, Feldbrache Fley	0
465, Fleyer Wald	0

In den Großblöcken Wichernstraße, Pieperstraße, Louise-Schröder-Straße, Lassallestraße und Eschenweg liegt der Ausländeranteil mit 13,5% bis 26,9% (Platz 3!) deutlich über dem Schnitt der Hagener Großblöcke. Gleiches gilt mit Ausnahme des Großblocks Lassallestraße auch für den Anteil der Doppelstaatler zusammen mit den Ausländern. Hier liegt er zwischen 23 und 31% (Platz 43). Jedoch widersprechen die Zahlen dieser Statistik der o.g. Beschreibung der 39 Hagener Wohnbezirke mit einem Ausländeranteil von lediglich 3,6%. Dies scheint zunächst nur mit einer anderen Zählweise der aus den GUS-Staaten stammenden sog. Russlanddeutschen und deren Angehörigen erklärbar.

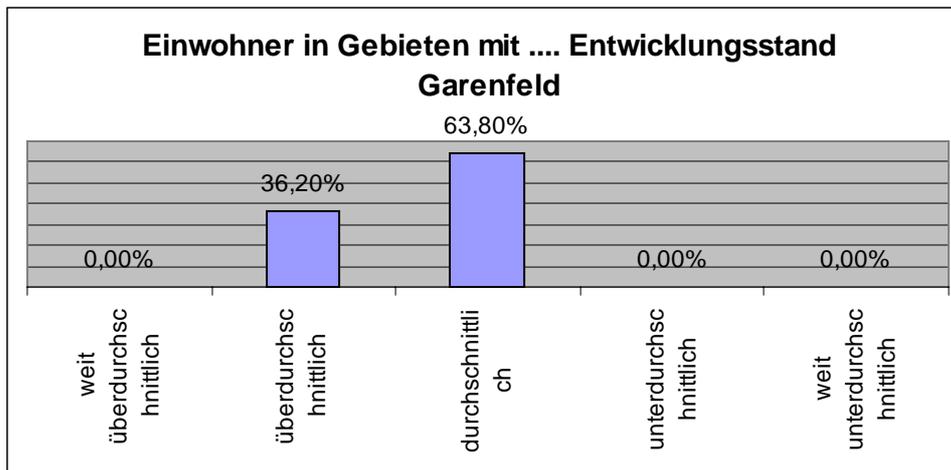
Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

441, Wichernstraße	23	19
442, Pieperstraße	30	24,8
443, Louise-Schröder-Straße	31	26,9
444, Lassallestraße	15	13,5
445, Altenheim Buschstraße	6	4,7
446, Eschenweg	27	21,9
451, Röhrensprung (Nord)	0	0
452, Haus Busch	0	0
453, Autoreisezugbahnhof	0	0
454, Lenneae Kabel	0	0
455, Kläranlage Fley	0	0
461, Waldfriedhof Loxbaum	0	0
462, Angerpfad	6	1,1
463, Wienbrauck	10	8,2
464, Feldbrache Fley	0	0
465, Fleyer Wald	0	0

Fazit: Die Bewohner Helfes und Fleys haben insgesamt ein etwas geringeres Armutsrisiko als in Hagen. Dies gilt jedoch in unterschiedlicher Art und Weise nicht für die oben beschriebenen zwei bis vier Großblöcke Eschenweg, Pieperstraße, Lassallestraße und Wichernstraße.

15.5. Wohnbezirk Garenfeld

Die 1.580 Garenfelder, es handelt sich um ein 1975 eingemeindetes Dorf in Hagens Randlage, sind mit 42,7 im Schnitt fast so alt wie die Hagener mit 42,8 Jahren. Lediglich 1,3% der Garenfelder sind Ausländer.



36,2% der Garenfelder leben in Gebieten mit überdurchschnittlichem Entwicklungsstand, 63,8% in solchen mit durchschnittlichem Entwicklungsstand. An Wohnfläche steht den Garenfeldern je Einwohner 48,1 qm zur Verfügung, deutlich mehr als in Hagen. Nur im Emster Westen gibt es mehr qm Wohnfläche je Einwohner. Mit 5,8% sind in Garenfeld deutlich weniger Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen als in Hagen. Die Sozialhilfequote von 0,4% (=6 Personen) ist fast vernachlässigbar.

Trotzdem versteuerten die Garenfelder 1998 je Steuerfall „nur“ 37.950 € etwa 5.500 € mehr als im Schnitt der Wohnbezirke. Dies war nur der 10. Platz im Vergleich, fast 8.000 € weniger als die führenden Holthäuser.

In den beiden bewertbaren Großbezirken Garenfelds liegt die Zahl der Alleinerzogenen knapp über 10%.

Auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger liegt mit 2 bzw. 4 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner ausgesprochen niedrig. In keinem anderen Wohnbezirk gibt es anteilig weniger Sozialhilfeempfänger. Auch liegt nirgends der Ausländeranteil so niedrig wie in Garenfeld.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

511, Ruhrauen-Camping	0	-50%
512, Zur Heimke	11,80%	2,30%
513, Dorfstraße	10,10%	1,20%
514, Treibweg	0	-50%

HzL-Empfänger je 1000 EW

511, Ruhrauen-Camping	0
512, Zur Heimke	2
513, Dorfstraße	4
514, Treibweg	0

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

511, Ruhrauen-Camping	0	0
512, Zur Heimke	1	0,4
513, Dorfstraße	4	2,6
514, Treibweg	4	0

Fazit: In Garenfeld gibt es ein deutlich geringeres Armutsrisiko als in Hagen.

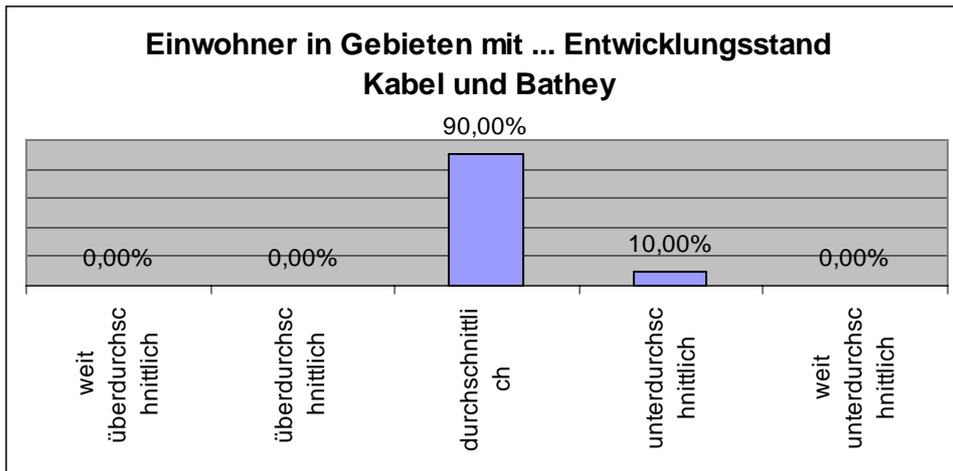
15.6. Wohnbezirk Kabel und Bathey

Die 5.506 Bewohner Kabels und Batheys sind mit im Schnitt 40,9 Jahren jünger als alle Hagener.

Der Anteil der 0 bis 2jährigen ist mit 2,6% exakt so hoch wie in Hagen, von den 3 bis 5jährigen gibt es dort 0,3% mehr, bei den 6 bis 14jährigen sind 1,8%, bei den 15 bis 19jährigen 0,9% mehr, bei den 20 bis 39jährigen 0,9% weniger, bei den 40 bis 59jährigen 0,5% mehr, bei den 60 bis 79jährigen 0,9% weniger und bei den Hochbetagten 1,5% weniger. Der Ausländeranteil liegt mit 10,5% 3,3% unter dem Hagener Durchschnitt.

Überdurchschnittlich hoch sind in Kabel und Bathey mit 11,2% der Arbeitslosenanteil und mit 9,7% die Sozialhilfequote.

Den Menschen in diesem Wohnbezirk stehen mit 33,6 qm je Einwohner 3,8 qm weniger zur Verfügung als in Hagen, gerade einmal Platz 34.



90% der Menschen leben in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, weitere 10% in solchen mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Mit 27.400 versteuerten € je Steuerfall wurde in Kabel und Bathey 1998 etwa 5.000 € weniger als im Hagener Schnitt verdient, Platz 26.

Mit Prozentzahlen zwischen 14,1 und 23,7% liegt die Zahl der alleinerzogenen Minderjährigen in den fünf bewertbaren Großblöcken des Wohnbezirks eher unauffällig um den Durchschnitt herum. Lediglich die Großblöcke Schieferstraße mit 23,7 % und TÜV mit 21,7% haben einen leicht überdurchschnittlichen Anteil Alleinerzogener.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

421, In der Krone	0	-50%
422, Auf dem Graskamp	14,10%	-1%
423, Gleisdreieck Bathey	0	-50%
424, Yachtclub Hengsteysee	0	-50%
425, Hengsteysee-Nord	0	-50%
426, Kläranlage Kabel	0	-50%
427, Douglas Zentrale	0	-50%
431, Schieferstraße	23,70%	7,30%
432, St.-Antonius-Kirche	18,90%	1,10%
433, TÜV	21,70%	2,20%
434, Borgenfeldstraße	15,10%	0,30%

Anders ist dies beim Merkmal Sozialhilfeempfänger auf 1.000 Einwohner. Hier liegen nur die Großblöcke Borgenfeldstraße mit 38 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner und der Großblock Auf dem Graskamp mit 50 Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner unter dem Schnitt, wenn auch z.T. ausgesprochen knapp.

Dagegen reicht der Anteil von 166 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner rund um den TÜV für Platz fünf im Vergleich der Hagener Großblöcke: Der höchste relative Anteil im Hagener Norden. Im Großblock Schieferstraße mit 103 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohnern, reicht es im Vergleich noch zu Platz 36 und im Großblock St.-Antonius-Kirche mit 87 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohnern immer noch zu Platz 48.

HzL-Empfänger je 1000 EW

421, In der Krone	0
422, Auf dem Graskamp	50
423, Gleisdreieck Bathey	0
424, Yachtclub Hengsteysee	0
425, Hengsteysee-Nord	0
426, Kläranlage Kabel	0
427, Douglas Zentrale	0
431, Schieferstraße	103
432, St.-Antonius-Kirche	87
433, TÜV	166
434, Borgenfeldstraße	38

In allen fünf bewertbaren Großblöcken liegt der Anteil der Ausländer über dem Schnitt des Ausländeranteils aller Großblöcke. Die Großblöcke Schieferstraße, St.-Antonius-Kirche und TÜV liegen mit Ausländeranteilen von 22,8%, 20,3% und 20,2% auf den Plätzen 6, 11 und 13 der Hagener Großblöcke. Zählt man die Doppelstaatler hinzu, kommt der Großblock TÜV mit 37% auf Platz 28, der Großblock St.-Antonius-Kirche mit 32% auf Platz 39 und der Großblock Schieferstraße mit 31% auf Platz 43 der Hagener Großblöcke.

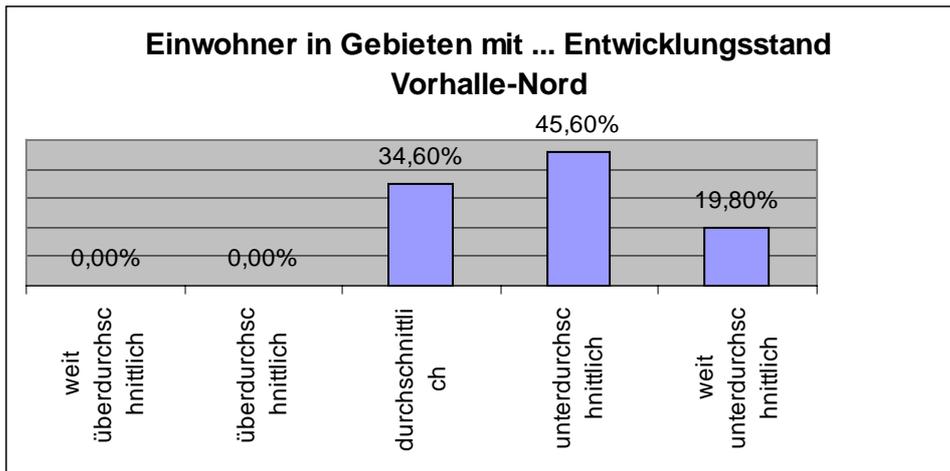
Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

421, In der Krone	0	0
422, Auf dem Graskamp	17	12,6
423, Gleisdreieck Bathey	0	0
424, Yachtclub Hengsteysee	0	0
425, Hengsteysee-Nord	0	0
426, Kläranlage Kabel	0	0
427, Douglas Zentrale	0	0
431, Schieferstraße	31	22,8
432, St.-Antonius-Kirche	32	20,3
433, TÜV	37	20,2
434, Borgenfeldstraße	20	13,1

Fazit: Auch die Kabeler und Batheyer sind überdurchschnittlich von Armut bedroht. Aber auch hier lohnt ein genauerer Blick. Besonders groß ist das Armutsrisiko in den Großblöcken TÜV und Schieferstraße. Gerade hier in Kabel hat sich über Jahrzehnte ein sog. sozialer Brennpunkt befunden, die Diakonie betreibt hier Gemeinwesenarbeit, und es hat eine Reihe von Obdachlosenunterkünften gegeben, die mittlerweile aufgelöst sind.

15.7. Wohnbezirk Vorhalle-Nord

Auch dieser Stadtbezirk ist im Schnitt mit 38,2 Jahren deutlich jünger als Hagen. Im Vorhaller Norden liegt der Ausländeranteil mit 18,1% recht hoch und gar in 21% der Haushalte leben 4 und mehr Personen. Dagegen stehen je Einwohner nur 30,5 qm Wohnfläche zur Verfügung, letzter Platz unter den 39 Hagener Wohnbezirken. Die durchschnittliche Wohnungsgröße beträgt nur 69,9 qm.



34,6% der 4.051 Menschen im Vorhaller Norden leben in Gebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, 45,6% in solchen mit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand und weitere 19,8% in Gebieten mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Überdurchschnittlich sind die Menschen von Arbeitslosigkeit mit einer Quote von 13,6% und Sozialhilfe mit einer Quote von 8,1% betroffen.

Auch hier sind Minderjährige mit 46,5% überdurchschnittlich von Sozialhilfe abhängig.

Ähnliches gilt für Frauen und Ausländer.

Die Menschen des Vorhaller Nordens verdienen 1998 deutlich weniger als der Schnitt aller Hagener. Mit 24.450 € je Steuerfall versteuerten sie fast 8.000 € weniger als der Schnitt der Hagener. Nur im Wehringhauser Westen und im Eckeseyer Süden wurde weniger verdient.

Der Anteil der alleinerzogenen Minderjährigen scheint hier eher unauffällig zu sein. Er liegt zwischen 13,9% und 23,8%. Mit diesen letztgenannten 23,8% reicht der Großblock Reichsbahnstraße gerade einmal Platz 48 im Vergleich der Hagener Großblöcke.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

233, Kirchbergstraße	13,90%	-5,10%
234, Westpreußenstraße	0	-50%
235, Reichsbahnstraße	23,80%	1,50%
391, Kaisbergau	0	-50%
392, Gut Hausen	0	-50%
393, Brockhausen	19,70%	8,90%
394, Werdringen	0	-50%

Anders liegen die Dinge bei den Indikatoren Sozialhilfeempfänger und Ausländeranteil.

Mit 143 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner erreicht der Großblock Brockhausen Platz 12 der Hagener Großblöcke. In keinem anderen Großblock liegt der Ausländeranteil mit 31,9% so hoch wie im Großblock Brockhausen. Werden die Doppelstaatler hinzugerechnet, haben hier 58% der Menschen einen Migrationshintergrund, auch noch Platz 3 im Vergleich. Dagegen fällt der Großblock Reichsbahnstraße mit einem Anteil von 96

Sozialhilfeempfängern auf 1.000 Einwohner oder Platz 41 fast schon ab. Auch sind hier der Ausländeranteil und der Anteil der Ausländer zusammen mit den Doppelstaatlern mit 12,7% bzw. 28%, obwohl überdurchschnittlich im Vergleich eher gering. Diese Anteile reichen bei den Ausländern auch noch für Platz 41 und bei den Ausländern zusammen mit den Doppelstaatlern noch für Platz 56.

Fast denselben Anteil an Ausländern und Doppelstaatlern hat auch der Großblock Kirchbergstraße. Trotzdem liegt hier die Zahl der Sozialhilfeempfänger je 1.000 Einwohner gerade einmal bei deutlich unterdurchschnittlichen 34, Platz 103.

HzL-Empfänger je 1000 EW

233, Kirchbergstraße	34
234, Westpreußenstraße	0
235, Reichsbahnstraße	96
391, Kaisbergau	0
392, Gut Hausen	0
393, Brockhausen	143
394, Werdringen	0

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

233, Kirchbergstraße	27	12,7
234, Westpreußenstraße	0	0
235, Reichsbahnstraße	28	12,7
391, Kaisbergau	0	0
392, Gut Hausen	0	0
393, Brockhausen	58	31,9
394, Werdringen	0	0

Fazit: Auch im Vorhaller Norden haben die Menschen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Dies gilt insbesondere für Brockhausen, das durch die Eisenbahn deutlich vom Rest Vorhalles getrennt ist. Ein erhöhtes Armutsrisiko existiert auch im Großblock Reichsbahnstraße. Dass Vorhalle Hagens erster Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf war, liegt sicher vor allem an den Brockhauser Zahlen.

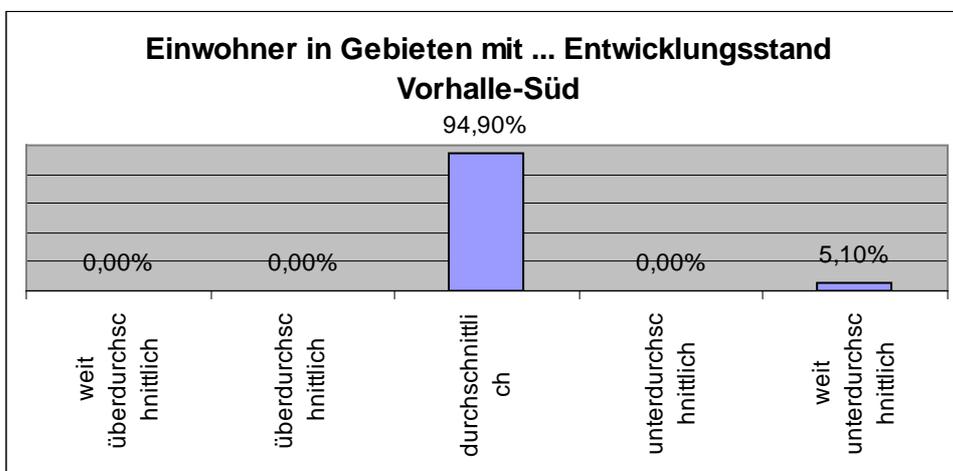
15.8. Wohnbezirk Vorhalle-Süd

Im Gegensatz zum Süden ist der Norden Vorhalles im Schnitt deutlich älter als alle Hagner: 46,8 Jahre zu 42,8 Jahre.

Unter den 4.376 südlichen Vorhallern sind lediglich die Altersgruppen ab 60 überrepräsentiert.

Mit 5,9% ist der Ausländeranteil deutlich niedriger als in Hagen.

Die südlichen Vorhaller sind mit 8,7% um 2,2% geringer von Arbeitslosigkeit betroffen und die Sozialhilfequote ist gar mit 2,8% um mehr als das Doppelte niedriger als in Hagen.



Die große Mehrheit mit 94,9% lebt in Wohngebieten mit durchschnittlichem Entwicklungsstand, 5,1% in solchen mit weit unterdurchschnittlichem Entwicklungsstand.

Frauen sind auch hier weit überdurchschnittlich von Sozialhilfebezug abhängig. In Vorhalle sind gar 58,1% der Sozialhilfebezieher minderjährig. Diese Zahlen zusammen könnten auf viele Alleinerziehende hinweisen.

Obwohl der Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in Vorhalle relativ gering ist, wurde auch in Vorhalle deutlich unterdurchschnittlich verdient und versteuert: 1998 waren es je Steuerfall im Schnitt 26.650 €, fast 6.000 € weniger als im Schnitt der Hagener Wohnbezirke und gerade einmal Platz 31.

Im Großblock In der Halle sind fast drei Viertel der Minderjährigen Alleinerzogene. Dies ist ein statistischer Ausrutscher. Bei der geringen Einwohnerzahl rund ums Cafe Halle hätte hier eher eine „0“ hingehört.

Dagegen sind die 28,8% Alleinerzogenen im Großblock Ulmenstraße durchaus kein Ausrutscher, sondern bedeuten im Vergleich Platz 18 der Hagener Großblöcke. Der Anteil der Alleinerzogenen liegt in den Großblöcken Liebfrauenstraße und Brandenburger Straße mit 15,4% und 14,4% im unauffälligen unterdurchschnittlichen Bereich.

Alleinerzogene in % 2002 und Verhältnis 1997 zu 2002

231, Liebfrauenstraße	15,40%	5,10%
232, Brandenburger Straße	14,40%	-2,90%
236, Ulmenstraße	28,80%	4%
237, In der Halle	73,30%	-9,70%
381, Oberste Hülsberg	0	-50%
382, Am Hegt	0	-50%
383, Aehringhausen	0	-50%
384, Niederste Hülsberg	0	-50%

In keinem der Großblöcke des Wohnbezirkes liegt die Zahl der Sozialhilfeempfänger über dem Schnitt. Der höchste Anteil in der Ulmenstraße mit 43 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner korrespondiert mit dem überdurchschnittlichen Anteil an Alleinerzogenen. Bei einem Anteil von etwa 17% Minderjährigen in diesem Wohngebiet sind ja immerhin fast 42% der Sozialhilfeempfänger minderjährig.

HzL-Empfänger je 1000 EW

231, Liebfrauenstraße	36
232, Brandenburger Straße	20
236, Ulmenstraße	43
237, In der Halle	0
381, Oberste Hülsberg	0
382, Am Hegt	0
383, Aehringhausen	9
384, Niederste Hülsberg	0

Der Ausländeranteil und auch die Zahl der Doppelstaatler weisen in Vorhalle-Süd keine Besonderheiten auf und liegen unter dem Schnitt.

Ausländer+Doppelstaatler, nur Ausländer 2002 in %

231, Liebfrauenstraße	12	7,9
232, Brandenburger Straße	13	6,4
236, Ulmenstraße	15	8,8
237, In der Halle	0	0
381, Oberste Hülsberg	0	0
382, Am Hegt	0	0
383, Aehringhausen	8	3,1
384, Niederste Hülsberg	0	0

Fazit: Das Armutsrisiko in Vorhalle-Süd ist unterdurchschnittlich, es lohnt sich aber ein Blick auf die Lage der Alleinerziehenden.

16. Zusammenfassung

Die Armutsrisiken sind in Hagens Wohnvierteln ausgesprochen ungleich verteilt. Zwischen z.B. dem Vorhaller Norden und Berchum liegen Welten.

Ungleich sind die Risiken auch bei den einzelnen Risikogruppen verteilt. Mitnichten geht ein hoher Ausländeranteil in jedem Fall mit einer hohen Sozialhilfequote einher. Dies gilt auch für hohe Quoten an Alleinerzogenen.

Trotzdem gilt die – nicht überraschende – Faustformel: Niedriger Wohnwert, hoher Ausländeranteil, hoher Anteil an Alleinerzogenen bedeutet ein hohes Armutsrisiko im Quartier.

17. Armutsrisiko in den Quartieren:

17.1. Stadtbezirk Mitte:

Altenhagen-Nord: In den Großblöcken Müllverbrennungsanlage und Seilerstück herrscht ein hohes Armutsrisiko, ansonsten gibt es ein durchschnittliches Armutsrisiko.

Altenhagen-Süd: Insbesondere im Großblock Fehrbelliner Straße ist das Armutsrisiko sehr hoch, etwas weniger hoch ist es in den Großblöcken Wittekindstraße und Friedensplatz.

Eckesey-Süd: Der ganze Wohnbezirk mit Ausnahme der Philipshöhe besitzt ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko

Emst-Ost: Es existieren lediglich einige „Armutsinseln“ in einigen Großblöcken, ansonsten gibt es ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko.

Emst-West: Das Armutsrisiko ist ausgesprochen niedrig.

Eppenhause: Es gibt ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko.

Fleyerviertel: Auch hier existiert kein nennenswertes Armutsrisiko.

Kuhlerkamp: Im Schnitt existiert nur ein leicht überdurchschnittliches Armutsrisiko, deutlich erhöht bis sehr hoch ist es in den Großblöcken rechts und links der Wehringhauser Straße, in den Großblöcken Bodelschwingplatz, Dieckstraße und Villa Post, aber auch in der Cunosiedlung.

Remberg: Im gesamten Wohnbezirk, mit Ausnahme des Großblocks Rembergfriedhof, existiert ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko

Wehringhausen-Ost: Auch hier existiert ein erhöhtes Armutsrisiko, insbesondere in den Großblöcken Elfriedenhöhe und Wilhelmsplatz.

Wehringhausen-West: Ebenfalls gibt es hier ein höheres Armutsrisiko.

Zentrum: Im gesamten Zentrum haben die Menschen ein erhöhtes Armutsrisiko, insbesondere in den Großblöcken Hauptbahnhof, Rathaus und Schulstraße in Oberhagen.

17.2. Stadtbezirk Hagen-Haspe:

Geweke/Tücking: Mit Ausnahme der Großblöcke Höxterstraße und (mit Abstrichen) Römers Hof, ist das Armutsrisiko hier unterdurchschnittlich.

Haspe-Süd: Mit Ausnahme der Großblöcke Am Karweg und Am Postkopf ist auch hier das Armutsrisiko leicht unterdurchschnittlich.

Haspe-Zentrum: Im gesamten Wohnbezirk ist das Armutsrisiko deutlich erhöht. Hier kommen geringes Einkommen, viele Alleinerziehende, geringe Wohnqualität und ein hoher Migrantanteil zusammen.

Spielbrink: Mit Ausnahme des Großblocks Spielbrinkstraße ist das Armutsrisiko leicht unterdurchschnittlich. Auch in der Spielbrinkstraße ist es nur leicht überdurchschnittlich.

Westerbauer-Nord: Das Armutsrisiko im Großblock Klagenfurthstraße ist deutlich erhöht. Ansonsten ist das Armutsrisiko durchschnittlich (Großblock Harkortstraße) bis nicht nennenswert.

Westerbauer-Süd: In den Großblöcken Dickenbruchstraße und Enneper Straße ist das Armutsrisiko leicht erhöht.

17.3. Stadtbezirk Hohenlimburg:

Berchum: Hier gibt es nur ein sehr geringes Armutsrisiko.

Elsey-Nord: Auch hier ist das Armutsrisiko unterdurchschnittlich, nur im Großblock Gotenweg ist es durchschnittlich.

Elsey-Süd: Im gesamten Wohnbezirk ist das Armutsrisiko ausgesprochen gering.

Holthausen: Auch in Holthausen ist das Armutsrisiko sehr niedrig.

Oege und Nahmer: Die Bewohner dieses Bezirks haben ein geringeres Armutsrisiko als alle Hagener, nur im Großblock Niederstraße ist es überdurchschnittlich hoch.

Halden und Herbeck: Im Wohnbezirk insgesamt ist das Armutsrisiko unterdurchschnittlich hoch, nicht jedoch im Großblock Kleingarten Lennestraße, wo es sehr hoch ist, und im Großblock Gut Herbeck, wo es durchschnittlich ist.

Henkhausen und Reh: Hier ist das Armutsrisiko im Großblock Mozartstraße deutlich erhöht, ansonsten ist es unterdurchschnittlich.

Hohenlimburg-Zentrum und Wesselbach: Insgesamt ist das Armutsrisiko etwas geringer als im Schnitt Hagens.

17.4. Stadtbezirk Hagen-Süd:

Dahl: Das Armutsrisiko ist deutlich geringer als im Schnitt Hagens.

Delstern: In ganz Delstern ist das Armutsrisiko überdurchschnittlich hoch.

Eilpe-Nord: Mit Ausnahme der Großblöcke Kniestraße und Hubertusstraße ist das Armutsrisiko hier deutlich erhöht.

Eilpe-Süd und Selbecke: Hier ist das Armutsrisiko in den beiden Großblöcken Struckenbergr und Hohenfor deutlich erhöht.

Priorei und Rummenohl: Das Armutsrisiko ist hier deutlich unterdurchschnittlich, lediglich im Großblock Zur Priorlinde ist es leicht überdurchschnittlich.

17.5. Stadtbezirk Hagen-Nord:

Boelerheide: Hier ist das Armutsrisiko durchschnittlich bis überwiegend unterdurchschnittlich.

Boele-Zentrum: Im Boeler Zentrum gilt ähnliches wie in der Boelerheide: Hier ist das Armutsrisiko durchschnittlich bis überwiegend unterdurchschnittlich.

Eckesey-Nord: Hier ist das Armutsrisiko deutlich erhöht, wenn auch nicht so erhöht wie z.B. rechts und links der Wehringhauser Straße.

Fley und Hilfe: Insgesamt ist das Armutsrisiko hier niedriger als im Hagener Schnitt, dies gilt nicht für die Großblöcke Pieperstraße und Eschenweg, hier ist es leicht überdurchschnittlich.

Garenfeld: Das Armutsrisiko ist deutlich niedriger als im Hagener Schnitt, eigentlich so gut wie gar nicht vorhanden.

Kabel und Bathey: Insbesondere rund um den TÜV ist das Armutsrisiko deutlich erhöht, erhöht ist es auch in den Großblöcken Schieferstraße und St.-Antonius-Kirche.

Vorhalle-Nord: Insbesondere im Großblock Brockhausen, aber auch im Großblock Reichsbahnstraße haben die Menschen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko.

Vorhalle-Süd: Hier ist das Armutsrisiko leicht unterdurchschnittlich.

18. Fehlende Indikatoren

Im Sinne des eingangs zitierten Lebenslagenansatzes von Gerhard Weisser waren eine Reihe Armutsindikatoren nicht recherchierbar oder hätten den Rahmen eines „Literaturberichts“ gesprengt.

Mit Ausnahme der Zahlen über den Ausländeranteil an Hagens Schulen und Schulformen, liegen keine aktuellen Zahlen²³² über Schulkarrieren vor. Spannend wäre es z.B. zu wissen, auf welche weiterführende Schulform die Kinder aus welchen Grundschulbezirken wechseln? Wie sehen die weiteren Schulkarrieren aus? Woher stammen die Schulabbrecher? Wie verteilt sich das „Humankapital“ – verstanden als Fähigkeiten und Fertigkeiten eines Menschen, die seine Arbeits- und Erwerbsfähigkeiten bestimmen.²³³

Jüngst hat noch Christoph Butterwegge dargelegt, dass ein wichtiger Baustein gegen Kinderarmut die schulischen und außerschulische Bildung der Kinder aus armen Familien sein muss. Dies gehe nur über öffentliche Programme, die kinderreiche Familien finanziell entlasten und talentierte Kinder aus Unterschicht- und migrierten Familien stärker unterstützen. „Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen sind für eine gedeihliche Entwicklung und freie Entfaltung der Persönlichkeit sozial benachteiligter Kinder unentbehrlich, weshalb sie nicht – dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend – privatisiert, sondern weiterhin öffentlich ausgebaut werden sollten.“²³⁴ Umso notwendiger ist – auch im Rahmen der Schulentwicklungsplanung - ein Blick auf die Bildungskarrieren der Schüler aus den verschiedenen Stadtteilen.

Fast völlig unbearbeitet ist der Bereich Armut und Gesundheit²³⁵. Hier wird das Gesundheitsamt der Stadt Hagen demnächst auf Beschluss der Gesundheitskonferenz einen ersten Basisbericht Gesundheit für den Bereich der Stadt Hagen erarbeiten.

Kürzlich noch hat das Gesundheitsamt der Stadt Hagen im Rahmen dieser Gesundheitsberichterstattung Handlungsempfehlungen zur verbesserten Versorgung verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher vorgelegt.²³⁶ Verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche sind nicht zwangsläufig auch arme Kinder und Jugendliche. Jedoch ist erstens ihre Chance, später ein besonderes Armutsrisiko zu erhalten, relativ groß, und zweitens führen bestimmte Umstände, die mit verschiedenen Armutsrisiken verbunden sind, schon auch zu erhöhten Verhaltensauffälligkeiten. Als extremes Beispiel könnten z.B. Kinder von Suchtkranken genannt werden. U.a. plant das Gesundheitsamt zusammen mit dem

²³² Die letzte und einmalige Erhebung stammt aus dem Jahr 1999, so die Jugendhilfeplanerin der Stadt gegenüber dem Verfasser.

²³³ Schüssler, Reinhard: Die Verteilung des Humankapitals. Forschungsprojekt zu: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Hg. Vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Bonn Februar 2002, S. 1

²³⁴ Butterwegge, Christoph: Maßnahmen zur Verringerung und Vermeidung von Kinderarmut in: WSI-Mitteilungen 5/2005, Frankfurt/Main, Mai 2005, S. 247

²³⁵ vgl.: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg): Gesundheit von Zuwanderern in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, August 2000
Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Entschließung der 10. Landesgesundheitskonferenz, Soziale Lage und Gesundheit am 31.8.2001, Düsseldorf, Dezember 2001

²³⁶ Stadtverwaltung Hagen, Gesundheitsamt: Drucksachenummer 0456/2005 vom 19.5.2005: Gesundheitsbericht der Hagener Gesundheitskonferenz 2003/2004: Handlungsempfehlungen zur verbesserten Versorgung verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher, Hagen 2005

Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke eine Pilotstudie im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen. Die verhaltensauffälligen Kinder eines Jahrganges sollen systematisch erfasst werden, um den betroffenen Kindern besser helfen zu können. Weiter sollen Mitarbeiterinnen der Kindertageseinrichtungen und Lehrer besser geschult werden, Verhaltensauffälligkeiten, aber auch Gewalt- und Missbrauchssituationen zu erkennen und mit ihnen umzugehen

Die Nationale Armutskonferenz hat noch kürzlich anhand mehrerer Studien treffend gezeigt, dass arme Menschen eine deutlich geringere Lebenserwartung haben.²³⁷

Auch die Situation der Behinderten, der Alkoholabhängigen oder Aidskranken ist in diesen Armutsbericht nicht eingeflossen.

²³⁷ Helmert, PD Dr. Uwe: Konsequenzen von Einkommensarmut für die Sterblichkeit in Deutschland, in: Nationale Armutskonferenz für die Bundesrepublik Deutschland: Armut und Gesundheit. Sozialpolitische Bilanz, Freiburg, Dezember 2004, S. 11-17,

19. Schlussfolgerungen:

Die Bekämpfung der Armut ist nicht allein eine Frage der Umverteilung von Einkommen oder Vermögen. Dies ist zweifellos notwendig. Dazu muss aber auch die Unterstützung der betroffenen Menschen in ihren konkreten Lebens- und Problemlagen kommen.

Schon 1951 hatte der im Kapitel „Der Armutsbegriff“ zitierte ehemalige Hagener Bürgermeister Gerhard Weisser geschrieben: „Verteilt werden Lebenslagen!“

Dies bedeutet für die Kommunalpolitik z.B. nach den Bildungsspielräumen der Kinder und Jugendlichen zu schauen. Wie werden Kinder aus „bildungsfernen Schichten“ – wie der mehr verschleierte Begriff für arme Menschen heißt - im öffentlichen Schulsystem gefördert?

Wie sieht das Wohnumfeld gerade in den Wohnquartieren mit vielen von Armut bedrohten Menschen aus? Haben die Menschen dort die Chancen auf Muße, Erholung und Regeneration? Wie sehen die Spielmöglichkeiten der Kinder aus?

Werden die alleinerziehenden Frauen mit ihren Kindern alleingelassen?

Weshalb sind es gerade die Kinder ausländischer Mitbürger, die besonders von Verkehrsunfällen betroffen sind?

Welche Chancen haben arme Menschen, sich am Vereinsleben zu beteiligen?

Wie werden Menschen aus armen Familien ins Arbeitsleben integriert? Wie wird sich Hartz IV mittelfristig auswirken?

Ist der öffentliche Raum ein Konsum- oder auch ein Begegnungsraum?

Gibt es eine Teilhabe am kulturellen Leben für alle - Theater für wenige und Privatfernsehen für viele?

20. Politische Forderungen

1. Armut als Thema der Stadtentwicklungspolitik

Kommunalpolitik und Stadtverwaltung haben verabredet, gemeinsam mit der Bürgerschaft über die demografische Entwicklung in der Stadt zu beraten. Zukünftige Stadtentwicklungspolitik muss auch Politik gegen Armut sein. Eine „soziale Stadt“ darf die Entwicklung der Wohnquartiere der benachteiligten Bevölkerungsgruppen nicht aus den Augen verlieren.

2. Hartz IV und arbeitsmarktpolitische Instrumente

Die Sozialgesetzgebung und die neuen Instrumente des Transfersystems sind so auszugestalten, dass sie den Weg in ein Einkommen aus eigener Kraft ermöglichen.

Vor Ort muss geprüft werden, ob Maßnahmen kurzfristige Strohfeuer entfachen oder ob sie eine nachhaltige Integrationschance für die Betroffenen beinhalten.

Teure Maßnahmen wie die 1-Euro-Jobs, die ausschließlich Drehtüreffekte für die Betroffenen beinhalten, müssen auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt werden. Die Integration in den 1. Arbeitsmarkt hat Vorrang, und das muss sich auch im Volumen der Maßnahmen widerspiegeln. Der seit dem 1. Januar 2005 faktisch entstandene 2. Arbeitsmarkt muss durchlässig sein für Menschen, die in den 1. Arbeitsmarkt wollen, und muss vor allem die Entstehung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze fördern.

Die vorhandenen Fördergelder müssen unter dem Aspekt der Notwendigkeit für die Menschen in Hagen verwendet werden. Arbeitsförderung beginnt nicht mit Hartz IV, daher sind gute Ansätze aus der Zeit vor Hartz IV aufzugreifen und weiterhin nutzbar zu machen

3. ALG II anpassen

Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe allein führen die Menschen nicht über die Armutsrisikogrenze, deshalb hat der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV)²³⁸ am 24. Juni 2005 im Rahmen eines Expertentreffen zum Thema „Anforderungen an die künftige Bemessung des Regelsatzes in der Sozialhilfe“ angekündigt, einen Musterprozess zur Höhe von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II zu führen. Nach Berechnungen des DPWV müssten beide Transferleistungen um 19% erhöht werden, um ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Dies bedeutet, dass der Regelsatz für Alleinstehende oder Haushaltsvorstände der Arbeitslosengeld-II-Bezieher in Westdeutschland von 345 € auf etwa 410 € erhöht werden müsste.

4. Spielräume nutzen

Spielräume der neuen Sozialgesetzgebung sind für die örtliche Situation zu nutzen. Die Bedrohung der Menschen mit dem Verlust ihrer Wohnung führt zu weiterer Gettoisierung in bestimmten Stadtteilen und führt auch nicht nachhaltig zur Einsparung von Sozialtransfers. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind in diesen Prozess einzubinden. Der Spielraum in der Gesetzgebung zugunsten von Mietern mit ALG-II ist zu nutzen.

²³⁸ DPWV – Gesamtverband (Hg.): Presseerklärung vom 23.6.2005: Paritätischer Wohlfahrtsverband unterstützt Musterklage gegen Sozialhilfe-Regelsatz in: <http://www.infothek.paritaet.org/> vom 27.6.2005

5. Nicht an der Bildung sparen

Die Pauschalierung von Transferleistungen führt bei vielen in eine Armutskarriere. Wer Schulkindern die Zuschüsse für Schulbücher streicht, handelt unverantwortlich den Kindern gegenüber, die später durch diese Maßnahmen sozial ausgegrenzt sind.

6. Nicht aus dem gesellschaftlichen Leben ausgrenzen

Verbilligte Eintrittskarten in Schwimmbädern, Theatern und kommunale Einrichtungen erleichtern die Integration jener, die wenig Geld haben. Auch Arbeitslose müssen sich eine Busfahrt leisten können. Zuschüsse für die ÖPNV-Nutzung sind nicht Luxusgut, sondern gehören zum gesellschaftlich-kulturell Notwendigen.

7. Nicht an Beratung sparen

Schuldner-, Drogen-, Arbeitslosen- und Verbraucherberatungsstellen müssen erhalten bleiben bzw. in Zeiten von Hartz IV bedarfsgerecht ausgebaut werden, um Menschen in Not eine unabhängige Lebensplanung zu ermöglichen. Hier sind Spielräume zu nutzen. In Verantwortung steht zunächst das Land NRW, aber auch die kommunale Ebene muss ihre Verantwortung weiter wahrnehmen. Die Politik vor Ort muss ihre Spielräume nutzen.

8. Nicht an Betreuung sparen

Gerade Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen benötigen Tageseinrichtungen zu ihrer Betreuung. Nur so wird es den Erziehungsberechtigten möglich sein, sich aus der Abhängigkeit von Transferleistungen zu befreien. Um den Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, muss ihren Erziehungsberechtigten geholfen werden.

9. Von anderen lernen – Modellprojekte zur Förderung armer Kindern nutzen Ausbau der Prävention

Beispielsweise hat der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln²³⁹ zwischen 2002 und 2004 eine Projektstudie „Arme Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder“ durchgeführt. Zunächst einmal wurden die Erzieherinnen darin geschult, Armuterscheinungen systematisch wahrzunehmen. Darauf aufbauend ging es um den Ausbau präventiver Angebote für die Kinder z.B. in den Bereichen Sprachförderung und Gesundheitsförderung, um die Beratung und Unterstützung der Familien auch in Zusammenarbeit mit Fachdiensten der Sprach- und Frühförderung, Logopäden, Physio-, Ergo- und Heiltherapeuten, der Erziehungshilfen und des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Dies alles wurde in diesem Projekt koordiniert bzw. vernetzt durch Mitarbeiter der Kirchengemeinden.

Das Jugendamt der Stadt Monheim hat sich insgesamt der Politik gegen Kinderarmut verschrieben. Unter dem Titel Monheim für Kinder – Mo.Kids – hat die Kommune dort vorwärts weisende Konzepte entwickelt. Dies ist eins von mehreren Projekten der AWO Niederrhein. Diese guten Erfahrungen sind für Hagen zu nutzen.

10. Arme Kinder und Kinder aus Migrantenfamilien in Schulen besonders fördern

Jene Schulen, die einen besonders hohen Anteil an armen Kindern, aber auch an Kindern mit Migrationshintergrund haben, sind besonders zu fördern. Hier sollte es kleinere Klassen geben und die Schulsozialarbeit ausgeweitet werden. Zur Zeit werden die privilegierten Schüler besonders gefördert. Die Ausgaben des Staates je Schüler sind z.B. bei den Gesamtschülern und den Gymnasiasten deutlich höher als bei den Sonder- und Hauptschülern. Nur wenn wir die Benachteiligten zusätzlich fördern, haben sie eine Chance im Bildungssystem, dies ist nicht kostenlos zu haben.

²³⁹ Gleich, Johann Michael: Arme Kinder in katholischen Tageseinrichtungen für Kinder. Untersuchungen, Anregungen und Empfehlungen für die Arbeit in den Einrichtungen. Freiburg 2005, zitiert nach: GEW-Landesverband NRW (Hg.): Kita-News 2/05

Der Zusammenhang von Armut und Bildungsbenachteiligung ist seit PISA erwiesen.

11. Schulentwicklungsplanung qualitativ ausweiten

Chancengleichheit und Chancenungleichheit sind nicht allein über die Indikatoren „Sozialhilfebezug“ und „Ausländeranteil“ messbar. Wir halten es für notwendig, eine Übersicht über die Bildungskarrieren der Schüler aus den verschiedenen Grundschulbezirken zu erhalten. Zu welchen Schulformen wechseln die Grundschüler welchen Schulbezirks, wie sieht ihr späterer Schulerfolg aus? Wie klappt der Übergang zwischen Schule und beruflicher Bildung und der zwischen beruflicher Bildung und Beruf? Welche Gruppen studieren? Eine sozialräumliche Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung der Stadt ist auf qualitativ neue Füße zu stellen. Der Zustand und die ausreichende Zahl der Schulgebäude sind wichtig. Es geht aber auch um die Frage, werden die Hagerer Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft vernünftig ausgebildet und aufs Leben vorbereitet.

12. Gesamtkonzept zur Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen fortführen

Die Menschen in prekärer oder extremer Armut, die häufig mehrere Armutsrisiken besitzen, sind dringend auf weitere Unterstützung angewiesen. Der gezeigte deutliche Rückgang der in Obdachlosenunterkünften untergebrachten Menschen ist nicht allein der Entspannung des Wohnungsmarktes zuzuschreiben, sondern vor allem dem Gesamtkonzept²⁴⁰ zur Verbesserung der Situation allein stehender wohnungsloser Frauen und Männer, das von der Stadtverwaltung und den Wohlfahrtsverbänden gemeinsam getragen wird. Dieses Konzept ist noch nicht ganz umgesetzt und gerät schon unter Sparzwänge, wie das Diakonische Werk kürzlich dargelegt hat.

13. Kommunalfinanzen

So ungerecht wie die Pauschalisierung von ALG-II-Leistungen ist, so ungerecht ist das Steueraufkommen innerhalb der Kommunen verteilt.

Kommunen mit hohen Soziallasten haben meist eine hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen zu beklagen. Gleichzeitig fehlt es diesen Kommunen an ausreichendem Steueraufkommen.

Die Steuererhebung ist ebenso ungerecht zwischen Einkommenssteuerzahlern wie zwischen Unternehmern.

Steuergerechtigkeit ist das oberste Gebot. Breite Schultern müssen mehr zahlen als schmale. Große Unternehmen und Konzerne müssen sich wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen.

Alle politisch Handelnden in der Stadt müssen diese Grundsätze auf Landes- und Bundesebene im Interesse der Stadt offensiv vertreten.

Der Finanzierungsvorbehalt darf nicht als Grund für Tatenlosigkeit bei den für notwendig erachteten Maßnahmen herhalten.

²⁴⁰ Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Jahresbericht der Verbände 2004, Hagen o. . (2005), S. 10f.

21. Literaturverzeichnis

Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband: Würzburger Erklärung der Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt vom 30.10.-1.11.2000 in Würzburg: „Gute Kindheit – schlechte Kindheit?“ – Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen.

Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband: Sozialbericht 2000. Gute Kindheit – schlechte Kindheit. Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Bonn 2000

Belitz, Wolfgang; Riekenbrauck, Ursula; Schriever, Erich (Hg. Für das Amt für Jugendarbeit der EKvW und den Verein ev. Sozialeseminare von Westfalen): Spurensuche Reichtum. Beiträge und Arbeitsmaterialien zur Situation in Deutschland. Witten 2000

Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg März 2005. Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger nach SGB II.

Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II der Bundesagentur für Arbeit, durchschnittliche Höhe der Leistungen nach SGB II, Nürnberg März 2005

Bundestagsdrucksachen 13/1527, 13/3339 und 13/5597 Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion „Armut in der Bundesrepublik“ und Antrag zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung 13/7828.

Bundesagentur für Arbeit, Agentur für Arbeit Hagen (Hg): Arbeitsmarktreport. Berichtsmonat, Hagen März 2005

Bundesministerium für Arbeit: Hartz IV. Menschen in Arbeit bringen, Berlin/Bonn Dezember 2004

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2001

Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Lebenslagen in Deutschland. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, hier: Entwurf (Fassung für Ressortabstimmung und Beteiligung von Verbänden und Wissenschaft – Stand: 14. Dezember 2004) Berlin 2004

Butterwegge, Christoph: Kinderarmut in Deutschland, Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. Frankfurt/M. 2002

Butterwegge, Christoph: Maßnahmen zur Verringerung und Vermeidung von Kinderarmut in: WSI-Mitteilungen 5/2005, Frankfurt/Main, Mai 2005, S. 244-249

DER SPIEGEL, 21/2005 vom 14.5.2005: Die total verrückte Reform – Milliarden-Grab Hartz IV. (Titelgeschichte)

Deutscher Bundestag: Drucksache 14/6134 vom 17.5.2001: Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2001 bis 2003.

Deutscher Bundestag: – 14. Wahlperiode – amtliches Protokoll der 196. Sitzung vom 19. Oktober 2001

Deutscher Bundestag Drucksache 15/1420 vom 10.7.2003:
Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003 bis 2005. Strategien zur Stärkung der sozialen Integration.

Döring, Diether/Thomas Koch: Gewerkschaften und soziale Sicherung in: Schröder, Wolfgang/Bernhard Wessels (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003, S. 376-404

Dörre, Klaus: Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung, in: WSI-Mitteilungen 5/2005, Frankfurt/Main, Mai 2005, S. 250-258

DPWV – Gesamtverband (Hg.): Presseerklärung vom 23.6.2005: Paritätischer Wohlverbandsverband unterstützt Musterklage gegen Sozialhilfe-Regelsatz in: <http://www.infothek.paritaet.org> vom 27.6.2005

Fiedler, Wilfried: Die Wirklichkeit des Staates als menschliche Wirksamkeit –Über Hermann Heller (Teschen 1891-Madrid 1933) in: Oberschlesisches Jahrbuch 11, 1995, S. 149-167 und im Internet unter: <http://www.jura.uni-sb.de/FB/LS/Fiedler/Fiedler/Aufsaeetze/heller.html> [letzter Zugriff am 15.4.2005]

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1996

Gleich, Johann Michael: Arme Kinder in katholischen Tageseinrichtungen für Kinder. Untersuchungen, Anregungen und Empfehlungen für die Arbeit in den Einrichtungen. Freiburg 2005

Goebels, Wilfried: Mehr Arbeitslose durch den Hartz-Effekt, in Westfalenpost von 23.4.2005

Hanesch, Walter u.a. (Hg.): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Reinbek bei Hamburg 1994

Hauser, Richard/Hübinger, Werner: Arme unter uns, Teil I+II, Hg. Deutscher Caritas-Verband, Freiburg i.Br. 1993

Helmert, PD Dr. Uwe: Konsequenzen von Einkommensarmut für die Sterblichkeit in Deutschland, in: Nationale Armutskonferenz für die Bundesrepublik Deutschland: Armut und Gesundheit. Sozialpolitische Bilanz, Freiburg, Dezember 2004, S. 11-17

Hengsbach SJ, Friedhelm/ Tobias Jakobi: Reichtum in Nordrhein-Westfalen – eine sozialethische Reflexion, in: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Sozialbericht NRW 2004. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf Dezember 2004, S. 27-44

Hildenbrand, Hanswerner: Die strukturelle Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung im Stadtkreis Hagen von 1945 bis 1967, Hagen 1970

Holz Gerda; Giering, Dietrich: Zukunft für arme Kinder – von der Feldforschung zur Feldarbeit. In: Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein (Hg.): Kleine Kinder – Große Chancen. Initiativen und Netzwerke zur Armutsprävention bei Kindern und Familien. Essen 2003, S. 17-24

Holz, Gerda; Puhmann, Andreas: Alles schon entschieden? Wege und Lebenssituationen armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule. Wege und Lebenssituationen armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule. Zwischenbericht zur AWO-ISS Längsschnittstudie, Hg. Vom ISS-Frankfurt/M., Frankfurt Januar 2005

Holz, Gerda; Schlevogt, Vanessa; Kunz, Thomas; Klein, Evelin: Armutsprävention vor Ort – „MO.KI – Monheim für Kinder“, Hg. Vom ISS-Frankfurt, Frankfurt/M. Januar 2005

Zwischenbericht zur AWO-ISS Längsschnittstudie, Hg. Vom ISS-Frankfurt/M., Frankfurt Januar 2005

Hunfeld, Frauke: Kinderarmut. Das erstaunliche Projekt „Arche“ kümmert sich um vernachlässigte Berliner Jungen und Mädchen, in: Stern Nr. 16, 14.4.2005, S. 28-38

Institut der deutschen Wirtschaft: Großstadtvergleich. Deutsche Großstädte im Vergleich. Studie der IW Consult GmbH und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft im Auftrag der Wirtschaftswoche. Köln, Mai 2005. in: Wirtschaftswoche 20/2005, 12.5.2005 und unter: <http://www.staedtewoche.de>

ISA Consult, Beratungsgesellschaft für Innovation, Strukturpolitik und Arbeit/ DGB Region Ruhr-Mark: Gewerkschaftliche Perspektiven der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der Märkischen Region. Diskussionsvorlage vom 12.5.2005

Jäger, Wieland: Der Niedergang der Eisen- und Stahlindustrie. Strukturwandel und Tertiarisierung in einer traditionellen Industrieregion, in: Brandt, Peter/Hobein, Beate (Hg.): 1746/1996. Beiträge zur Geschichte der Stadt Hagen, Essen 1996 S. 111-121

Kentner, Sabine: Armut in Witten, Witten 1997

Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Strukturbericht Ruhrgebiet 2002, Essen 2003

Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.): Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Ruhrgebiet. Struktur und Entwicklung 1978 bis 2002, Essen 2004

Kortmann, Klaus/Peter Sopp: Die Bevölkerung im unteren Einkommensbereich. Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegsgynamik. Hg. Vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung als Forschungsprojekt zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn Oktober 2001 (verfasst August 2000)

Krämer, Walter: Armut in der Bundesrepublik. Zur Theorie und Praxis eines überforderten Begriffs. Frankfurt/M. 2000

Krause, P.: Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland, in: Beilage zur Wochenzeitschrift DAS PARLAMENT vom 27.11.1992, B 49/92, 1992, S. 3-17

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen(Hg.): Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen. 2004. Düsseldorf 2004

Leibfried, St. u.a.: Zeit der Armut, Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt a.M. 1995

Materialien zum Lorenzer Kommentargottestdienst zu Ereignissen der Zeit vom 18. Januar 2004: Wie wird man in Nürnberg arm? Gedanken zum Armutsbericht der Stadt.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 1: Armut im Alter. Untersuchung zur Lebenslage ökonomisch unterversorgter älterer Frauen, Düsseldorf 1992 (1992a)

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 2: Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Düsseldorf 1992 (1992b)

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 3: Alleinerziehende – Lebenslagen und Lebensformen. Düsseldorf Juni 1993 (1993a)

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 4: Verschuldung, Überschuldung und Schuldnerberatung in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1993 (1993b)

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.):Landessozialbericht 5: Soziale Situation kinderreicher Familien. Düsseldorf März 1994 (1994a)

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht N 6: Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik, Düsseldorf 1994 (1994b)

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 7: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen aus Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1998 (1998a)

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 8: Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und ihre Familien, Düsseldorf 1998 (1998b)

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Sport und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.):Sozialbericht NRW 1998. Kurzfassung. Düsseldorf 1999 (1999a)

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Sport und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.):Sozialbericht NRW 1998. Materialband. Düsseldorf 1999 (1999b)

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen(Hg.): Gesundheit von Zuwanderern in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, August 2000

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen(Hg.): Entschließung der 10. Landesgesundheitskonferenz, Soziale Lage und Gesundheit am 31.8.2001, Düsseldorf, Dezember 2001

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Landessozialbericht 2003. Menschen in NRW in prekärer Lebenslage. Düsseldorf Dezember 2003

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen. 3. Bericht der Landesregierung. Düsseldorf Juni 2004 (2004a)

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Sozialbericht NRW 2004. Armuts- und Reichtumsbericht. Düsseldorf Dezember 2004 (2004b)

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Sozialbericht NRW 2004. Armuts- und Reichtumsbericht. Kurzfassung. Düsseldorf Dezember 2004 (2004c)

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen. 3. Bericht der Landesregierung. Düsseldorf Juni 2004 (2004d)

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Zahlenspiegel Ausgabe 2003/2004.Zuwanderungsstatistik Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf Dezember 2004 (2004e)

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Frauen in Wohnungsnot. Hilfen, Bedarfslagen und neue Wege in NRW. Düsseldorf o.J., wahrscheinlich 2004 (2004f)

Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Kinder und Jugendliche fördern – Bildung und Erziehung als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. 8. Kinder und Jugendbericht der Landesregierung NRW. Düsseldorf 2005

Neumann, Lothar F./ Klaus Schaper: Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/M./New York 1998

Niehaus, Dr. Mathilde: Zur Lebenssituation von Frauen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen. Hg. Vom Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf Juni 1997

Raschke, Peter/Heinz Renn: Netzwerkanalyse und Dunkelzifferschätzung am Beispiel des Drogenhilfesystems in Köln und Dortmund. Hamburg 1997

Regionalverband Ruhr(Hg.): CD: Zahlenspiegel Ruhrgebiet. Strukturdaten im Zeitvergleich, Essen o.J. (wahrscheinlich 2004)

Regionalverband Ruhr (Hg.): Strukturbericht Ruhrgebiet 2004, Essen 2004

Regionalverband Ruhr (Hg.): Regionalinformation Ruhrgebiet. Februar 2005, Essen Februar 2005

Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW-Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruh-Universität Bochum (Hg.): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, Darmstadt 2005

Schüssler, Reinhard: Die Verteilung des Humankapitals. Forschungsprojekt zu: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Hg. Vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Bonn Februar 2002

Schulte, Gerhard: Kommunale Wirtschaftsförderung in Hagen von der Betriebsansiedlung bis zur Technologiepolitik, in Heimatbuch Hagen + Mark 1990, S. 223-234

Schulz, Annerose: Große Daten für kleine Räume. Pilotprojekt in NRW: Einkommensdaten auf kleinräumiger Ebene, in: Stadtforschung und Statistik 1/04, S. 24- 27

Sozialreferat der Stadt München: Münchener Armutsbericht. Fortschreibung 2002. Bekanntgabe in der Sitzung des Sozialhilfeausschusses vom 13.5.2004

SPD-Bundestagsfraktion (Hg.): Armut in Deutschland. Ausmaß – Auswirkungen – Auswege. Bonn Mai 1998

SPD Landtagsfraktion NRW (Hg): Aktuell NRW SPD – Die Fraktion vom 20. April 2005

Stadtverwaltung Hagen: Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit in Hagen. Verwaltungsvorlage 0818/2004. Beschlossen in der Ratssitzung am 23.12.2004 (2004a)

Stadtverwaltung Hagen, Amt/Ressort für Statistik und Stadtforschung der Stadt Hagen (Hg.): Hagener Monatszahlen . Hagen, Februar 2003 (20.000 Doppelstaatler), März 2003 (Doppelstaatler und Ausländer), November 2003 (alleinerzogene Kinder), Oktober 2004 (Sozialhilfeempfänger), Januar 2004 (Hagener Lohn- und Einkommenssteuer 1998)

Stadtverwaltung Hagen, Amt für Statistik und Stadtforschung (Hg.): Stadtteildaten 2004. Beschreibung der 39 Hagener Wohnbezirke, Hagen September 2004 (2004a)

Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Jahresbericht. Träger der Jugendhilfe 2003, Hagen Mai 2004 (2004b)

Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Jahresbericht der Verbände 2003, Hagen Mai 2004 (2004c)

Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Geschäftsbericht 2003, Hagen Mai 2004 (2004d)

Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Jugendhilfeplanung zum Arbeitsfeld Tageseinrichtungen für Kinder. Bestandserhebung. Bedarfsanalyse. Wohnortanalyse. Hagen November 2004 (2004e)

Stadtverwaltung Hagen, Ressort Statistik und Stadtforschung (Hg.): Statistisches Jahrbuch Hagen 2004 (2004f)

Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend und Soziales: Mündlicher Bericht für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 15.6.2005, TOP 6: Ausgaben für Hilfen zur Erziehung, Tischvorlage erstellt am 14.6.2005 (2005a)

Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Jahresbericht. Träger der Jugendhilfe 2004, Hagen o.J. (2005) (2005b)

Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Jahresbericht der Verbände 2004, Hagen o.J. (2005) (2005c)

Stadtverwaltung Hagen, Fachbereich Jugend & Soziales (Hg.): Geschäftsbericht 2004. Hagen o.J. (2005) (2005d)

Stadtverwaltung Hagen, Gesundheitsamt: Drucksachenummer 0456/2005 vom 19.5.2005: Gesundheitsbericht der Hagener Gesundheitskonferenz 2003/2004: Handlungsempfehlungen zur verbesserten Versorgung verhaltensauffälliger Kinder und Jugendlicher, Hagen 2005 (2005e)

Stadtverwaltung Konstanz: Armutsbericht der Stadt Konstanz, Konstanz 2003

Statistische Ämter des Bundes und der Länder(Hg.): Sozialhilfe im Städtevergleich. Ein Vergleich 76 deutscher Großstädte. Bonn November 2004 (Internetausgabe)

Stöckel, Rolf: Reich an Wohlfahrt, arm an Chancen. Warum wir dringend einen konkreten und integrierten Aktionsplan der Bundesregierung gegen Armut brauchen. In: Berliner Republik, 2/2005, S. 39-42

Zimmermann, Gunter E.: Armut, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 2001, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, S. 36-52

Die Langfassung dieses ersten Hagener Armutsberichtes ist als CD beim Hagener DGB erhältlich oder im Internet unter www.region-ruhr-mark.dgb.de zu finden.